

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: pro Annoncist: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streichband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1894.

#### Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Solomasse ober deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereine und Verbandsorganen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zweimalige 2-fache Gebühre), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 7. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Genossinnen und Genossen!

Alle organisatorischen Vorbereitungen für den Frauentag und die Rote Woche sind getroffen.

In der Parteipresse sind die wichtigen Aufgaben, die in der Woche vom 8. bis 15. März erfüllt werden sollen, mit Nachdruck erörtert worden:

**Her mit dem Wahlrecht für die Frauen!**

**Mehr Leser für die Parteipresse!**

**Mehr Mitglieder für die Organisationen!**

Ein letzter Hinweis auf den Ernst der Zeit muß genügen, alle Parteigenossen zu eifrigster Werbearbeit anzu-spornen. Keiner darf dieser wichtigen Parteiarbeit fernbleiben!

Besondere Aufmerksamkeit ist der Hausagitation zu schenken, die während der ganzen Woche betrieben werden muß.

**Genossinnen und Genossen!**

**Seid pflichtbewußt!**

Berlin, den 6. März 1914.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.

## Auch ein Stück Sammlungspolitik.

An Organisationen, die sich die Förderung des deutschen Außenhandels zum Zweck gesetzt haben, fehlt es nicht. Wir haben da, um von anderen zu schweigen, die Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen, von der man allerdings nicht genau weiß, ob sie noch existiert, ferner den Handelsvertragsverein und den Hansabund, und wir haben außerdem eine ganze Reihe von doppelstaatlichen Verbänden, wie den deutsch-russischen, den deutsch-österreichischen, den deutsch-französischen, den deutsch-argentinischen Verein und andere mehr, die gerade in diesen Tagen eine Art Kartell untereinander abgeschlossen haben. Welchen Einfluß diese Verbände auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ausüben, läßt sich im einzelnen schwer feststellen. Glaubte man ihren Jahresberichten usw., so ist er selbstverständlich enorm. Aber der Umstand, daß der mit so viel Hoffnungen gegründete Handelsvertragsverein doch eigentlich nur noch ein recht kümmerliches Dasein fristet, und daß der Hansabund den Versuch machen muß, sich durch Scharfmachereien gegen die koalitierten Arbeiter die Gunst der Industriellen zu erhalten, läßt starke Zweifel wenigstens soweit die zentralen Verbände in Betracht kommen, als berechtigt erscheinen, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die Organisationsfreudigkeit das deutsche Unternehmertum gegenüber den Plänen ehrgeiziger Kommerzrentiere und strebamer Syndici recht kritisch mache.

Dabei ist schon wieder eine Gründung im Werden, und wenn das Schiff nicht noch bei der Einfahrt in den Hafen scheitert, wird es binnen kurzem eine „Deutsche Gesellschaft für Welthandel“ geben. Allerdings soll sie nicht wie die erwähnten Vereinigungen aus dem Nichts heraus geschaffen werden, sondern sich auf dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem Bund der Industriellen aufbauen, die eine Art von Zweckverband eingehen und je eins ihrer Vorstandsmitglieder und einen ihrer Geschäftsführer zur Leitung des Unternehmens delegieren. Auch dieser Versuch, Bund und Zentralverband zu gemeinsamer Förderung des Handels zusammenzuführen, ist nicht ganz neu. Schon im Jahre 1906 schlossen die beiden eine „Interessengemeinschaft der zentralen industriellen Verbände“ ab, der zwei Jahre später auch der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie beitrug. Aus dem Schoße dieser Interessengemeinschaft wurde zunächst die „Ständige Ausschusskommission für die deutsche Industrie“ geboren, und man war auch drauf und dran, im Jahre 1908 eine „Außenhandelsstelle zur Förderung des deutschen Exports“ zu gründen. Aber gerade darüber kam es zu einem großen Streit, der zur Folge hatte, daß die Interessengemeinschaft aus dem Weim ging und daß der Bund der Industriellen den Zentralverband sehr scharf attackierte, wobei der vom Geschäftsführer des Verbandes sächsischer Industrieller zum leitenden Geist des Bundes der Industriellen avancierte nationalliberale Abgeordnete Dr. Strejemann der Rufer im Streite war.

Die Gegensätze, die seinerzeit zur Lösung eines großen Teils der verarbeitenden Industrie vom Zentralverband ge-

führt hatten, traten aufs neue sehr scharf in die Erscheinung, und es schien ganz unmöglich, daß man die Vertretung der kartellierten und daher hochschutzzöllnerischen Schwerindustrie mit dem Verbaude der auf den Wareneport angewiesenen Fertigungsindustrie gemeinsam vor den Wagen des deutschen Außenhandels spannen könnte.

Das soll nun jetzt plötzlich wieder möglich geworden sein, und zwei Personen schreibt man das Verdienst zu, die verschiedenen Köpfe unter einen Hut gebracht zu haben: Herr Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie und eben dem Herrn Dr. Strejemann. Der Zentralverband habe sich dem Deutsch-amerikanischen Verein, den Ballin in seiner Begeisterung für die Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung von San Francisco gründete, nicht anschließen wollen, sei aber bereit gewesen, bei einer umfassenden Handelsorganisation mitzutun, und der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie habe dann in Gemeinschaft mit Herrn Strejemann den Bund der Industriellen zu bewegen vermocht, die Streit-art zu begraben und sich an der großen „nationalen“ Sache zu beteiligen.

Gewisse Stimmen, die neuerdings aus dem Lager des Bundes laut geworden sind, lassen es zweifelhaft erscheinen, ob die Tätigkeit der geschäftigen Mittelspersonen tatsächlich im vollen Umfange erfolgreich gewesen ist, und die vorläufige Verschiebung des Gründungstermins, und der Umstand, daß Strejemann lebhafte auf der Ausschüttung des Handelsvertragsvereins erschien, um für die bisher bewiesene wohlwollende Neutralität zu danken, geben allerlei Vermutungen Raum. Es wäre ja auch in hohem Maße sonderbar, wenn die ungleichen Brüder sich so leicht vereinigen ließen. Sie haben zwar beide Welthandelsinteressen, aber diese sind doch von sehr verschiedener Art. Die schwere Industrie drängt nach dem industriellen Kapitalexport. Sie will Gebiete erobern, in denen die kapitalistische Wirtschaft erst mit Hilfe der von ihr gelieferten Produkte erweckt werden soll. Sie ist die eigentliche Trägerin des Imperialismus, der seine Hand auf Territorien legt, in denen mit deutschem Geld und deutschem Material rentable und unrentable Bergwerke, nützliche und überflüssige Eisenbahnlinien und so weiter angelegt werden. Daneben sucht sie natürlich auch Absatz in den Staaten alter kapitalistischer Kultur. Aber um hier konkurrieren zu können, muß sie billig liefern, und um das profitabler zu gestalten, beutet sie den deutschen Absatzmarkt durch hohe Zölle aus. In den neuen Ländern aber so gut wie in den alten

läßt sie, um sich die Vorhand zu sichern, neben der Güte ihrer Ware und häufig wohl auch statt ihrer andere Argumente auf die Abnehmer wirken, von der diplomatisch-militärischen Drohung angefangen bis zur Handsalbung für alle die, die auf die Vergabung der Lieferungen einen Einfluß haben. Die Organisierung des Welthandels im Sinne der schweren Industrie bedeutet also auf der einen Seite die Verstärkung der militärischen und der zollpolitischen Rüstungen und auf der anderen die Vereinstellung von Mitteln, deren Ueberzeugungskraft ausreicht, um die Wettbewerber aus dem Felde zu schlagen.

Die Veredelungsindustrie hat ganz andere Ziele. Ihr Markt sind die kapitalistisch entwickelten Länder, wo sie nur durch die Güte und Billigkeit ihrer Ware zu wirken vermag. Sie bedarf billiger Rohprodukte und eines möglichst wenig behinderten Zutritts zu den ausländischen Staaten. Sie hat deshalb ein Interesse am Schutzzoll höchstens insofern, als er ihr Produkte der fremden Fertigungsindustrie vom Leibe hält. Die Art, wie die Schwerindustrie den Welthandel organisieren will, hat mit ihren Exportinteressen also nichts zu tun, ja sie steht mit ihnen direkt im Widerspruch, und ein gemeinsamer Verband würde nur darauf hinauslaufen, daß der Bund der Industriellen von dem Kapitalhändler und einflußreicheren Bruder vollständig an die Wand gedrückt würde. Die wirtschaftspolitische und ökonomische Vorherrschaft der bodenständigen Industrie, die mit dem „befestigten“ Agrarier-tum Hand in Hand geht, wäre noch mehr gesichert, als es heute schon der Fall ist.

Unter diesen Umständen erscheint allerdings der national-liberale Syndikus, der vor ein paar Jahren den Zentralverband Deutscher Industrieller befehdelte und jetzt, nachdem er in dem von dem Landrat Rötger und seinen Freunden verlassenen Hansabunde eine führende Rolle gespielt hat, zur Uebernahme eines angenehmen dotierten Postens in der Gesellschaft für Welthandel bereit ist, in einem sonderbaren Lichte. Aber schließlich sind uns die Personalien Nebensache, und bei allem Respekt, den wir vor der geschäftlichen Gewandtheit des Herrn Strejemann haben, können wir, wenn die neue Organisation wirklich zustandekommt, in ihm doch nur den — wenn auch sehr geschickten — Sandlanger jener Bestrebungen erblicken, die darauf hinausgehen, die Bourgeoisie möglichst alle ihre wirtschaftlichen Gegensätze vergessen zu machen und sie im Zeichen des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung zu vereinigen.

# Frauentag.

Sonntag, den 8. März 1914, nachmittags 2 Uhr:

## Oeffentliche politische Frauen-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59
- Happoldts Brauerei, Hasenheide 32-38
- Graumann, Naunynstr. 27
- Süd-Ost, Waldemarstr. 75
- Konzert- und Festsäle, Koppenstr. 29

- Schweizergarten, Am Königstor
- Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10
- Berliner Sockbrauerei, Chausseestr. 64
- Frankes Festsäle, Badstr. 19
- Pharus-Säle, Müllerstr. 142

Moabiter Gesellschaftshaus, Wielefstr. 24

Tagesordnung:

## Heraus mit dem Frauenwahlrecht!

Alle Frauen sind eingeladen!

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstr. 2.

Der Anschlag des hier abgedruckten Plakats ist vom Berliner Polizeipräsidenten verboten worden!

Herr v. Jagow hat offenbar wieder einmal betweisen wollen, daß er doctor juris ist. Denn zweifellos gehört ein besonderer juristischer Scharfsinn dazu, um das Verbot der Plakatierung zu begreifen.

Der § 30 des Preßgesetzes bestimmt, daß in bezug auf das Anheften von Plakaten das Recht der Landesgesetzgebung bis auf weiteres in Kraft bleibt. Danach kommt der § 9 des früheren preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 in Frage, der ausdrücklich „Anschlagzettel und Plakate“ zuläßt, die keinen anderen Inhalt haben, „als Ankündigungen über ge-

sehrlich nicht verbotene Versammlungen“. Da nicht der geringste Zweifel darüber obwalten kann, daß es sich in dem obigen Plakat um nichts handelt, als um die Ankündigung einer gesetzlich nicht verbotenen Versammlung, wird sich ob des Verbots der Plakatierung sowohl des Sachmanns wie des Laien höchstes Erstaunen bemächtigen!

Ja selbst wenn man sich einmal auf den Standpunkt stellen wollte, daß auch zum öffentlichen Anschlag derjenigen Plakate, deren Anschlag nach § 9 gestattet ist, doch noch die polizeiliche Erlaubnis notwendig sei, so bliebe das Verbot des Dr. jur. v. Jagow nicht minder rätselhaft!

Denn woran könnte um alles in der Welt selbst der

Freund und Kampfgenosse des Januschauers von Amts wegen Anstoß genommen haben? An der Tagesordnung: Heraus mit dem Frauenwahlrecht? Daß einem Traugott v. Jagow die Frauenwahl nicht sympathisch ist, glauben wir gern und aus den verschiedensten Gründen. Aber was geht der persönliche Geschmack selbst eines Berliner Polizeipräsidenten das Befehl und dessen Handhabung an!

Ein polizeiliches Verbot muß doch motiviert werden können. Das Verbot des Plakatiens der Versammlungen am Frauentage ist aber schlechthin nicht zu begründen.

Denn die durch das Plakat angekündigten Versammlungen sind gesetzlich nicht zu verbieten. Ihre Ankündigung durch den Aufschlag von Plakaten kann also auch nicht verhindert werden! Das Plakat enthält ja nichts als die nackte Ankündigung der Versammlungen, zu der selbstverständlich auch die Tagesordnung gehört.

Aber selbst wenn wir einen Augenblick von der Gesetzlichkeit der Jagow'schen Verfügung ganz absehen wollten: wie stünde es um sie allein schon vom Standpunkte des politischen Geschmacks, der gesunden Einsicht?

Die Forderung des Frauenwahlrechts ist nicht nur selbst in Preußen nichts Konfiszierliches und Verbotenes, sondern in zahlreichen Kulturstaaten sogar bereits etwas Realisiertes! In Neu-Seeland, Australien und manchen Staaten von Nordamerika besitzen die Frauen bereits das politische Frauenwahlrecht, und in noch zahlreicheren Staaten, auch der alten Welt, ist ihnen wenigstens das kommunale Wahlrecht eingeräumt.

Selbst das preussische Dreiklassenparlament hat sich in den letzten Jahren wiederholt mit Wahlrechtspetitionen bürgerlicher Frauen befassen müssen. Und da wagt es der Berliner Polizeipräsident, einfach den Aufschlag eines Plakats zu verbieten, das als Tagesordnung die Forderung des Frauenwahlrechts enthält! Wir müssen schon gestehen, daß uns etwas Märdchastisches selbst seit dem Regiment des Herrn v. Jagow nicht begegnet ist!

Es versteht sich von selbst, daß sich der Veranlasser der Plakate, Genosse Eugen Ernst, sofort beschwerdeführend an den Minister des Innern gewendet hat.

## Politische Uebersicht.

### Das Postschiedsgesetz.

Herr Kraetke wurde heute endlich aus seiner Not befreit. Die Spezialdiskussion des Postgesetzes nahm nur noch kurze Zeit in Anspruch, so daß das Postschiedsgesetz in zweiter Lesung und der Etat der Reichsdruckerei erledigt werden konnten.

Die Beratung des Postschiedsgesetzes bot das interessante Schauspiel, daß allein die sozialdemokratische Fraktion an den Kommissionsbeschlüssen gerade im wichtigsten Punkt feithielt, während alle anderen Parteien dem Reichspostamt blindlings folgten, ihre eigenen Beschlüsse im Stich ließen und einen gemeinsamen Antrag einbrachten, wie er Herrn Kraetke genehm war. Genosse Bogheer wies mit besonderem Nachdruck darauf hin und zeigte in aller Klarheit, daß es sich hier um die entscheidende Frage handelt, den Postschiedsverkehr möglichst großen Kreisen des Volkes zu eröffnen, während er heute eine viel zu geringe Ausdehnung hat.

Bei der Abstimmung siegte das Kompromiß.

## Zu Peuckerts Memoiren.

In den Aufzügen Richard Fischers zu den Lebenserinnerungen Josef Peuckerts werde ich so oft persönlich apostrophiert, daß ich bitte, einige Worte sagen zu dürfen. Ueber Dinge, die ich nicht selbst miterlebt habe, werde ich an dieser Stelle mich nicht äußern; die meisten Behauptungen Fischers waren mir als Behauptungen bekannt; ich muß sie auch fernerehin als Quellenmaterial betrachten, das kritischer Untersuchung dringend bedarf; jede einzelne Behauptung, zumal im Fall Rebe, wird auf ihre Herkunft und dann auf ihre Uebereinstimmung mit den Tatsachen hin geprüft werden müssen. „Der Sozialdemokrat“ schrieb — „Trautner ist nicht der Gewährsmann — die Eiserne Maske sagt — mit solchen Wendungen helfe ich keine historischen Tatsachen fest. Vor allem erkläre ich, was den Fall Rebe angeht, daß ich an Briefe Rebes und ihren Wortlaut nur glaube, wenn ich sie im Original oder in Photographie sehe. Die Handschrift Rebes ist mir sehr vertraut aus Rebes Briefen an Peuckert. Ich glaube, auch Richard Fischer, den ja Peuckerts Memoiren schon in mancher Hinsicht ruhig hinsichtlich seiner bisherigen Meinungen gemacht haben, wird über seine Gewährsmänner — die er nicht nennt — anders als bisher denken, wenn ich ihm sage, daß er nachweislich mit einem gefälschten Brief Rebes an Peuckert argumentiert. Nach Fischers Behauptung soll Rebe an Peuckert geschrieben haben:

„Hast Du dem (euch) etwas gesagt? Euer Besuch hat üble Folgen gehabt. Am Morgen nach eurer Abreise wurde ich morgens ganz früh von der Polizei im Bett überfallen, welche angeblich kam, um einen anderen, dessen Porträt sie zeigten, bei mir zu suchen. Sie fand diesen (mir ganz unbekannt) natürlich nicht, wollte diesen überhaupt nicht finden und kamen lernen; man suchte vergeblich Paul, fand Peter, den man tatsächlich wollte.“

Dieser Brief existiert nicht; daß aber die Fälschung existiert, zeigt mir entscheidend, wie recht Peuckert mit seiner Kombination über die Entfischung der Broschüre des Polizeigenossen Trautner und des vorhergehenden Artikels des „Sozialdemokrat“ vom 13. Mai 1887 zu haben scheint. Fischer würde sich ein Verdienst um die Aufklärung der dunklen Sache erwerben, wenn er erweisen wollte, auf wen dieser gefälschte, wie mir gleich sehen werden, raffiniert gefälschte Brief zurückgeht. Diese Fälschung kann nur so entstanden sein, daß Peuckert in einer Gruppenführung einen tatsächlichen Brief Rebes an ihn zur Kenntnis brachte und daß jemand aus dem Gedächtnis das Fälschliche herstellte. Vor mir liegt der Originalbrief Rebes an Peuckert in Rebes sehr charakteristischer Handschrift; ich bin gern bereit, Herrn Richard Fischer oder einem anderen Kenner der Handschrift dieses Dokument zu zeigen. Der Brief lautet an der entscheidenden Stelle:

„... Von Lüttich wurde am Donnerstag telegraphiert, am Morgen um 7 Uhr dieses Tages (also nicht am Tage nach dem Besuch von Peuckert und Reuß) kamen 5 Polizisten in mein Logis (wohlgemerkt, in Abwesenheit Rebes; die Polizisten fanden ihn nicht dort; Rebe hielt sich nicht in seinem Logis auf), suchten nach einem Deutschen, das angegebene Signalament trug; sie fanden nicht, doch wie das immer ist, fragt man nach Peter und findet Paul; hier war das freilich nicht der Fall, immerhin ist die Geschichte wahrheitsgemäß.“

Kun gebt mir über folgenden Ausschluß, bist Du mit Reuß in B. bei bekannten Genossen gewesen, hast Du ihn dort allein

Der Etat der Reichsdruckerei sieht Ausgaben für bauliche Erweiterungen vor, die dem zentralen Mittelständler Tr 1 und dem großindustriellen Nationalliberalen Dr. Böttger die Furcht einjagen, der Privatindustrie könnte Konkurrenz gemacht werden. Richard Fischer bewies an der Hand der jetzt in der Reichsdruckerei herrschenden sanitären Zustände die Notwendigkeit der geforderten Neubauten, worin ihm der Fortschrittler Kiel ausdrücklich zustimmte. Mit großer Energie trat Richard Fischer für die Besserung der Lage der Arbeiter ein, die in der Druckerei beschäftigt sind, namentlich für die Anerkennung der Tarifverträge.

Bei den kleinen Anfragen, die die Sitzung eingeleitet hatten, bestritt Herr Jonquière die Schädlichkeit des Salvarsans.

Bezeichnend für die soziale Boswilligkeit der Reichsregierung war die Beantwortung einer anderen Anfrage. Die Genossen Quard und Schumann hatten sich noch der reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner erkundigt. Die Regierungsantwort bestätigte, daß man den Arbeiterschutz für die 40 000 deutschen Tramwaybahnen nach wie vor den einzelstaatlichen Regierungen überläßt, die im wesentlichen — nichts tun. Den Bescheid darauf, ob dieser Zustand endlich zugunsten eines wirksamen Schutzes durch Reichsgesetz beseitigt werden soll, und darauf zielte in der Hauptsache die Anfrage, blieb die Regierung aber pagig schuldig.

Morgen beginnt die Beratung des Kolonialetats.

### Terrorismus!

Das so beliebte Thema des Terrorismus nahm in der am Freitag im Abgeordnetenhaus beendeten Generaldebatte zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung einen breiten Raum ein. Angehts des fortwährenden Geschrei über den angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus, der meist nur in der Phantasie der Arbeiterfeinde besteht, hielt Genosse Leinert es für nötig, den Begreifern des wertigen Volkes einmal ihr Sündenregister vor Augen zu führen. Und er lieferte gründliche Arbeit. Was er unter allemnächtigen Nachweisen an Fällen von Terrorismus der Innungen, der Arbeitgeberverbände und der bürgerlichen Parteien vortrug, war so durchschlagend, daß schon die einfachen Gebote der Klugheit den herrschenden Klassen gebieten müßten, nun endlich einmal mit ihrem törichtesten Gerede einzuhalten. Wissen sie doch ganz genau, daß das, was Leinert in seiner Anklage an Material zusammengetragen hat, unanfechtbar ist und daß es ihm ein Leichtes wäre, sein Material zu verdoppeln und zu verdreifachen. Die unangenehme dem Mehrheitspartei die Situation war, daß sie durch fortgesetzte Aufse „zur Sache“ zu verstehen, Aufse, denen der Präsident schließlich nachgab, indem er unseren Genossen hundert, sich weiter über das Thema zu verbreiten. Auch was Leinert vorher über den Kurs unserer Sozialpolitik gesprochen hatte, verdient die größte Beachtung, und ebenso ist seine geschickte Verteidigung der „Volksfürsorge“ gegen die gegen sie erhobenen Vorwürfe wert, in allen Kreisen des Volkes bekannt zu werden.

Gothe der Sozialdemokrat den Herren von rechts und vom Zentrum eine unangenehme Stunde bereitet, so entschädigte sie der neugewählte konservative Innungsmeister Conrad aus Breslau reichlich für die ausgestandene Qual. Neues konnte Herr Conrad in seiner Jungferrede zwar nicht zutage fördern, weiterführend war das, was er über den Häuserhandel, die Wanderlager, die Kontumazie und die Warenhäuser sagte, auch nicht. Aber das habe Haus ist ja nicht verdammt, und so spendeten denn die Mehrheitsparteien dem Vertreter wirtschaftlich und politisch reaktionärer Anschauungen fortgesetzten Beifall, der sich besonders freigte, als er das hohe Lied vom Terrorismus der Arbeiter antimmte, ein Arbeitswilligenschutzgesetz verlangte und nachdem er die Sozial-

gelassen, und kennt er Bertrand? Entweder ist dieses (bezieht sich auf Bertrand's Depesche) eine sehr plumpe Polizeimache oder Bertrand ist ein eldiger Demuzianer.

Ich wiederhole: an der Fälschung, deren sich Richard Fischer kritisch hehnt, ist das ganz falsche nicht annähernd so interessant, wie die Füge, die an das Original erinnern. Genau so wie bei der angeblichen Beobachtung in Brüssel. Gesetzt den Fall, diese Behauptung wäre so erfunden, wie der Brief ohne Frage erfunden ist, — wer hat die Füge zu dem Bilde geliefert, die mitten in der Unwahrscheinlichkeit wahr sind? Richard Fischer scheint, wenn er anfangen will, kritisch zu werden, zur Aufklärung beitragen zu können; möge er es tun!

Ich bin mit Josef Peuckert nicht verheiratet und bin auch nicht geneigt, mich schuldig vor sein Buch und dessen einzelne Behauptungen zu stellen. Ich erwarte noch mehr Berichtigungen und Verteidigungen, und Rechtfertigungsversuche; sind sie alle beisammen, so werde ich, wie ich es verprochen habe, meinerseits Stellung nehmen und prüfen.

Nur zweierlei sei mir heute noch zu sagen gestattet: eines geht Peuckert an, das andere mich. — Peuckert hat in seinem Buch gründlich und ausführlich gefagt, wie er zur sogenannten „Propaganda der Tat“ steht; hat denn Richard Fischer den Abschnitt über die Londoner Konferenz und alles, was folgt, nicht gelesen? Es ist ja nicht wahr, daß Peuckert die Propaganda der Tat ablehnt; nur die „Taten“ Stelmachers, Kammerers ufm. verwarf er, wie Fischer selbst zugibt, von Anfang an, weil er sie für keine propagandistische Taten hielt. Was aber die Verammlung in Winterthur angeht, so muß Richard Fischer schon gestatten, daß ich vorläufig sage: da steht eben Behauptung gegen Behauptung. Ich leugne nicht im entferntesten, daß Peuckert — bis zuletzt — gehässig sein und in der Geschäftigkeit Angerechtigten begelien konnte; aber Richard Fischer wird gewiß von mir nicht verlangen, daß ich einen Geschäftigen für keinen Ehrenmann halten darf; er selbst wäre schlecht dabei weg, wenn ich dieser Forderung nachkäme.

Die zweite Behauptung, die mich angeht, ich stand, als der „Sozialist“ den Gedächtnisartikel auf den verstorbenen Rebe veröffentlichte, dem „Sozialist“ nicht in enger, sondern vielmehr in gar keiner Beziehung. Der Artikel erschien am 2. Januar; ganz kurz vor Weihnachten war ich verhaftet worden und blieb bis zu meiner Freisprechung sechs Wochen in Untersuchungshaft. Angeklagt war ich wegen des Verdachts, der „spiritus rector“ des „Sozialist“ zu sein, der damals sehr häufig beschlagnahmt wurde; Herr Fischer, der meine „enge Beziehung“ zum damaligen „Sozialist“ behauptet, wird mir wenigstens zugeben, daß ich in der Gefangenschaft keine solche Beziehung hatte. Uebrigens hat derselbe Mann, der damals den Gedächtnisartikel schrieb, inzwischen auf Grund eingehender Informationen, die er in London erhielt, das Unrecht, das er Peuckert angetan hätte, längst eingesehen.

Gustav Landauer.

Auf die Landauer'sche Zuschrift bemerke ich folgendes:

Gegen meine Ausführungen über die Winterthurer Verammlung und was damit in Zusammenhang steht, schreibt Herr Landauer: „Da steht Behauptung gegen Behauptung.“ Dagegen verwehre ich mich. In einer ganzen Reihe von Tatsachen weise ich die Gewissenlosigkeit und Verlogenheit der Peuckert'schen Darstellung nach; und ich bin in der Lage, an Duzend weiterer Stellen das gleiche zu tun. Solange also Herr Landauer meine Darstellung nicht als unwahr oder falsch widerlegen kann, ist es — höflich ausgedrückt — eine Unverschämtheit, mit einer solchen

demokratie tot geredet hatte, sich mit den Fortschrittlern herum-

Der Terrorismus der Innungen fand einen Verteidiger in einem Regierungskommissar, der sich freilich nur in allgemeinen Nebenbemerkungen erging und auf die zahlreichen, von Leinert angeführten Einzelfälle die Antwort schuldig blieb.

Die weitere Debatte verlief sich in Einzelheiten. Der Großindustrielle Cahaus vom Zentrum trat, vielleicht, um den Zentrumsarbeitern klar zu machen, wie wenig sie von dieser Partei zu erwarten haben, für das Bestehen der schaffenden Stände ein. Herr Dr. Beumer (natl.) verteidigte gegen das bishigen Arbeiterschutz, der für die Eisenbahnenarbeiter besteht, Abg. v. Wagner (H.) verteidigte sich über Warenhäuser und Abg. Ehlers (Sp.) suchte — allerdings vergeblich — der Mehrheit die Folgen der Schutzpolitik vor Augen zu führen. Dann kam der unaussprechliche Schlußantrag, der es u. a. dem Genossen Hue unmöglich machte, Herrn Beumer zu antworten. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrags v. Krause (natl.) betr. Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik. Dagegen stimmten nur Fortschrittler und Sozialdemokraten. Auch der Antrag Hammer (L.) gegen die Monopole der Elektrizitätsgesellschaften wurde angenommen. Als aber dann über einen ähnlichen Antrag der Fortschrittler abgestimmt werden sollte, da stellte sich die Beschlussunfähigkeit des Hauses heraus. Die Sitzung mußte daher abgebrochen werden.

Am Sonnabend soll der Handelsetat weiter beraten werden.

### Eisenbahnforderungen im sächsischen Landtage.

Die Zweite Kammer bewilligte in ihrer gestrigen Nachmittags-sitzung die im außerordentlichen Staatshaushaltsetat für 1914/15 angeforderten 6 273 000 M. zur Vermehrung der Lokomotiven, Tender und Triebwagen sowie 20 726 000 M. zur Vermehrung der Personen-, Gepäck- und Güterwagen und erteilte nachträglich ihre Zustimmung zu der bereits erfolgten Anschaffung von vier schmalspurigen Lokomotiven, 40 schmalspurigen Personenwagen und 200 schmalspurigen Güterwagen sowie von 1082 vollspurigen Güterwagen.

### Die Partei für Freiheit und Recht gegen die Versammlungsfreiheit.

Die Genossin Luxemburg will in den nächsten Tagen in Baden einige Versammlungen abhalten. Der „Freiburger Bot“, ein wackeres Zentrumsblatt, fordert nun die Regierung auf, die Versammlungen der Genossin Luxemburg zu verbieten:

Einer Rednerin, welche gegen den Staat aufreist, gibt man die Erlaubnis, in einer Versammlung zu sprechen, während man einem Jesuitenpater, welcher religiöse Vorträge halten will, diese Erlaubnis verweigert. Gleiches Recht für alle! So lange die Jesuiten nicht angelassen werden, sollte auch eine sozialdemokratische Agitation in Versammlungen nicht sprechen dürfen.

Diese zentrumskritische Hege macht sich besonders gut angehts der Tatsache, daß die Sozialdemokraten die energichsten Gegner des Jesuitengesetzes sind, auf Grund dessen feinerzeit die Vorträge des Jesuitenpaters Cohaup verboten wurden. Freilich, dem Zentrum liegt ja gar nichts an der Aufhebung des Jesuitengesetzes, es würde ihm damit ja ein sehr bequemes Agitationsmittel genommen.

### Reichstagsverhandlungen.

Die Reichstagsverhandlung im Wahlkreise Samoy (Marionwerber) findet am 21. April statt. Deutscher Kompromißkandidat ist wieder Landrat v. Halem, der dem Polen gegenübersteht. Andere Parteien kommen hier nicht ernstlich in Betracht.

In der Zentrumsdomäne Braunsberg-Heilsberg (Königsberg) wird die Ertragswahl am 21. April vorgenommen.

Verlogenheitsphrasen mich mit seinem Schilling Peuckert auf gleiche Stufe stellen zu wollen. Ich werde Herrn Landauer das Protektorat über diesen seinen „Ehrenmann“ nicht, für meine Person betrachte ich es aber als eine Beschimpfung, mit Peuckert gleichgestellt zu werden.

Wenn Herr Landauer weiter bestrittet, daß er zu der Zeit, als der Rebe-Artikel im „Sozialist“ erschien, in enger Beziehung zum „Sozialist“ stand — so ist das ein Spiel mit Worten. Für die Nummer, in der jener Artikel erschien und vielleicht für eine Anzahl folgender mag das zutreffen; bis Weihnachten 1896, also bis zum Erscheinen jenes Artikels, stand Landauer nicht bloß nicht in seiner Beziehung, sondern tatsächlich in enger Beziehung zum „Sozialist“. Dafür gibt lebendige Zeugen — obgleich die Tatsache im Grunde höchst gleichgültig ist.)

Ran der „gefälschte“ Brief Rebes. Ich gebe Landauer zu, daß der Wortlaut nicht stimmt. Auch ich erkläre mir die Ungenauigkeit so: Peuckert las den Brief in einer Gruppenführung der „Autonomie“ vor, als der Brief dann von Daubeney in der Untersuchungskommission eingefordert wurde, verweigerte Peuckert die Aushändigung; nun wurde der Brief aus dem Gedächtnis rekonstruiert. Ich würde die Landauer'sche Auffassung von der ganz besondern Nichtwürdigkeit der Rekonstruktionsform vielleicht verstehen können, wenn der Inhalt dieses Briefes nicht in zwei anderen Briefen Rebes, deren Echtheit außer allem Zweifel steht, bestätigt worden wäre. Der Brief vom 14. Januar hat der Kommission im Original vorgelegen und seine Echtheit ist niemals bestritten worden; er hat gedanklich denselben Inhalt und Rebe weist darin mit seinem Verstand direkt auf Reuß und Peuckert hin, der ja nach seinen „Erinnerungen“ mit Rebe noch nach der Abreise von Reuß eine stundenlange Nordisphenyromenade gemacht haben will. Und der Brief vom 26. Januar ist von Andreas Scheu in einem Briefe vom 28. Juli 1887 der Redaktion des „Sozialdemokrat“ ausdrücklich als echt bestätigt worden.

Der Brief, aus dem Landauer zitiert, ist angeblich „eine Woche“ nach dem Uria-Besuch geschrieben. (S. 248.) Im Anhang hat Landauer noch einen Brief Rebes wiedergegeben, der jedenfalls nach dem 13. Januar geschrieben ist und gleichfalls diese polizeiliche Ueberwachung seines Logis meldet. Ob diese Ueberwachung am Tage nach dem Besuche Peuckert-Reuß oder einige Tage nach diesem Besuche stattgefunden hat, ist für mich nicht von so einschneidender Bedeutung, um so weniger als ja die Verlogenheit der Warnung erst die Folge des Besuchs Peuckert und Reuß bei Rebe war. Und besser als Landauer es versteht, empfand Peuckert diesen Zusammenhang. Denn er leugnet in seinen „Erinnerungen“ einfach, daß am Bahnhof Polizisten anwesend waren, während Rebe diese Anwesenheit und die Beobachtung in seinem Briefe vom 26. Januar ausdrücklich hervorhebt. Peuckert schreibt S. 242:

„Am Bahnhof angekommen sah Reuß an einem Tisch im großen Wartesaal. Im ganzen Raum war sonst nie-

\*) Nur eine Tatsache aus den vielen hierfür vorliegenden. In Nr. 49 vom 5. Dezember 1896 steht auf S. 1 folgendes: „Gefredakteur des „Sozialist“: Gustav Landauer. Mitglieder der Redaktion: Wilhelm Spöhr, Albert Weidner. Das dürfte genügen.“

## Wie in Bayern die katholischen Geistlichen von Amts wegen zur Agitation gegen die Sozialdemokratie gezwungen werden.

Im bayerischen Landtag führte Genosse Kummerfall vor kurzem darüber Beschwerde, daß der katholische Pfarrer Taubenberg in dem nahe bei München liegenden Städtchen Dachau im Religionsunterricht Politik gelehrt und gegen die Sozialdemokratie agitiert habe. Der bayerische Minister des Innern zog es vor, zu schweigen. Nun aber brachte jüngst das führende bayerische Zentrumsblatt, der „Bayerische Kurier“, eine reizende Aufklärung. Es schrieb:

Der Fall ist von allgemeinem Interesse. Denn Pfarrer Taubenberg hat nur getan, was er durch sein Amt als christlicher Religionslehrer verpflichtet war. Hat er seine Befugnisse überschritten, so trifft dieser Vorwurf auch das Gros seiner Amtsgenossen, dann trifft er auch die obere kirchliche Behörde, welche „dieses Tun“ zuläßt und billigt. . . . Der Religionsunterricht wird dort (nämlich in Dachau) erteilt an der Hand des mit dem bischöflichen Inprimatur versehenen Lehrbuches von Johann Schwab: „Ausgeführte Katechese für den Religionsunterricht der Fortbildungsschule und der Christenlehre“. In diesem Buche sind nun in der Tat verschiedene Fragen berührt, die das politische Gebiet betreffen. Und das ist auch ganz natürlich. Wenn man z. B. das 4. Gebot bespricht, wie kann man das tun, ohne dabei den jungen Christen auch die Achtung und den Gehorsam gegenüber der staatlichen und kirchlichen Gewalt einzuschärfen? Der Verfasser des Lehrbuches bezeichnet es ausdrücklich als Recht und Pflicht des Religionslehrers an dieser Stelle zu sprechen von Wahlen und Wahlrecht, von Gesetzen und Grundgesetzen der politischen Parteien. In einer christlichen Sittenlehre können ferner auch Fragen nicht unberührt bleiben wie die: Ist ein Streik erlaubt? Unter welchen Bedingungen darf man sich daran beteiligen? . . . In besonderen Kapiteln des Buches wird auch vom sozialistischen Zukunftsstaat und anderen sozialistischen Schlagworten gesprochen. Es wird dargelegt, daß sich die Lage des Volkes auch auf friedlichem Wege verbessern läßt ohne blutige Revolution. Vorgehensweise (1) muß da auch von den Arbeiterorganisationen geredet werden. Die freien Gewerkschaften, so heißt es da, hätten früher wirklich Gutes und Anerkennenswertes geleistet, aber was man heute in ihren Versammlungen höre, was ihre Zeitungen Tag für Tag säße, sei ein wütender Kampf gegen alles, was Religion und Sitte heißt. Für einen gutgehumten achtbaren jungen Mann können lediglich die christlichen Gewerkschaften in Betracht.

Soweit der „Bayerische Kurier“, der in solchen Dingen genau Bescheid weiß. Mit einer geradezu verblüffenden Offenheit, die zur Genüge beweist, wie sicher die Schwarzgen sich in Bayern fühlen, gesteht er ein, daß der niedere bayerische Klerus von seinen geistlichen Oberen zum politischen Agitationsunternehmen und zu Zutrittsbesuchen für das Zentrum direkt gezwungen wird. Seine Ausfahrungen machen auch das Schweigen erklärlich, das der bayerische Minister des Innern der Kritik des Genossen Kummerfall entgegensetzte. Er wußte nur zu gut, daß hier der Wille der höchsten Vorgesetzten der bayerischen Minister, nämlich der Bischöfe, in Betracht kommt, und da hat ein bayerischer Minister nichts mehr zu sagen.

## Vertreter des Rechts am Reichsgericht.

Vor einiger Zeit hatte der Justizrat Jacobson in Berlin in einem Artikel der „Rechtlichen Zeitung“ behauptet, die Rechtsanwälte am Reichsgericht seien nicht geneigt, gegen die Rechtsansicht des Senats aufzutreten. Dieser Vorwurf war von den Anwälten am Reichsgericht mit Entrüstung zurückgewiesen worden. Dem Justizrat Jacobson sind nun eine Anzahl Briefe zugestellt worden, aus denen die Richtigkeit seiner Behauptung sehr einwandfrei hervorgeht. Einer dieser

ma n d; nur ganz entfernt am Büfett stand ein junger Mann, der sich mit dem Wirt unterhielt.

Rebe aber schrieb in dem von Andreas Scheu ausdrücklich als echt beglaubigten Brief:

„Das Rendezvous fand auf der Station statt, wo vier Polizisten anwesend waren, die uns beobachteten, und ich inselgedessen, nachdem ich ihm (Reuh) meinen Standpunkt klar gemacht hatte, schleunigst meiner Wege ging.“

Der Widerspruch der an Peukert gerichteten angeblichen Briefe Rebes mit denen an Reuh und Dabö gerichteten fiel schon damals Peukert auf; er wußte an Rebe geschrieben und (S. 245)

„von ihm Auskunft verlangt haben, wie er dazu komme, solche zweideutigen Briefe zu schreiben, von denen er doch wissen müsse, wie dieselben von einem Kerl wie Dabö ausgenutzt würden. Darauf erhielt ich von Rebe einen langen Brief, worin er sich mit der Aufregung entschuldigte, er habe nicht gedacht, daß Dabö den Brief lesen würde, der ja überhaupt keine Verdächtigung gegen mich enthalte, er habe Reuh ungefähr dasselbe geschrieben wie mir und es sei ihm peinlich, daß sein Name wieder in den ekelhaftesten Streit hineingezogen worden sei. Damit war die Sache für uns beide erledigt, nachdem ich geantwortet, daß von unserer Seite sein Name in dem Streit nicht berührt werden solle.“

Diesen Brief, der doch in der damaligen Situation für Peukert ungeheuer wichtig war, hat Peukert nie veröffentlicht, niemand hat ihn gesehen und zum Unglück für Peukert soll er ihm nachher auch noch gestohlen worden sein!

Es existiert aber noch ein weiterer Brief von Rebe, der auch Herrn Landauer nicht unbekannt sein dürfte, denn er ist in Nr. 2 des „Sozialist“ vom 9. Januar 1897 mitgeteilt worden. Er ist in Berlin am 21. Februar 1897, also am Tage der Verhaftung Rebes, angelangt und lautet — nach dem „Sozialist“ — „ungefähr folgendermaßen“:

„Jetzt werde ich nicht nur von Stadt zu Stadt gehet, sondern von Haus zu Haus. Und wären die deutschen Spione nicht so furchtbar dumm, so würdet Ihr wohl diese Stellen nicht mehr erhalten. Peukert hat den unergieblichen Leichtsinns besessen, meinen streng geheim gehaltenen Schlupfwinkel an Reuh zu verraten. Reuh hat zu Peukert gesagt, er müsse mich sprechen, um sich bei mir von den Verdächtigungen zu reinigen. Er wolle meine Wohnung nicht wissen, damit er nicht neuen Verdacht auf sich lade. Daher sollte mich Peukert holen. Ich ging auf Peukerts Aufforderung, er müsse mich jemand (1) sprechen, mit demselben. Als ich aber sah, daß es Reuh war, der mich sprechen wollte, schalt ich Peukert seiner unehelichen Dummheit wegen aus und ging meiner Wege. Von dem Tage an werde ich von drei deutschen . . . auf Schritt und Tritt verfolgt.“

In einem Streit mit Peukert-Landauer mich einzulassen über den wahren Begriff der „Propaganda der Tat“, wäre wirklich Zeitvergeudung. Will Herr Landauer meine Darstellung der Winterthurer Vorgänge nicht glauben, so läßt er es eben bleiben, aber dann kann er von mir keine Antwort erwarten. Aber dieselbe bringt ihn das Wort des im Merksallinger-Prozess verurteilten Engel zum Nachdenken: Goghe (der Redaktionskollege Peukerts an der „Zukunft“, der mit dem Reste des bei Merksallinger erbeuteten Bargeldes nach New York entflohen ist)

„Goghe hat mir das Wort gegeben, daß das Geld für die heilige Sache verwendet wird, zu eigennütigen Zwecken würde ich es ja nicht getan haben.“

Charakteristischen Briefe eines Reichsgerichtsanwalts, datiert vom 10. Oktober 1913, hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Justizrat!  
In Sachen p. v. ersehe ich aus Ihrem gefl. Schreiben vom 7. d. M., daß die Partei sich zur Zurücknahme der Revision nicht entschließen will. (Dann folgen Erwiderungen auf die Rechtsausführungen, und es geht weiter.) Ich kann deshalb nur nochmals raten, das Rechtsmittel zurückzunehmen. Sollte ich die Ermächtigung wider Erwarten nicht erhalten, so erkläre ich schon jetzt, daß ich mich zur Vertretung der Revision, nachdem ich weiß, wie der zuständige Senat über die Sache denkt, nicht entschließen kann. Ich müßte, wenn ich die Revision vertreten wollte, gezwungen, daß mir dies seitens des Senats direkt übel genommen, und daß mir der Präsident in der Sitzung hierüber eine entsprechende Bemerkung machen würde. Sie werden wohl selbst nicht wünschen, daß ich mich dem aussehe, und ich glaube auch nicht, daß nach Schläge eine anderer Reichsgerichtsanwalt zur Vertretung sich bereitfinden lassen wird. p. v.

Mit kollegialer Hochachtung,  
Mit welchem Recht sich unter solchen Umständen die Herren noch Rechtsanwälte nennen, ist nicht recht einzusehen, und das Vertrauen in die Rechtsprechung des Reichsgerichts können solche Zustände allerdings auch nicht fördern.

## Erschwerung des russischen Arbeiterzuges?

Der russische Ministerrat hat die Einbringung einer Gesetzesvorlage über den Abgang russischer Feldarbeiter ins Ausland, soweit diese auf dem Seeweg erfolgt, beschlossen. Der zweite Teil der ursprünglichen Gesetzesvorlage betreffend die Arbeiter, welche auf dem Landwege, beispielsweise nach Deutschland oder Dänemark abgehen, soll von einer Sonderkommission des Ackerbauministeriums einer Vorprüfung unterworfen werden. Der Ministerrat sprach dabei den Wunsch aus, es möge in beiden Fällen dafür gesorgt werden, daß durch den Abgang russischer Arbeiter während der Feldarbeiten die Interessen der russischen Landwirtschaft nicht leiden.

Für die Ostelbier würde eine Erschwerung des Wanderarbeiterzuges eine recht große Verlegenheit bedeuten. Der russischen Regierung ist es natürlich weniger um das Wohl der Arbeiter und auch nicht so sehr um den Arbeiterbedarf der russischen Landwirtschaft zu tun, als darum, bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen eine Waffe in der Hand zu haben.

## 5700 M. Durchschnittsvermögen.

Der Generalpardon bei der Erhebung des Wehrbeitrages hat überall zu einer wesentlichen Steigerung der bei der Steuererklärung angegebenen Vermögen geführt. Wenn die Schätzungen über das Volksvermögen gewöhnlich teilweise auf der Einkommens- und Vermögenssteuerstatistik fußen, ergibt sich schon hieraus, daß sie wahrscheinlich zu niedrig waren. In diesen Tagen hat nun A. Steinmann-Bucher, ohne Benutzung der Steuerstatistik, eine neue Schätzung des deutschen Volksvermögens veröffentlicht, deren Resultate wesentlich höher ausfallen, als bei früheren Schätzungen. Während Schmolzer vor zehn Jahren das Volksvermögen auf etwa 200 Milliarden angab, schätzt es Steinmann-Bucher auf 376 bis 397 Milliarden. Unter Berücksichtigung eines jährlichen Gesamteinkommens des deutschen Volkes von 40 Milliarden gibt Steinmann-Bucher das durchschnittliche Vermögen des Deutschen auf 5700 M. an. Selbst wenn diese Schätzung die wirklichen Verhältnisse übertreffen sollte, zeigt sie doch, welche kolossalen Vermögen heute in Deutschland vorhanden sind — natürlich nicht so verteilt, daß auf jeden Einzelnen 5700 M. entfallen, sondern aufgespeichert in den Händen ganz weniger Großkapitalisten. Der Proletarier, d. h. die Mehrzahl des Volkes, hat an dem gewaltigen Vermögen keinen Anteil. Das reiche Deutschland — so nennt Steinmann-Bucher seine Schrift — wird nicht durch das Volk, sondern durch eine kleine Zahl von Ausbeutern der kapitalistischen Wirtschaftsweise repräsentiert.

Nach haben in den 80er Jahren, als ich noch jung war, die Robomontaden von der „Propaganda der Tat“ nicht verwirren können darüber, daß es auf dieser Bahn keine Ergebnisse gibt zwischen sogenannten Revolutionären und wirklichen Lumpen (und Stellmacher war ein Schulbeispiel für die Mischung beider Elemente) und die Phrasen Peukerts in seinem Buche oder die Redensarten Landauers in seiner Zeitschrift vermögen es heute auch nicht.

Herr Landauer darf versichert sein, ich habe das ganze Buch, also auch das Kapitel über den Londoner Kongress gelesen, und ich habe das Buch nicht etwa mit der Absicht gelesen, Material gegen Peukert herauszufinden, dafür dürften meine Artikel zeugen. Aber als ich Seite auf Seite der gewissenlosen Verlogenheit Peukerts begegnete, da hielt ich es für meine Pflicht als Parteigenosse, den jüngeren Parteigenossen, denen jene Ereignisse fremd sind, an Hand einiger Beispiele den verlogenen Charakter des Peukertischen Nachwortes\*) klarzulegen — auf die Gefahr hin, das sentimentale Mißfallen so ethisch empfindender Edel-Anarchisten wie Landauer zu erregen.

\*) Nachträglich noch eine altentworfene Feststellung der Peukertischen Verlogenheit.

Wie ich schon in dem Kapitel „Propaganda der Tat“ dargelegt habe, schreibt Peukert Seite 163:

„Nachdem die Wiener Polizei durch R. Fischer in Zürich erfahren hatte, daß der gefangene Attentäter Hermann Stellmacher von Zürich sei . . .“

In der Wiener Kriminal-Bibliothek, 1. Heft, „Prozess gegen den Anarchisten Hermann Stellmacher“ (Wien — Berlin — Leipzig 1884, Verlag von Hugo Engel) finde ich Seite 39 folgendes:

„Nachdem die königliche Polizei-Direktion in Dresden mit Note vom 1. Februar 1884 mitgeteilt hatte, daß nach einer derselben übersandten Photographie des Mörders des Polizeigentien Witz eine Anzahl von in Dresden domicilierenden Personen in demselben einen gewissen Hermann Stellmacher erkennen, welcher vom 25. Jänner 1876 bis Ende Jänner 1876 als Kapitulanten-Unteroffizier bei dem 19. sächsischen 2. Grenadierregiment Nr. 101, Kaiser Wilhelm, gedient, nach seiner Entlassung vom Militär bis Mitte November 1876 als Wagenschieber auf dem Zentralbahnhof in Dresden gearbeitet und dann nach der Schweiz sich gewendet hatte und nachdem insbesondere eine mitgeteilte, von einem Bekannten des Stellmacher erlangte Photographie desselben als Unteroffizier des erwähnten Regiments jeden Zweifel über die Richtigkeit der Identifizierung ausschloß, nahm auch der bisher nomenlos gebliebene inhaftierte Mörder Witz bei seiner nächsten gerichtlichen Vernehmung vom 4. Februar 1884 keinen weiteren Anstand, zuzugeben, daß er wirklich Hermann Stellmacher heiße, am 23. Mai 1853 zu Grottkau in Preussisch-Schlesien geboren, konfessionslos, verheiratet, Schuhmacher sei und zuletzt in Zürich (Vorstadt Muntten, Bergstr. 12) gewohnt habe.“

Die Versammlung in Winterthur fand am 5. Februar statt, an diesem Tage erhielt ich das Wiener „Citratblatt“ mit dem Wiede Stellmachers, am 1. Februar aber meldete schon die Dresdener Polizei den Namen und am 4. Februar bekannte Stellmacher selber seinen Namen. Ein Menschenalter später aber verübt der „Ehrenmann“ Peukert: Nachdem die Wiener Polizei durch E. Fischer in Zürich erfahren hatte, daß der gefangene Attentäter Hermann Stellmacher von Zürich sei . . .

Richard Fischer.

## Eine Kronprinzenreise auf Kosten der Steuerzahler.

Der Kronprinz hat die Absicht, in der nächsten Zeit eine Reise nach den deutschen Kolonien in Afrika zu unternehmen, um dort der Jagd nachzugehen und bei dieser Gelegenheit auch Land und Leute sich zu betrachten. Die nationalliberale Reichstagsfraktion will nun im Reichstag den Antrag einbringen, aus Reichsmitteln 200 000 M. für diese Reise zu bewilligen. Der Reichstag wird hoffentlich dem nationalliberalen Antrag die Zustimmung versagen, denn es liegt nicht der mindeste Grund vor, die Kosten einer Reise des Kronprinzen aus den Mitteln der Steuerzahler zu bestreiten. Der Kronprinz wird für diese Reise ein Kriegsschiff benutzen, so daß er einen Teil der Reise ohnehin auf Reichskosten macht und es ist bezeichnend für die Liebedienerei der Nationalliberalen, daß sie dem Kronprinzen sogar auch den anderen Teil der Reisekosten abnehmen und ihn den Steuerzahlern aufbürden wollen.

## Oesterreich.

### Ein Spionageprozeß.

Aus Wien wird uns geschrieben:  
Die Spionage gehört anscheinend zu den fittlichen Merkmalen dieser Zeit, in der Kapitalismus und Militarismus die herrschenden Mächte sind; also sind auch Spionageprozeße nicht selten. Dennoch hätte auch die Verurteilung der zwei Brüder Jandric, von denen der eine noch aktiver Offizier war, der andere es gewesen ist, bevor er wegen einer Schüttereier in einer privaten Sache aus dem Offizierskorps ausgeschlossen wurde, kein besonderes Aufsehen erregt, wenn die begleitenden Umstände nicht so auffällig wären. Der Verrat der zwei Brüder, die beide aus einer alten Offiziersfamilie stammen, fällt nämlich zeitlich mit den Verräterei des Redl zusammen; ursprünglich war sogar die Rede davon, daß alle diese Spione gemeinsam operiert hätten. Was alles die militärischen Spione — wieder ein Beweis, wie der berühmte „Kopf des Kaisers“ die innere Sittlichkeit verbürgt — an Rußland verraten haben, ist natürlich nicht bekannt geworden; nach den Summen, die sie als Schandlohn empfangen haben, sicherlich nicht wenig. Und es stand damals die Gefahr eines Krieges mit Rußland gleichsam vor den Toren! Und die Prozesse gegen die Jandric sind nur die ersten Glieder einer ganzen Kette von Spionageprozeßen! Man denke es durch, was diese Schüttereier Deutschland und Oesterreich, wenn der Krieg wirklich ausgebrochen wäre, an Blutopfern hätten kosten können!

Von der Best der Spionage ist kein Staatswesen frei, aber ihren eigentlichen Sitz hat sie doch in Rußland. Man hat diesmal in Wien auch die sonst üblichen Verhüllungen aufgegeben, und statt, wie es sonst geschieht, von einer „fremden Macht“ zu reden, weist die Anklage direkt auf Rußland und auf den russischen Militärattaché in Wien, den Obersten Panikentiisch, hin, der die Jandric gemorben hat und als Auftragsgeber der „Bestellungen“ und Liebernehmer des „Materials“ fungierte. Die Anklageschrift berichtet, daß der Verdacht gegen die Spione dadurch entstand, daß am 8. März 1911, vormittags 10 Uhr, der Militärattaché den einen Jandric in seiner Wohnung besuchte und Zusammenkünfte zwischen dem russischen Bevollmächtigten und dem Spion mit. Da es nun natürlich nicht so ist, daß die Polizei alle gemessenen Offiziere bewachen läßt, so geht aus dem Bericht klar hervor, daß man in Wien die russischen Militärattachés polizeilich beobachten läßt, und auch gar kein Hehl daraus macht, daß man es tut; die russischen Herrschaften lassen ihre „militärische“ Sendung eben nur noch als Anknüpfungspunkt und Gelegenheit für Spionage auf! Es muß auch jeder am Schluß Wien Anfall und Fall verlassen. Diese Lumpereien fügen sich freilich vorzüglich in das Bild ein, das Rußland im Innern hiesel. Wo die Wespelung der eigenen Bürger die Staatsmaxime ist; wo nicht bloß das freie Wort, sondern gleichsam auch das freie Denken unter Bewachung steht, und wo man den eigenen Bürgern gegenüber jede Schändlichkeit für erlaubt hält; da gibt es auch keine moralischen Hemmungen im Verkehr mit fremden Staaten! So entsetzt das offizielle Europa mit der Wespelung durch die russischen Spione nur, was es mit der Duldung der zaristischen Greuel und mit der Sympathie für den blutbesetzten russischen Despotismus getan hat.

## Brasilien.

### Unruhen.

Rio de Janeiro, 6. März. Die politische Lage im Staate Rio de Janeiro droht einen revolutionären Charakter anzunehmen; eine Verammlung im Militärklub hat Anlaß zu regierungsfeindlichen Kundgebungen geboten, bei welchen sich einige ehemalige Offiziere kompromittiert haben. Dies ist der Anlaß für die Erklärung des Belagerungszustandes bis Ende März und die Verhaftung einiger besonders hervorgetretener Agitatoren; durch beide Maßnahmen sollen die konservativer gerichteten Bevölkerungsklassen beruhigt und und soll ernsteren Zwischenfällen vorgebeugt werden. Jedoch erklärt die Regierung, sie werde mit größter Wäßigung handeln und nur die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung unentbehrlichen Maßregeln treffen. Armees und Marine sind durchaus zuverlässig.

## Letzte Nachrichten.

### Die Sagen vor dem Licht der Deffentlichkeit.

Rom, 6. März. (B. Z. B.) Kammer. Im Verlaufe der Beratung über den Gesetzentwurf betreffend die Ausgaben für Sybien wurde auf Vorschlag Giolittis in namentlicher Abstimmung mit 239 gegen 41 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen die Tagesordnung De Felices und anderer Sozialisten abgelehnt. In dieser wurde die Regierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf betreffend die Ernennung einer Untersuchungskommission für die Ausgaben des Probianendienstes und anderer Dienstzweige einzubringen.

### Telephonverbindung Berlin — Frankfurt a. M. — Mailand.

Frankfurt a. M. (B. Z. B.) Heute mittag fand das erste telephonische Gespräch zwischen Frankfurt und Mailand statt; die Verbindung war sehr deutlich. Nach gelungenen Versuchen soll die telephonische Verbindung über Frankfurt bis Berlin verlängert werden.

### Gefängnis statt Brot und Obdach.

New York, 6. März. (B. Z. B.) Joseph Alders, der sich unter der Arbeitermenge befand, die das Recht auf Speisung und Unterbringung in den Kirchen beanspruchte und jüngst in eine katholische Kirche während des Gottesdienstes einbrang und großen Lärm verübte, ist zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Dies ist das erste Urteil, das in dieser Angelegenheit gefällt worden ist. Noch an 200 Personen stehen ihrer Aburteilung entgegen.

# Heute



Sonnabend, den 7. März  
nachmittags 5 Uhr  
eröffnen wir unsere neuen Räume

**Chaussee-Straße 113**

beim Stettiner Bahnhof

**Gute Ware – Billige Preise  
Reelle Geschäftsprinzipien**

haben uns diesen Erfolg ermöglicht und werden  
auch in den neuen Räumlichkeiten uns neue  
Freunde zuführen!



**Die Tunique-Model**  
Seidenes Kleid  
französ. Art in viel  
schönen Farben u.  
in den modernen  
Millefleurmustern  
bei einfarbig. Rock

Das vielverjante  
Cotéle-Kostüm,  
vorzügliche Ware,  
Tailor-made-Ver-  
arbeitung  
auf Seide  
36.75

Reizend. Gabadine-  
Kostüm in blau und  
farb. m. imit. brokat-  
farb. Kragen, fesch.  
Gürtel, ganz vorzgl.  
verarbeitet auf Seide  
45.50

Bis zur Eröffnung  
nachmittags  
5 Uhr  
bleibt unser  
Geschäft  
Chausseestr.  
113  
geschlossen



Elegantes Kostüm  
aus prima karier-  
ten Stoffen, ganz  
neuartig in Dessin  
und Schnitt  
auf Seide  
43.80

Das moderne Karol  
Ein sehr vorteil-  
haftes jugendlich.  
Kostüm mit reiz-  
vollem Seidenkre-  
garnierung a. Seide  
26.75

Frühjahrs-Paletot  
a. weichen, velour-  
artigen Stoffen.  
Besond. gute Ware,  
sehr eleg. wirkend  
25.75

**C & A**  
BRENNINKMEYER GMBH

Sonntags  
geschlossen!

König-Straße 33  
am Bahnhof Alexanderplatz

Chaussee-Straße 113  
beim Stettiner Bahnhof

Unser Geschäft  
Königstrasse 33  
bleibt Sonnab.,  
den 7. März cr.,  
den ganzen Tag  
ununterbrochen  
geöffnet

Bewerkschaftliches.

Die Maske herunter!

Der verstorbene ehemalige Redakteur des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ Ludwig Rezhäuser hat durch einen Freund in Leipzig eine Schrift herausgegeben unter dem Titel: „Dokumente eines Sterbenden. — Ein letztes Wort an meine Kollegen.“

Wir haben uns gehütet, nach Rezhäusers Ausscheiden aus dem „Korrespondent“ seine abenteuerliche Laufbahn auch nur zu erwähnen, in die ihn nicht die Not etwa hineintrieb.

Rezhäuser ist von Freund und Feind maßlos überschätzt worden. Er war kein „einsamer Riese“, als den er sich gern gab. Er hatte ein starkes formales Talent, ermangelte aber jeder inneren Größe.

Wir können uns nach dem, was jetzt der Vorstand des Verbandes an die Öffentlichkeit bringt, wohl vorstellen, wie schwer es diesem bei seiner Kenntnis der Rezhäuserschen Charakterveranlagung oft gefallen sein mag.

Kleines Feuilleton.

Die Sorgen des Fürsten von Albanien. Die bürgerlichen Mütter haben einen Bund fürs Leben mit ihm geschlossen. In jedem Tag, den Gottvater gibt, nehmen sie Partei für ihn; sie sind wie die Hunde hinter ihm her, und er hält sie auf dem laufenden.

In der „Vossischen“ plaudert einer von dem schönen Hund, den der Fürst von Albanien besitzt. Es ist ein hübsches Exemplar von Polizeihund, der in den letzten Jahren in Deutschland so in Mode gekommenen Tiere.

So liegt dem Fürsten von Albanien noch mehr am Herzen als das Wohl der Miriditen. Er hängt an seinem Polizeihund und wittert falsche Gefahr für ihn. Die Lieberstellung wird er schon übersehen, und akklimatisieren würde er sich auch; aber auf die Miriditen ist nicht zu zählen.

Wie groß sind die Bakterien? Daß die als Bakterien bezeichneten allgegenwärtigen Kleinlebewesen mikroskopisch klein sind, weiß ein jeder. Wie groß aber sind sie nun eigentlich? Hierüber macht Erich Döberlein im Rahmen eines größeren Aufsatzes über Bakterien, den das jüngste Heft der „Internationalen Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik“ veröffentlicht wird, zahlensmäßige Mitteilungen.

einandersehungen mit Rezhäuser erinnert, möchte vielleicht meinen, daß uns bei Offenbarung dieses Konflikts eine gewisse Schadenfreude erfüllt. Wir fühlen uns frei davon. Wir haben keinen Gefallen an Zerwürfungen in der deutschen Arbeiterbewegung.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Dreher und Revolverdreher bei der Firma Kar l Haffke u. Wrede, Christianiastr. 116a, ist beendet. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

In der Norddeutschen Gummi- und Gutaperchawarenfabrik vorm. Jonrobert u. Reimann, Abteilung Formerei, ist es zu Differenzen gekommen, die zur Arbeitseinstellung führten. Da es sich nur um qualifizierte Arbeitskräfte handelt, sind alle Arbeitsangebote dieser Firma abzulehnen. Zuzug ist fernzuhalten.

Achtung, Kraftfahrerkolonne! Die Differenzen im Elektromobil-Droschkenbetrieb G. m. b. H., Halensee, Joachim-Friedrich-Strasse, sind durch Verhandlungen mit der Sektionsleitung beigelegt.

Achtung, Freizeugehilfen! Wegen Tarifbruch für Verbandsmitglieder sind geipert: Frömmner, Adersstr. 68, Jachsa, Roslstr. 58 und Hippig, Kochmannstr. 16. Tariflich geregelte Verhältnisse sind bei Langer, Bankow, Maximilianstr. 11/12. Verband der Freizeugehilfen.

Deutsches Reich.

Der Verband der Freizeugehilfen hatte im Jahre 1913 einen nominellen Verlust von 41 Mitgliedern. Er zählte am Jahresabschluss 2491 Mitglieder gegen 2532 am Schlusse des Vorjahres. Auch die Zahl der eingetretenen Mitglieder ist gegen das Vorjahr um 455 zurückgegangen.

Die Gelben im östlichen Westfalen.

Die Bewegung der Gelben im östlichen Westfalen konnte bisher noch wenig Fuß fassen. Nur ein knappes Hundert wird in Bielefeld in den Maschinenfabriken Goerde u. Co und Droop u. Klein gezählt.

Voriges Jahr wurde nun in Minden der Versuch gemacht, durch die Anstellung eines „nationalen“ Sekretärs Gelbe zu züchten. Doch auch hier war der Liebe Mühe umsonst. So verlegte denn der gelbe Sekretär Anfang dieses Jahres sein Domizil nach Bünde, der Zentrale der Tabakindustrie Westfalens.

größte Teil von den ihnen als „national“ bezeichneten Einrichtungen schon bei ihrer Eröffnung genug hatten. Also auch die Tabakarbeiter ließen sich nicht fangen.

Daß es sich bei dem gelben Sekretariat um ein von Fabrikanten ausgehaltenes und auf die Zersplitterung der Arbeiterbewegung gerichtetes Unternehmen handelte, sollten die Arbeiter bald erfahren. In bürgerlichen Blättern wurden unorganisierte Zigarettenfortierer gesucht. Die Inserate gingen von dem Sekretär der Gelben aus.

Der Geschäftsführer des Westfälischen Zigarettenfabrikanten-Verbandes, Herr Hindenberg-Rinden, Sandikus der Rindener Handelskammer, ist der Auftraggeber des Herrn Frankel zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung ist den Unternehmern eben jedes Mittel recht.

Die Aussperrung in der Solinger Waffenbranche.

Bis Freitag sind 516 Waffenarbeiter von der Aussperrung betroffen; allerdings sind sie noch nicht alle im Ausland, da die Kündigungssfrist bei verschiedenen Betrieben eingehalten werden muß. Von den Unternehmern ist eine schwarze Liste herausgegeben worden.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei.

In der Nacht zum Freitag starb im Alter von über 70 Jahren in Dauten der Genosse Stirius, der seit den 60er Jahren der sozialdemokratischen Bewegung angehört. Als Passanten trat er in Hamburg der Organisation bei, kam dann nach Baun, wo er sich als Postamtier selbständig machte und arbeitete ununterbrochen bis zu seinem Tode für die Sozialdemokratie.

Martyrium der lettischen Arbeiterpresse.

Mit welcher ungeheuren Schwierigkeiten die Arbeiterpresse in Rußland zu kämpfen hat, davon kann sich der deutsche Arbeiter, der die Verhältnisse nicht kennt, gar keine Vorstellung machen. Es ist nicht nur die Rücksichtslosigkeit der breiten Volksmassen, auf die die Arbeiterpresse hauptsächlich angewiesen ist, nicht die große Zahl der Analphabeten, der Indifferenten, — es ist vor allem das brutale Vorgehen der Justiz- und Verwaltungsbürokratie, die kein Gesetz achtet, die alle Mittel anwenden, welche ihnen zur Unterdrückung der Arbeiterpresse nützlich erscheinen.

Die Charakterisierung der Verhältnisse, unter welchen die lettische Arbeiterpresse ihr Dasein führt, seien hier einige Zahlen angeführt: Das in Riga erscheinende Wochenblatt „Dziwies Walsh“ wurde im vergangenen Jahr zwölfmal im ganzen mit 3000 Rubeln oder 23 Monaten Gefängnis bestraft.

wurden, teils auf der Heide, teils im angrenzenden Waldmantel und rufen sich ihr „Jiep“ zu. Auf einmal stößt ein Sperbermännchen hernieder. Kleindögel und einige Wiedehöpfe verbergen sich am Boden. Etwa 30 Stare erheben sich, scharen sich zusammen und umkreisen in jugendlichem Fluge den Feind.

Endlich scheinen alle der wilden Jagd, bei der sie sich ganz bedeutend in die Höhe geschraubt haben, überdrüssig zu sein. Die anfängliche Aufregung hat einem ruhigen Fluge Platz gemacht. Der Sperber schießt in elegantem Gleitfluge in eine entferntere Schöpfung, die Stare flattern einer alten Schwärzappel zu, und der Wiedehopf kehrt zu den umverkehrten Seinen zurück.

Notizen.

Theaterchronik. Im Reichöller Theater findet am Montag, den 9. März, eine außerordentliche Volksvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt das Schauspiel: „Die Schiffbrüchigen“ von Eugen Driewitz. Willett (Sperflüg 55 Pf., Partlet 40 Pf.) sind zu haben in der Buchhandlung Vorwärts, Redaktzr. 2.

Der Weltkampf gegen Pflanzenkrankheiten. Die in Rom tagende Internationale Konferenz für die Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten hat ihre Arbeiten mit der Unterzeichnung einer Akte geschlossen, welche eine internationale Konvention enthält. Die vertragsschließenden Staaten verpflichten sich, besonders einen wirksamen Ueberwachungsdiens zu organisieren.

Der radiumreiche Schwarzwald. Durch einen Vortrag im Berliner Verein zur Förderung des Gewerbesinnes erfahren nun, daß ein Geologe berechnet hat, der Schwarzwald berge etwa 60 Millionen Tonnen Uranmetall, die etwa 2000 Mio Radiummetall enthalten.

Der kolonienessende Affe. In einer Sitzung der Klinischen Gesellschaft zu Paris zeigte ein bekannter Arzt einen Affen, der durch Nachahmung zum Kolonienessen gekommen war. Dieses Tier durchsuchte die Taschen und Schuhen seiner Herrin nach Kolonien, welches er gierig verschlang. Die Folgen der Kolonienvergiftung waren dieselben wie beim Menschen.

messer von 2 Mm, und der Erreger des Milzbrandes, der allerdings zu den größeren Bazillen gehört, hat eine Länge von 8 bis 6 Mm und einen Durchmesser von 1 bis 12 Mm.

Es gibt aber Lebewesen, die noch viel kleiner sind, als der oben angeführte Staphylokokkus. Diese Geschöpfe, die wahrscheinlich auch den Bakterien zugezählt werden müssen, sind zum Teil noch unbekannt, und man kennt sie nur aus ihren Wirkungen: es sind die noch unentdeckten Erreger von Pocken-, Maul- und Klauenseuche, gelbem Fieber und anderen Krankheiten.

Die Wölfe. Die Münchener Kammerspiele kollektierten wieder einmal mit der französischen Revolution, indem sie Romain Rollands Revolutionsdrama: „Die Wölfe“, in Schwabinger-Deutsch übertragen von Wilhelm Herzog, uraufführten.

Der kämpfende Wiedehopf. Eine dramatische Szene aus dem Leben der Vogelwelt wird im neuesten Heft der „Ornithologischen Monatsschrift“ anschaulich geschildert: Schon ein paar Stunden sitzen eben ausgeflogene Wiedehöpfe, die von den Eltern geführt

traf ein: fast jede zweite Nummer der neuen Tageszeitung wurde konfisziert und mit Strafen belegt, bis sie schließlich bei der 13. Nummer ganz verboten wurde. Der Verantwortliche erhielt für die 13 Nummern im ganzen 10 Monat Gefängnis auf dem Bewahnhause zustrafen; außerdem wird er sich noch vor Gericht zu verantworten haben. An Stelle der verbotenen wurde eine neue Tageszeitung — „Dziwnes Słowo“ — ausgegeben, die nicht weniger verfolgt wird. Es erscheinen angeblich in Riga drei lettische Arbeiterblätter: „Dziwnes Słowo“, das Gewerkschaftsorgan „Arbneels“ und das Konsumgenossenschaftsblatt „Patekats“. In kurzer Zeit wird auch eine theoretische Monatschrift erscheinen, die man bisher schmerzlich vermied. So schreitet auch hier, trotz aller Gewalttaten der zarischen Regierung, die Arbeiterpresse unerschrocken vorwärts.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Das durchleuchtende Rot.

Die Strafkammer in Bochum hatte unlängst zwei Genossen aus Stodum freigesprochen, weil die rote Schleife des von ihnen anlässlich einer Verurteilung getragenen Arzanges mit einem schwarzen Schleier umhüllt war. Auf die Berufung des Staatsanwalts hob das Oberlandesgericht Hamm das Urteil auf und wies die Sache an die Strafkammer zurück. Es sei zu prüfen, ob die Schleife durch den schwarzen Schleier durchleuchtet habe. Die Strafkammer trat in die Prüfung der Frage ein. Ein Gerichtsdiener mußte den Antrag in einer Ecke des Saales hochhalten. — Dabei stellte sich heraus, daß das Rot durchleuchtete. Die Strafkammer kam nunmehr zur Verurteilung zu 15 M. Geldstrafe und hält damit die Polizeistrafe aufrecht.

### Jugendbewegung.

#### Frühe „nationaler“ Jugenderziehung.

Die Jugendabteilung eines katholischen Jünglingsvereins der Pfarrei Buer in Westfalen hatte an einem der letzten Sonntage unter Führung des hochwürdigen Kaplans einen Ausflug unternommen. Auf dem Heimwege sangen sie das schöne Lied:

Hinaus in die Ferne  
Mit Butterbrot und Speck,  
Das mag ich so gerne,  
Das nimmt mir keiner weg.  
Und wer das tut,  
Den hau ich vor die Schmut,  
Den hau ich vor die Nase  
Bis daß sie blut.

Als ein Gewerkschaftsbeamter einigen von den Jungen sein Mißfallen über das Lied zum Ausdruck brachte, riefen sie im Chor: Dau ihm doch vor die Presse! Der hat und doch nichts zu sagen!

In der Fortbildungsschule in Osterfeld, wo die katholische Geistlichkeit es fertiggebracht hat, daß allmählich zwei Religionsstunden erteilt werden, gab der katholische Kaplan den Schülern folgende Ermahnung:

„Wenn ihr mal größer seid und sitzt im Wirtschaftshaus und ein ein roter Soßl sitzt dort zu rasonieren, dann haut den Kerl in die Presse.“

In Gladbeck erhielt ein Schulknabe von seinem Lehrer folgenden Spruch ins Album geschrieben:

Wer Gott vertraut, fest um sich hat,  
Wird nimmermehr zu Schaden.  
Lasset eure Herzen zu Gott  
Und eure Häusle auf den Feind schlagen.  
Zur Erinnerung  
Lehrer W. D.

So steht die Kulturarbeit der nationalen und konfessionellen Jugendpflege aus.

### Aus Industrie und Handel.

#### Höhere Dividende bei steigender Arbeitslosigkeit.

Während die Arbeiter infolge des Konjunkturrückganges unter Peinlichkeiten und Arbeitslosigkeit leiden, fallen den Kapitalisten die fetten Dividenden des vorhergehenden Jahres der Hochkonjunktur zu. So zahlt die Eisenwerkener Bergwerksaktiengesellschaft für 1913 an Dividende 11 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahre. Der Rohgewinn ist von 68 auf 66,8 Millionen Mark gestiegen. Trotz der Dividendensteigerung können noch 1 1/2 Millionen Mark mehr als 1912 zu Abschreibungen (insgesamt 23,8 Millionen) verwendet werden. Für den Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds hat die Gesellschaft ganze — 450 000 Mark übrig!

#### Japan in Südafrika.

Die Einfuhr japanischer Waren nach Britisch-Südafrika ist heute noch verhältnismäßig gering. Ihr Gesamtwert beträgt erst wenig über 2 Millionen Mark und fällt daher noch kaum ins Gewicht. Immerhin zeigen die Einfuhrziffern der letzten 6 Jahre eine bemerkenswerte Steigerung. Sie stiegen von 88 900 Pf. Sterl. im Jahre 1907 auf 109 900 Pf. Sterl. im Jahre 1912.

Diese Zahlen, so gering sie an sich auch sein mögen, zeigen doch ein erstaunlich rasches Anwachsen. Von allen anderen Ländern hat nur Belgien seine Ausfuhr nach Britisch-Südafrika in gleich schnellem Schritte gesteigert. In der Einfuhrstatistik der südafrikanischen Union nimmt Japan heute erst die 14. Stelle ein, es wird aber wohl eine ganze Reihe seiner Konkurrenten, denen es heute schon bedenklich nahe gerückt ist, bald überholen.

Japan hat — ähnlich wie Deutschland — keine eigentlichen Hauptartikel, die es in großen Mengen auf den südafrikanischen Markt wirft. Seine Ausfuhr umfaßt eine große Zahl der verschiedensten Waren aus allen Gebieten des Wirtschaftslebens. In einigen Artikeln wie Korbwaren, Glasperlen und Wärfeln, in denen Japan besonders zu liefern vermag, scheint seine Ausfuhr sehr entwicklungsfähig zu sein. Hierzu gehören vermutlich auch leichtere Baumwollwaren. Ramentisch in Rhodesien scheinen japanische Erzeugnisse dieser Branche rasch vorzudringen; japanische Exporteure verkaufen Stoffe für Eingeborene zu einem Preis, zu dem die europäische Industrie nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Ein Ausfuhrhandel von Britisch-Südafrika nach Japan besteht noch kaum. In der Statistik des letzten Jahres erscheint er mit nur 65 Pf. Sterl. Wie groß allerdings die über Europa nach Japan gehende Ausfuhrmenge ist, läßt sich schwer beurteilen. Immerhin hofft man in neuester Zeit Straußenfedern und Wolle nach Japan absetzen zu können.

Eine direkte Schiffsverbindung besteht zurzeit noch nicht. Waren müssen in Kalkutta oder Hongkong umgeladen werden, was großen Zeitverlust und Beschädigung verursacht. Auch stehen die südafrikanischen Banken in keiner direkten Verbindung mit Japan.

#### Weiterer Rückgang der Eisenproduktion.

Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sank die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg im Monat Februar 1914 auf insgesamt 1 445 510 Tonnen gegen 1 560 500 Tonnen im vorigen Monat und gegen 1 493 880 Tonnen im gleichen Monat des vorigen Jahres. Auf den Arbeitstag kamen im Berichtmonat 51 625 Tonnen gegen 50 592 Tonnen im vorigen Monat und gegen 53 353 Tonnen im gleichen Monat des vorigen Jahres. Die Erzeugung in den Monaten bis Februar 1914 stellte sich auf 3 012 016 Tonnen gegen 3 105 222 Tonnen im gleichen Zeitabschnitt des vorigen Jahres.

Keine Annahmefähren. Wie ein Telegramm aus Washington meldet, hat sich die Handelskommission des Repräsentantenhauses

mit 17 gegen 4 Stimmen für den Gesetzentwurf zur Aufhebung der Befreiung der amerikanischen Küstenschiffe von den Panamanalgebühren ausgesprochen.

Die Vorstellungen fremder Staaten, insbesondere Englands, gegen die Bevorzugung der amerikanischen Schifffahrt in der Benutzung des Panamanalkanals müssen wohl sehr ernst gewesen sein, denn in gemeinsamer Sitzung des Kongresses richtete Präsident Wilson persönlich eine Botchaft an den Kongress, in der er ihn aufforderte, die Ehre der Vereinigten Staaten durch Aufhebung der Klausel der Panamanalgebühren, welche die amerikanische Küstenschifffahrt von den Kanalgebühren befreit, aufrecht zu erhalten. Er erklärte, die Befreiung der amerikanischen Schiffe von den Abgaben sei eine mißverständliche Wirtschaftspolitik und widerspreche dem englisch-amerikanischen Vertrage von 1901, dem Hay-Pauncefote-Vertrage. Obwohl dies seine bisher kürzeste Botchaft sei, so sei keine Mitteilung von schwereren und weitreichenderen Folgen für die Interessen des Landes. Der Präsident appellierte an die Gerechtigkeit und Weisheit des Kongresses und fügte hinzu: Wir sind eine zu große, mächtige und selbst zu sehr achtende Nation, als daß wir mit einer zu gezwungenen und erklägten Lesart unsere Versprechungen interpretieren könnten. Gerade weil wir genug Macht haben, uns zu gestalten, sie auszuliegen, wie wir wollen. Nachdem der Präsident um die Aufhebung der Klausel auch zur Unterstützung der a. s. w. ä. r. i. g. i. n. e. Politik der Regierung gebeten hatte, schloß er: Ich weiß nicht, wie ich mit anderen Fragen von noch heftigerer Natur und näher angehenden Folgen verfahren soll, wenn Sie mir dies nicht gerne gewähren.

### Soziales.

#### Der feine Ton bei Klinger.

Die Umgangsformen bei Klinger langjähriger Angestellter gegenüber bildete die Grundlage einer Klage, über die gestern Termin vor dem Gewerbegericht anberaumt war.

In der Klage wird behauptet, daß der Kontrolleur Wegener drei Angestellte mit ganz unqualifizierbaren Redensarten, wie „alte dreckige Weiber, verfluchte saule Mistviecher, Dreckschweine und alte Kamele“ belegt hat, als sie sich weigerten, eine Arbeit zu verrichten, die ihnen nicht oblag. Die Klägerinnen haben erst kürzlich auf Veranlassung der Geschäftsleitung für treue, langjährige Dienste Anerkennungsdiplome und Urkunden der Theodor Müller-Stiftung erhalten. Der beim Personalchef Hüttl nachgesuchte Schutz wurde ihnen mit höhnischen Worten verweigert. Deshalb legten sie die Arbeit nieder und forderten für vierzehn Tage Lohnentschädigung. Sie waren jedoch so unvorsichtig, eine Ausgleichsrechnung zu unterschreiben und gingen deshalb leider auf den Vergleichsvorschlag ein. 20 M. für jede Klägerin anzunehmen. Wiederholt haben wir dargelegt, daß eine Ausgleichsrechnung nach zutreffender Ansicht nach § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes ohne rechtlichen Effekt ist.

#### Die Mildtätigkeit des Barons.

Kürzlich deckten wir und die „Königsberger Volkszeitung“ das entsetzliche Elend einer achtköpfigen Landarbeiterfamilie auf, die in dem ostpreussischen Kirchdorf Schaaken auf dem Vorwerk Vermehren des Ritterguts Subnids wohnt, das einem Baron v. Hausen-Kubler gehört. Das Einkommen der Familie, die in einem einstenrigen Raum haust und unter der sich noch eine schwer kranken Frau befindet, war folgendes:

Die 63jährige Mutter erhält nichts. Die 27jährige lungenkranke Frau erhält nichts. Ihre Schwester verdient pro Woche 2,40 M., eine Neffe Wehl. Vom Verdienst gehen noch pro Woche 15 Pf. für Invalidenversicherung ab.

Ihre drei Kinder erhalten nichts. Und auch die zwei Kinder der lungenkranke bekommen nichts. Das älteste der Kinder ist acht Jahre alt.

Während diese Familie dem Verhungern nahe war, befand sich der Besitzer des Gutes in Meran in Tirol auf dem Schloß Rabers. Man hat ihm dorthin unser Königsberger Parteiprogramm geschickt, das sich der Familie angenommen hatte. Der Herr Baron hat unserem Parteiblatt in Königsberg ein längeres Schreiben gesandt, in dem er sein Verhalten dieser Familie gegenüber zu rechtfertigen versucht. Er glaubt noch recht mildtätig gewesen zu sein. So schreibt er unter anderem:

„Frau Klein (das ist die lungenkranke Frau) hält sich zwar auf meinem Vorwerk Vermehren auf, ist aber mit ihren beiden Kindern nicht bei mir, sondern in Correnhen bei Pomunden ortsbefähigt, erhält auch von dort seit 1. Oktober 1913 eine Unterstützung von 6 M. monatlich für ihre Kinder. Diese Summe hat sie selbst bei der Gutsverwaltung Vermehren zur vorschußweisen Zahlung beantragt.“

Der Frau mehr anzubieten — auf Kosten des Armenverbandes Correnhen, war nicht angängig — da sie selbst nicht mehr forberte. Vermehren legte auf eigene Rechnung noch einen Liter Vollmilch zu. Als die Frau nun — nachdem sie in Allenstein (Lungenheilstätte) und Schaaken bergänglich behandelt wurde — dauernd bettlägerig wurde, hat die Gutsverwaltung Vermehren bei Correnhen beantragt, die Unterstützung von 6 auf 12 M. monatlich zu erhöhen und zahlt diese Summe vom 1. Februar d. J. vorschußweise an die Klein aus.

Was die anderen Angehörigen dieser Familie, die sich bisher jährlich um zwei uneheliche Kinder vermehrt — und die bei mir ortsbefähigt sind — anbetrifft, so habe ich im Jahre 1911 auf dringendes herzerweichendes Witten der Großmutter lediglich aus Mitleid und Gümütigkeit die ganze Gesellschaft aus Königsberg herausgeholt, obwohl sie ihren Unterstützungswohnsitz in Vermehren seit langen Jahren verloren hatte.

Ich erklärte mich damals bereit, jeder in Arbeit gehenden Person 40, im Sommer 50 Pf. zu geben und außerdem täglich 2 Liter Vollmilch, 1 Maß Roggen, freie Kartoffeln, frei Holz und freie Wohnung zu gewähren, was mit Freuden angenommen wurde. Dieses Deputat und Lohn gilt auch heute noch. . . .

Dieses Schreiben des Barons beweist, wie gering der Sinn für soziale Fürsorge in den Köpfen der „Besten und Besten unserer Nation“ ausgeprägt ist. Der Herr Baron muß im wesentlichen unsere Angaben bestätigen, und dennoch glaubt er vollauf seine Pflicht erfüllt zu haben, ja, darüber hinaus noch besonders mildtätig gewesen zu sein. Unrichtig ist, daß die Frau nicht mehr verlangt hätte. Sie hat sogar die Hilfe des Landrats in Anspruch genommen, aber sie ließ sich überreden, auf eine Unterstützung für sich zu verzichten, wenn man ihren Kindern eine Unterstützung gewähre. Daß man diese nachträglich auf 12 M. erhöht hat, scheint auf die sozialdemokratische Kritik zurückzuführen sein. Natürlich ist auch diese Unterstützung noch lange nicht ausreichend. Denn die „Unterstützung“ der „ganzen Gesellschaft aus Königsberg“ besteht darin, daß die arbeitsfähigen Mitglieder für ihre schwere Arbeit 40 bzw. 50 Pf. Lohn nebst etwas Deputat erhalten. Es kann aber nur die Schwägerin der Frau Klein arbeiten, da sich ihre Kinder im Alter von 3, 7 und 8 Jahren befinden. Diese Familie muß also tatsächlich von dem geringen Verdienst der Arbeiterin leben und daher hungern, so daß die Armenpflege auf diesem Gute eine völlig unzureichende ist.

### Gerichtszeitung.

#### Wie ein Landarbeitermord in Ostpreußen „gesühnt“ wird.

Am 10. November 1913 wurde im Kreise Insterburg der Landarbeiter Schüttrigkeit von dem Gutsbesitzer Willamowski erschossen. Der Erschossene war verheiratet und Vater von sechs Kindern. Der Hergang spielte sich folgendermaßen ab:

Am 10. November war eine Anzahl Instrukteure bei Willamowski im Pferdestall beschäftigt. Sie verursachten dabei einigen Lärm. Der Gutsbesitzer wollte „Ruhe stiften“. Dabei sollen ihn die Arbeiter bedroht haben. Der Agrarier holte das geladene Gewehr, das anscheinend auf den ost-

preussischen Gutshöfen zu den unentbehrlichsten Requiriten gehört, ging damit den Arbeitern zu Leibe, die sich darüber noch mehr erregten, und nun ging er 80 Schritte zurück, brachte sich also in Sicherheit und schob auf den Instrukteure Schüttrigkeit, der auf der Stelle tot zusammenbrach. Der Gutsbesitzer ist nicht vor Gericht gezogen worden. Dafür hatten sich jetzt die Mitarbeiter des Erschossenen, eine Anzahl Instrukteure, vor dem Insterburger Schöffengericht wegen Bedrohung zu verantworten. Und sie wurden auch verurteilt. Der Instrukteur A. erhielt drei Monate Gefängnis, sein Sohn acht Wochen Haft; der Instrukteur S. wurde zu sechs Wochen Haft verurteilt.

Ostpreußen! Der Gutsbesitzer, der einen Arbeiter aus, man kann wohl sagen, sicherer Deckung, erschießt, geht frei aus, die Kollegen des Erschossenen, die empört ob der an ihrem Mitarbeiter begangenen Tat aufbrausen, wandern auf Monate ins Gefängnis!

#### Aus eines Mannes Mädchenjahren.

In das Gebiet der sexuellen Abnormitäten führte eine Verhandlung hinein, welche gestern unter Vorsitz des Amtsrichters Großmann das Schöffengericht Berlin-Schöneberg beschäftigte. Wegen groben Unfugs war der 19jährige aus sehr guter Familie stammende Kaufmann Hans Lehmann angeklagt.

Eines Abends beobachtete ein Kriminalschutzmann eine an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche stehende sehr elegant gekleidete Dame, die sich offensichtlich alle Mühe gab, Anschluss zu finden. Er fixierte schließlich die Betreffende und war sehr erstaunt, als die „Dame“ auf der Polizeiwache zu weinen anfing und sich schließlich als der jetzige Angeklagte Hans L. entpuppte. Die Polizei sah das Tragen von Frauenkleidern als einen groben Unfug an und erließ gegen L. ein Strafmandat, welches auf die Höchststrafe von 6 Wochen Haft lautete. Wegen dieses erhob L. unter Beistand des Rechtsanwalts Dr. Abraham Widerpruch. Letzterer hatte von Dr. Magnus Hirschfeld ein Gutachten eingefordert, in welchem sich der Sachverständige dahin äußerte, daß hier ein Fall sexuellen Zwitterscharakteres vorliege. Der Angeklagte, der in Männerkleidung schon sehr häufig für ein verkleidetes Mädchen gehalten worden sei, handele in einem unwillkürlichen Zwange, so daß die Voraussetzungen des § 51 gegeben seien. Der Anwalt beantragte auf Grund dieses Gutachtens die Freisprechung. Das Gericht nahm an, daß aus dem Grunde kein grober Unfug vorliege, weil der Kriminalbeamte selbst der festen Überzeugung gewesen sei, er habe eine Frauenperson fixiert. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

#### Diebstahl im Konkurrenzkampf.

Vor einigen Wochen wurde der Bäckermeister Walter Krüger, Greifenhagener Str. 33, vom Schöffengericht wegen Diebstahls zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Die Straftat befand darin, daß Krüger, als er seinen eigenen Kunden die Frühstücksbüchse zutrug, einem Kunden seines Konkurrenten den gefüllten Frühstücksbüchse, der an der Tür hing, wegnahm.

Krüger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Infolgedessen wurde die Sache am Donnerstag vor der Strafkammer verhandelt. Wie vor dem Schöffengericht, so machte er auch in der Berufungsinstanz geltend, er habe sich die Schrippen nicht aneignen, sondern sie nur betrachten wollen, um festzustellen, wie groß die Schrippen der Konkurrenz seien. Er habe den Beutel nicht weggenommen, sondern nur ihn öffnen und die Ware betrachten wollen. Ehe er aber dazu kam, sei der Eigentümer der Schrippen, Stellmacher Wendel, auf ihn zugestürzt. Er wisse gar nicht, ob er dann den Beutel in der Hand gehalten und sich damit entfernt habe. Er möchte nicht wegen dieser vielleicht törichtigen Handlung als Dieb bestraft werden.

Der Zeuge Wendel schilderte den Hergang so: Nachdem ihm schon dreimal der Beutel mit Frühstück gestohlen war, traf er Vorkehrungen zur Entdeckung des Täters. Wenn der Bäckerhote durch Klingeln angezeigt hatte, daß er den Frühstücksbüchse an den Türknopf gehängt hatte, sprang Wendel aus dem Bett, öffnete vorsichtig und geräuschlos die zu diesem Zweck gut geschmierte Tür, besichtigte in aller Eile das eine Ende eines auf einer Garnrolle aufgewickelten Fadens an dem Beutel, leitete den Faden durch die Türspalte und stellte die Rolle so auf, daß sie bei Verdrückung des Beutels durch hörbares Herunterfallen das Signal gab: „Der Dieb greift zu“. Nachdem so die Diebstahlsfälle aufgestellt war, wartete Wendel hinter der Tür der kommenden Ereignisse. — Das Zeichen ertönte. Wendel ritz die Tür auf und sah, daß ein Mann mit dem Schrippenbeutel in der Hand, die verdrückte Garnrolle hinter sich ziehend, die Treppe eilig hinunterlief. An der Haustür holte Wendel den fliehenden Bäckermeister Krüger, der soeben einem Flurnachbar Wendels das Frühstück zugetragen und auf dem Rückwege die Schrippen der Konkurrenz von Wendels Tür fortgenommen hatte.

Das Gericht glaubte dem Angeklagten nicht, daß er die Ware des Konkurrenten nur habe betrachten wollen, denn das hätte er gefahrlos und auch gründlicher besorgen können, wenn er von dem Konkurrenten Ware durch Kauf erworben hätte. Das Gericht nahm an, Krüger habe durch Wegnahme des Frühstücksbüchse erreichen wollen, daß Wendel das Frühstück bei seinem bisherigen Lieferanten abbestelle und es von Krüger nehme. Vom rechtlichen Gesichtspunkt könne diese Handlung nicht anders, denn als Diebstahl angesehen werden. Die Berufung wurde deshalb verworfen.

#### Silvester „III“.

Ein in der Silvesternacht verübter schlechter „III“, durch den mehrere Personen in Lebensgefahr geraten waren, beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Broll.

Wegen fahrlässiger Körperverletzung, groben Unfugs und Schleichens in der Nähe bewohnter Gebäude war der 20jährige Buchbinder Karl Schmitt angeklagt. In der letzten Silvesternacht erlitt die von dem in der Quittenstraße wohnhaften Stroßenbahn-Schaffner Wagner in seiner Wohnung veranlassete Silvesterfeier eine läche Unterbrechung. Die Frau des W. sah gerade mit ihrem 14jährigen Töchterchen auf dem Schoß am Fenster und betrachtete den brennenden Weihnachtsbaum, als plötzlich das Kind furchbar aufschrie. Frau W. wußte erst gar nicht, was die Ursache war, bis sie zu ihrem Entsetzen sah, daß das Kind blutete. Eine nähere Untersuchung ergab, daß das Kind von einer Kugel, die vorher beide Fenster Scheiben durchschlagen hatte, in den Arm getroffen worden war. — Eine ähnliche Ueberraschung erlebte wenige Sekunden später der in demselben Hause wohnhafte Arbeiter Jenker, in dessen Wohnung plötzlich die Scheiben in tausend Stücken sprangen. Als er sich von seinem Schreden erholt hatte, sah er vor sich eine kleine Pistolenkugel liegen, die, wie sich ergab, an seiner Joppe abgeprallt war. — Als der leichtsinnige Angeklagte wurde der in dem gegenüberliegenden Hause wohnhafte Angeklagte ermittelt, der im Uebermut mehrere Schüsse aus einer Leihpistole abgegeben hatte, als auf der Straße das „Froßt Neujahr“-Rufen begann.

Vom Verteidiger wurde darauf hingewiesen, daß der Vater des Angeklagten den Geschädigten gegenüber sich zum vollen Ersatz des Schadens verpflichtet habe. — Lediglich mit Rücksicht hierauf habe das Gericht, wie der Vorsitzende mitteilte, von der Verhängung einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe Abstand genommen, die eigentlich für ein derartig leichtfertiges Umgehen am Platze gewesen wäre. Das Urteil lautete auf 200 M. Geldstrafe.

# Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1913.

Der Abschluß der Dresdner Bank für das Jahr 1913 ergibt nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen einen Bruttogewinn von M. 43,447,400.45 (gegen M. 41,257,977.75 in 1912). Nach Abzug der Handlungskosten und Steuern sowie nach Abschreibung von M. 543,342.45 auf Mobilienkonto und diverse Grundstücke verbleibt ein Reingewinn von M. 36,578,752.85 (gegen M. 35,113,825.85 in 1912), welcher die Verteilung einer Dividende von wiederum 6% Prozent gestattet.

Die erzielten Gewinne betragen

	1913	gegen 1912
auf Sorten- und Kupons-Konto	M. 267,682.99	M. 245,429.60
„ Zinsen- und Wechsel-Konto	„ 25,975,297.55	„ 24,066,423.40
„ Provisions-Konto	„ 14,583,137.30	„ 14,139,575.50
„ Effekten- und Konsortial-Konto	„ 1,330,549.55	„ 1,060,869.75
„ Diversen Beteiligungen	„ 1,330,549.55	„ 1,060,869.75

Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches stellte sich auf M. 92,375,324,700.00 (gegen M. 97,005,497,275.— in 1912), die Zahl der bei der Bank geführten Konten auf 200,196 gegen 179,267 in 1912. Die Zahl unserer Angestellten belief sich am Jahresschluß auf 4624 gegen 4546 im Jahr 1912.

Abgesehen vom Effekengeschäft, welches im abgelaufenen Jahre unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse geringere Umsätze aufwies, hat sich das Geschäft bei allen unseren Niederlassungen wiederum wesentlich ausgedehnt, wie aus dem Zuwachs an neuen Konten ersichtlich ist, denen ein großer Zugang an Effektedepots entspricht. Wir haben auch im Berichtsjahre mehrere neue Wechselstuben eröffnet und die Errichtung von Niederlassungen im Gebiet und Auslande vorbereitet. Die ihre Tätigkeit im neuen Jahre aufgenommen haben. Dagegen haben wir unsere Niederlassung in Kehlwege aufgegeben. Die höheren Zinssätze des Jahres mit einem durchschnittlichen Reichtumsfuß von 5.87 Prozent gegen 4.94 Prozent im Jahre 1912 und einem durchschnittlichen Privatfuß von 4.02 Prozent gegen 4.73 Prozent im Vorjahre ermöglichten uns eine besonders nutzbringende Verwendung unserer verfügbaren Gelder, so daß der von uns ausgewiesene Gewinn auf Zinsen- und Wechsel-Konto die Ziffer des Vorjahres um nahezu 2 Millionen Mark übersteigt. Aus der Abwicklung zahlreicher alter und neuer Beteiligungsgeschäfte, über die weiter unten Mitteilung gemacht wird, haben wir auch im abgelaufenen Jahre ansehnliche Gewinne erzielt, die wir verweg zu den eingangs erwähnten Abschreibungen verwandt haben. Wir verdanken daher das ausgewiesene Geschäftsergebnis in erster Linie unserem laufenden Konto-Korrent-Geschäft, in dessen sorgfältiger Pflege wir die besondere Stärke unseres Betriebes suchen.

Die unerwartete Lähmung, von der die lebhafteste Wirtschaftskonjunktur des Jahres 1912 durch den Balkankrieg betroffen wurde, hätte nur bei baldiger friedlicher Lösung der entstandenen Konflikte einer Neubehaltung aller Geschäfte weichen können. Diese Lösung ließ indessen länger auf sich warten, als die Widerstandskraft des Wirtschaftens zu ertragen vermochte. Bis in den Herbst des Berichtsjahres hinein hielten die im immer neuen Spannungszustand zwischen einzelnen Großmächten und die überall einsetzenden erheblichen militärischen Rüstungen die Geschäftswelt in Unruhe und Sorge. Diese Verhältnisse legten dem Konsum stärkere Zurückhaltung auf, bewirkten eine längere Einengung des Geldmarktes und eine fast völlige Stagnation des Börsenverkehrs und unterbanden jegliche Unternehmungslust. So erhielt das Berichtsjahr den Charakter eines langsamen Konjunkturabwärtens bei hohen Geldzinsen. Der Umstand, daß dieser Abstieg nicht die Folge vorangegangener wirtschaftlicher Überspannung war, hielt ihn frei von dem mancherlei krisenhaften Charakter früherer Konjunkturwenden. Vielmehr hat insbesondere unsere Großindustrie durch eine gewaltige Steigerung ihrer Leistungen der Ungunst der Ereignisse mit Erfolg entgegenzuwirken versucht. So weist das Jahr 1913 die größte in Deutschland je erreichte Erzeugung an Rohelisen mit 19.31 Millionen Tonnen und Stahleisen mit 19.15 Millionen Tonnen auf. Ebenso stellen die Ausweise des Außenhandels mit 20% Milliarden Mark und des Eisenbahnverkehrs mit 24 Milliarden Mark Höchststände dar. Auch die Landwirtschaft hatte eine Ernte zu verzeichnen, die bei fast allen wesentlichen Erzeugnissen Rekordmengen ergab.

Mit Ausnahme der Kohle, die während des ganzen Jahres ihren Preis halten konnte, lief dieser allgemeinen Steigerung der Mengen ein stetiges Sinken des Preisniveaus parallel. Wenn es dem restlichen Absatz auch nicht durchweg gelungen ist, die Preisfälle und die durch den hohen Zinssatz bewirkte Steigerung der Produktionskosten weitgehend auszugleichen, so hat doch dadurch die Stellung der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb eine Verstärkung erfahren und sind größere Arbeitsbeschränkungen mit ihren nachteiligen Folgen für die handarbeitenden Klassen vermieden worden. Dank der seit Jahren weit verbreiteten Übung, in Zeiten des Aufschwungs durch reichliche innere Rückstellungen die Produktionsgrundlagen zu kräftigen, ist die Industrie vor stärkeren Rückschlägen bewahrt geblieben, und es darf erwartet werden, daß die gegenwärtige Situation ohne größere Nachteile überwunden wird. Diese Erwartung würde noch befestigt werden, wenn es im neuen Jahre gelänge, eine Reihe von Syndizierungsverhandlungen zum guten Ende zu bringen. Deren vorläufige Ergebnisse sind, insbesondere bei Stahleisen und Kohlen, die Marktlage im Berichtsjahre noch verschärft.

Das ebengedachte aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen erwachene Bestreben nach einer wesentlichen Stärkung ihres Status veranlaßte die Reichsbank, während der ersten 10 Monate des Jahres an dem Diskontsatz von 5 Prozent festzuhalten. In der Tat gelang es ihr, ihren Goldvorrat gegen den Höchststand des Vorjahres um mehr als einen Viertel Milliarde zu erhöhen, so daß der Betrag von fünf Viertel Milliarden Gold überschritten wurde. Dieser Zuwachs konnte teils durch eine vermehrte Inkurssetzung kleiner Noten dem Verkehr entnommen werden, teils dem reichlichen Goldimport, der um 216 Millionen Mark die Goldausfuhr übersteigt. Da mit Ausnahme der üblichen russischen Guthaben irgend nennenswerte ausländische Guthaben während des ganzen Jahres in Deutschland nicht platziert waren, vielmehr die deutschen Guthaben im Auslande seitwärts erheblichen Umfang erreicht haben dürften, so hat das Berichtsjahr einen neuen Beweis dafür geliefert, wie fest die deutsche Volkswirtschaft auf eigenen Füßen zu stehen vermag. Gegen Jahresende ergab sich sogar das bemerkenswerte Bild, daß der deutsche Geldmarkt eine relativ leichte Verfassung zeigte als die anderen großen Kapitalmärkte. Die politische Beruhigung, die infolge der rückläufigen Konjunktur geringere Geldbedürfnisse von Handel und Industrie und die aus der Exportsteigerung sich ergebenden höheren Forderungen unseres Handels an das Ausland, gaben der Reichsbank die Möglichkeit, in den letzten Monaten des Jahres ihren Diskont zweimal um je ein halbes Prozent herabzusetzen, während die Bank von England ihren Satz auf 3 Prozent erhob und die Bank von Frankreich an dem seit Jahresfrist bestehenden für französische Verhältnisse ungewöhnlich hohen Satz von 4 Prozent auch weiter festhalten mußte.

Der außerordentliche Rückgang der Ertragsnisse des Börsenumsatzstempels kennzeichnet die Lage des Effektenmarktes im Berichtsjahre. Die Jahreskurve der Notizen- und Dividendenwerte weist fast durchweg nach unten. Selbst unsere ersten heimischen Anleihen konnten nur mit Mühe platziert werden und ausländische Staaten mußten, um einen Erfolg zu sichern, zu hochverzinslichen kurzfristigen Schatzscheinen-Anleihen greifen. Der Pfandbriefmarkt geriet seitwärtig völlig ins Stocken, was eine weitere Verlängerung der nun schon seit mehreren Jahren dauernden schwierigen Verhältnisse auf dem Bauplatz zur Folge hatte. Im neuen Jahre hat das Effekten-Anlagegeschäft infolge der billigeren Geldsätze zunächst wieder einen Aufschwung genommen. Es dürfte jedoch einige Zeit dauern, bis die Kapitalbildung die durch die kriegerischen Ereignisse und ihre wirtschaftlichen Folgen empfangenen Verluste auszugleichen haben und wieder einen so starken Aufschwung nehmen wird, wie er vor Beginn des Balkankrieges zu beobachten war. Nachdem die Gesetzgebung mit dem Wehrbeitrag ganz neue Bahnen der Vermögensbesteuerung eingeschlagen hat, wird auch abzuwarten sein, wie diese Maßnahme, auch wenn sie ausdrücklich als einmalig und nicht wiederkehrend bezeichnet wurde, auf die Vermögensbildung, die vor allem und in erster Linie einer stetigen und maßvollen Steuerpolitik bedarf, zurückwirken wird. Dazu kommt, daß gerade Handel und Gewerbe in fortwährend steigendem Umfang mit neuen sozialen Lasten belegt werden. Für das Bankgewerbe war es deshalb zu begrüßen, daß im Berichtsjahre nach langen Verhandlungen eine Reihe von Vereinbarungen zustande kam zu dem Zweck, das Entgelt für die bankgeschäftlichen Leistungen mit den ständig wachsenden Kosten in besserem Einklang zu bringen.

Im neuen Jahre hat die Entspannung auf dem Geldmarkte weitere Fortschritte gemacht. Der Anlagebedarf war in den ersten Monaten des neuen Jahres sehr groß und die diesjährigen zahlreichen Emissionen konnten sämtlich mit Erfolg abgewickelt werden. Es ist anzunehmen, daß der Geldmarkt vorerst noch weicher flüssig bleibt, zumal damit zu rechnen ist, daß das durch die Emissionen, namentlich der öffentlichen Körperschaften, herbeikomende Geld allmählich wieder in den Verkehr zurückfließt. Da der Anleihenmarkt vielfach für die Regulierung bereits vorher vorhandener Verpflichtungen Verwendung findet, insbesondere ist auch der Pfandbriefmarkt der Hypothekendarlehen im neuen Jahre ein sehr lebhafter gewesen. Aus dieser Marktlage darf man Hoffnung schöpfen für eine nicht so ferne Wiederbelebung des Bauplatzes, von der dann auch die Industrie wieder Nutzen ziehen würde.

Da auf eine weitere Belebung des Emissions- und Anlagegeschäftes bei längerer Dauer der Geldflüssigkeit zu rechnen ist, so möchten wir im Interesse nicht nur des Kapitalistenpublikums, welches stets mit einem Teil seiner Ersparnisse Anlage in höher verzinslichen ausländischen Werten, wenn nicht an inländischen, dann an ausländischen Börsen, suchen wird, sowie fernar im Interesse unserer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung wünschen, daß der Einfluß guter ausländischer Werte keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Ein Land, welches in so großem Umfang wie Deutschland der Warenexport nach allen Ländern der Welt betreiben muß, darf sich, ohne wirtschaftliche Einbuße befürchten zu müssen, und ohne seine weltpolitische Stellung zu gefährden, den Bedürfnissen solcher Länder nicht verschließen, die zur Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen auf den europäischen Geldmarkt angewiesen sind.

schäftlichen Grundlagen auf den europäischen Geldmarkt angewiesen sind.

Nachstehend die üblichen Erläuterungen über die einzelnen Positionen der Bilanz:

**Kassa-, Kupons-, Sorten-Konto und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken.**

Bestand am 31. Dezember 1912	M. 26,750,843.00
Eingang	„ 21,164,062,257.05
	M. 21,222,762,450.65
Ausgang	„ 21,154,454,838.33
Es ergab sich demnach für den am 31. Dezember 1913 verbliebenen Bestand ein Saldo von	M. 68,378,092.30
laut Bilanz: Kassa, Kupons und Sorten	M. 47,023,266.38
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	„ 21,354,825.92
mithin Gewinn aus Kupon-, und Sorten-Konto	M. 207,453.90

**Wechsel- und Zinsen-Konto.**

Das Konto ergab einschließlich des Kursgewinns auf Devisen einen Gewinn von

M. 25,975,297.55	
Im Fortsetzungsverbleiben am 31. Dezember 1913	
Sich 22,150 Wechsel im Betrage von	M. 175,906,048.20
und zwar M. 220,326,244.10 in Wechseln auf deutsche Plätze	
„ 55,568,993.40 in fremden Währungen	
zus. M. 275,895,041.50	

**Effekten- und Report-Konto und dauernde Beteiligungen.**

Bestand am 31. Dezember 1912	M. 312,420,254.15
Eingang	„ 160,750,281.25
	M. 1,008,179,387.—
Ausgang	„ 8,544,972,730.30
Es ergab sich demnach für den am 31. Dezember 1913 verbliebenen Bestand ein Saldo von	M. 156,904,731.70
laut Bilanz im Werte von	„ 160,750,281.25
so daß ein Mehr verbleibt von	M. 1,930,549.50
das das Ergebnis aus unseren dauernden Beteiligungen an fremden Banken darstellt.	
Eigene Effekten waren am 31. Dezember 1913 vorhanden:	
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	M. 16,921,000.00
b) sonstige bei der Reichsbank und andern Zentralnotenbanken belegbare Wertpapiere	„ 8,800,747.20
c) sonstige börsennotierte Wertpapiere	„ 18,451,508.—
d) sonstige Wertpapiere	„ 2,716,333.80
	M. 42,304,589.00

Unter den vorstehenden Effekten befinden sich insgesamt ca. M. 30,500,000 festverzinsliche Werte.

Die Effekten sind, soweit börsennotiert, zu Uebernahmepreisen bzw. zum Tageskurs vom 31. Dezember 1913, wenn dieser niedriger war, aufgenommen worden.

Dauernde Beteiligungen bei fremden Banken

M. 25,335,674.45
------------------

Über die aus naheliegenden beiden Auslandsbanken können wir wie folgt berichten:

Die Deutsch-Südamerikanische Bank A. G. hatte während des ganzen Jahres mit ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen in ihrem überseeischen Arbeitsgebiet zu rechnen. Die weitgehende Zurückhaltung, welche sich die europäischen Geldmärkte auferlegen mußten, hat besonders nachteilig auf solche Länder zurückgewirkt, die zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen Kapitalzufuhr nicht entraten können. Unternehmungslust und Kaufkraft ließen in den südamerikanischen Staaten, insbesondere in Argentinien und Brasilien, nach und die Zahlungen verlangsamt sich erheblich. Von dem mancherlei Zahlungsstörungen und Verzögerungen, die dem deutschen Handel mit Südamerika im Berichtsjahre betroffen haben, ist auch die Deutsch-Südamerikanische Bank nicht ganz verschont geblieben. Dazu kam, daß die während des ganzen Jahres infolge des Bürgerkrieges in Mexiko bestehenden Unruhen auch das dortige Geschäft einschränkten. Dennoch ist die Bank auch für das Geschäftsjahr 1913 nach reichlichen Rückstellungen in der Lage, eine Dividende von 5 Prozent wie im Vorjahre zu verteilen. Wir können anerkennend feststellen, daß die Leitung der Bank in Mexiko es verstanden hat, trotz der erwähnten Schwierigkeiten von größeren Verlusten freizubleiben und das Geschäftsjahr mit Nutzen abzuschließen.

Die Deutsche Orientbank vermochte auch im abgelaufenen Jahre sich von neuem wertvollen Verlusten freizuhalten. Das Vertrauen der wirtschaftlichen Kreise und des Privatpublikums in ihrem Arbeitsgebiet ist ihr in steigendem Maße zugewandt worden. Auch war sie in der Lage, einige Geschäfte mit der türkischen Regierung erfolgreich abzuschließen. Obwohl der Abschluß in seinen Einzelheiten noch nicht feststeht, läßt sich doch heute schon übersehen, daß die Bank bei starken Rückschlägen die gleiche Dividende von 5 Prozent wie im Vorjahre zu verteilen in der Lage sein wird.

Auf dem Konto der dauernden Beteiligungen bei fremden Banken stand, entsprechend der bisherigen Übung, die pro 1912 verzinnten Dividenden verrechnet, während die Dividenden pro 1913 der Verrechnung im nächsten Jahre vorbehalten bleiben.

Report-Konto

Ultimo Dezember 1913 oder früher bereingekommene und an späteren Terminen abzuliefernde Effekten M. 21,307,010.23  
mithin M. 25,366,428.20 weniger als im Vorjahre.

**Konsortialbeteiligungs-Konto.**

Wir haben bei folgenden Geschäften als Kontrahenten mitgewirkt:

- 4proz. Deutsche Reichs-Anleihe, I. Ausgabe, unkündbar bis 1925.
- 4proz. Deutsche Reichs-Anleihe, II. Ausgabe, unkündbar bis 1925.
- 4proz. Preussische konsolidierte Staats-Anleihe, I. Ausgabe, unkündbar bis 1925.
- 4proz. Preussische konsolidierte Staats-Anleihe, II. Ausgabe, unkündbar bis 1925.
- 4proz. Preussische Schatzanweisungen.
- 4proz. Bayerisches Eisenbahn-Anleihen.
- 4proz. Bayerisches Allgemeines Anleihen.
- 4proz. Hamburgische Staatsanleihe, I. Serie.
- 4proz. Hamburgische Staatsanleihe, II. Serie.
- 4proz. Württembergische Staatsanleihe.
- 5proz. Chinesische Reorganisations-Staatsanleihe in Gold.
- 6proz. Mexikanische Treasor-Bonds in Gold.
- 4proz. Westfälische Provinzial-Anleihe, VI. Ausgabe.
- 4proz. Anleihe der Stadt Breslau von 1909.
- 4proz. Anleihe der Stadt Cassel von 1908, V. Abteilung.
- 4proz. Anleihe der Stadt Chemnitz von 1908.
- 4proz. Anleihe der Stadt Köln von 1912, II. Abteilung.
- 4proz. Anleihe der Stadt Crefeld.
- 4proz. Anleihe der Stadt Dresden von 1908.
- 4proz. Anleihe der Stadt Essen (Ruhr).
- 4proz. Anleihe der Stadt Kiel von 1907, Serie 21—24.
- 4proz. Anleihe der Stadt Leipzig von 1906.
- 4proz. Anleihe der Stadt Liegnitz.
- 4proz. Anleihe der Stadt Northeim.
- 4proz. Anleihe der Stadt Pommern I. V. von 1910.
- 4proz. Anleihe der Stadt Stettin von 1912, Buchstabe B.
- 4proz. Anleihe der Stadt Zwickau I. Sa.
- 4proz. Anleihe des Gemeindeverbands für das Elektrizitätswerk Leipzig-Land.
- 4proz. Pfandbriefe des Brandenburgischen Pfandbriefamts für Hausgrundstücke, Berlin, Reihe II bis V.
- 4proz. Anleihe der Emischer - Genossenschaft, Essen a. Ruhr, I. Ausgabe.
- 4proz. Anleihe der Emischer - Genossenschaft, Essen a. Ruhr, II. Ausgabe.
- 4proz. Grundrentbriefe der Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt der Stadt Dresden, Reihe III.
- 4proz. Pfandbriefe der Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt der Stadt Dresden, Reihe X.
- 4proz. Obligations der Hannoverschen Landeskredit-Anstalt.
- 4proz. Schuldverschreibungen der Landeskreditkassa zu Cassel, Serie 25.
- 4proz. Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, Wiesbaden, Buchstabe Z.
- 4proz. Schuldverschreibungen der Staatlichen Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg von 1912.
- 3proz./4proz. Obligations der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft.
- 3proz. & 103 Prozent rückzahlbare hypothekarische Obligations der Bremen-Besigheimer Oelwaffen.
- 4proz. & 103 Prozent rückzahlbare hypothekarische Obligations der Bundeswehrischen Eisenwerke, Völs, Tirol.
- 3proz. hypothekarische Obligations der Danziger Aktien-Bierbrauerei.
- 3proz. & 103 Prozent rückzahlbare hypothekarische Obligations der Deutsche Kabelwerke Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

3proz. & 103 Prozent rückzahlbare Obligations der Deutsche-Lieberoseischen Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin VII.

3proz. Obligations der Elektrizitäts-Aktion-Gesellschaft vorm. W. Lahmeyer & Co., Frankfurt a. M.

4proz. & 103 Prozent rückzahlbare Obligations der Gesellschaft für Gasindustrie, Augsburg.

4proz. & 103 Prozent rückzahlbare Obligations der Großen Berliner Straßenbahn.

3proz. Obligations der Main - Kraftwerke, Aktiengesellschaft, Höchst a. M.

3proz. Obligations der Märkisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Berlin.

3proz. hypothekarische Obligations der Maschinenbau-Anstalt Humboldt, Köln-Kalk.

3proz. hypothekarische Obligations der Rhonische Vereinigte Enallierwerke Aktien-Gesellschaft, Düsseldorf.

4proz. & 103 Prozent rückzahlbare Obligations der Strigarter Straßenbahnen.

3proz. Obligations der Société Anonyme Tramways et Electricité en Russie, Brüssel.

4proz. & 103 Prozent rückzahlbare hypothekarische Obligations der Württembergischen Eisenbahn-Gesellschaft.

4proz. & 103 Prozent rückzahlbare Obligations der Zwickauer Elektrizitätswerk- und Straßenbahn-Aktiengesellschaft.

Neue Aktien der Breslauer Spiritfabrik Aktien-Gesellschaft (Einführung).

Neue Aktien der Chemischen Fabrik Aktien-Gesellschaft vorm. Meritz Milch & Co., Posen.

Neue Aktien der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft.

Neue Aktien der Dittersdorfer Filz- und Krattentuchfabrik, Dittersdorf bei Chemnitz.

Neue Aktien der Durckoppwerke Aktiengesellschaft, Bielefeld.

Neue Aktien des Duxer Kohlenvereins, Großschäsen (Einführung).

Neue Aktien der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Hermann Pöge, Chemnitz.

Neue Aktien der Gardinenfabrik Plauen, Aktiengesellschaft.

Neue Aktien der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen.

Neue Aktien der Hamburg-Amerikanischen Packetfabrik - Aktiengesellschaft.

Neue Aktien der Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann, Aktiengesellschaft.

Neue Vorrugs-Aktien der Nähmaschinenfabrik vormals Juffes Schöten, Augsburg.

Neue Aktien der Nürnberger Metall- und Lackwarenfabrik vorm. Gebrüder Bing Aktiengesellschaft.

Neue Aktien der Oranien- & Koppel - Arthur Koppel Aktiengesellschaft.

Aktien der J. E. Heinecker Aktiengesellschaft, Chemnitz (Einführung).

Neue Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen a. Ruhr.

Neue Aktien der Sächsischen Gießerei- und Maschinenfabrik, Döhlen bei Dresden.

Neue Aktien der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft.

Neue Aktien der Schlesischen Elektrizität- und Gas-Aktiengesellschaft, Breslau.

Neue Aktien der Société Financière de Transport et d'Entreprises Industrielles, Brüssel.

Neue Aktien der Société Anonyme Tramways et Electricité en Russie, Brüssel.

Neue Vorrugs-Aktien der Westungarischen Lokalbahn Aktiengesellschaft, Budapest.

Außerdem waren wir bei einer großen Anzahl seitens unserer Freunde im In- und Auslande erortierter Finanzgeschäfte unterbeteiligt. Von den vorstehend erwähnten Geschäften ist der größte Teil im laufenden Jahre abgewickelt.

Von Geschäften aus früheren Jahren nennen wir als abgewickelt die Beteiligungen von:

- 4proz. Obligations der Aktien-Gesellschaft für Federstahl-Industrie vorm. A. Hirsch & Co., Cassel.
- 4proz. Obligations des Elektrizitätswerk Südwest Aktiengesellschaft.
- 4proz. Obligations der Gesellschaft für Teerverarbeitung m.b.H., 3proz. Obligations der Gewerkschaft Alexanderhald, Berka.
- 4proz. Obligations der Grafen Henckel von Donnersmarck-Reuthen, Carlsbad.
- Aktien der Compagnie Générale des Tramways de Buenos Ayres.
- Aktien der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerke und Hütten-Aktiengesellschaft.
- Aktien der Russischen Gesellschaft „Allgemeines Elektrizitäts-Gesellschaft“, Emission 1912.

Unser Konsortialbeteiligungs-Konto zeigt folgende Zusammen-

setzung:

1. Desingenswanzig Beteiligungen an festverzinslichen Werten	M. 13,027,126.25
2. Vierzehn Beteiligungen an Eisenbahn- und Straßenbahn-Unternehmungen-Aktien	„ 9,264,407.45
3. Zehn Beteiligungen an Bankaktien	„ 2,756,068.00
4. Zwei Beteiligungen an Versicherungsgesellschaften	„ 405,718.70
5. Zwanzig Beteiligungen an Terrains und Terrain-Gesellschaften	„ 8,246,302.50
6. Elf Beteiligungen an überseeischen Unternehmungen	„ 2,722,373.40
7. Neun Beteiligungen an elektrischen und Kabel-Unternehmungen	„ 2,755,323.45
8. Zwölf Beteiligungen an Bergwerks- und Hütten-Unternehmungen	„ 4,550,372.50
9. Vierzig Beteiligungen an anderweitigen Unternehmungen	„ 8,730,048.20
	M. 55,373,961.20

**Konto-Korrent- und Einlagen-Konto.**

Bei einem Umsatz im Debit von M. 22,001,379,208.70 betrug derselbe im Kredit

M. 22,001,379,208.70
so daß am 31. Dez. 1913 eine Schuld verblieb von M. 117,750,431.30
und zwar laut Bilanz:

M. 51,380,232.85 verfügbare Guthaben bei ersten Banken und Bankiers, „ 57,381,697.90 Lombards gegen börsennotierte Wertpapiere, „ 116,631,710.85 Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen, hiervon M. 50,103,637.50 gedeckt durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine, oder dergleichen, „ 8,545,118.45 gedeckt durch andere Sicherheiten.

„ 624,966,043.75 Debitoren und zwar: M. 22,715,296.— in Dresden, „ 248,952,375.15 in Berlin, „ 344,198,772.50 bei den Filialen

verteilt auf 25,565 Konten

hiervon M. 256,154,969.50 gedeckt durch börsennotierte Wertpapiere

„ 116,000,020.00 gedeckt durch andere Sicherheiten.

**Kreditoren:**

a) Nostro-Verpflichtungen	M. 608,001.85
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	„ 790,126.05
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	„ 77,000,541.50
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung	„ 400,264,093.70
und zwar in 107,593 Konten innerhalb 7 Tagen fällig	M. 210,062,915.25
„ 25,624 Konten darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	„ 126,218,214.50
„ 12,329 Konten nach 3 Mon. fällig	„ 67,927,263.25
e) sonstige Kreditoren	M. 479,004,808.26
und zwar innerhalb 7 Tagen fällig	M. 298,153,388.50
darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	„ 158,064,198.79
nach 3 Monate fällig	„ 22,457,190.25

Kreditoren e und e verteilt auf 19,265 Konten. Die Zahl der laufenden Rechnungen (Debitoren und Kreditoren) beträgt 200,196 gegen 179,267 in 1912.

Es wurden gewonnen an Provision abzüglich gezahlter Provisionen M. 14,006,127.90

**Akzept- und Scheck-Konto.**

Am 31. Dezember 1912 befanden sich Traaten und Schecks auf uns im Umlauf

M. 267,127,226.70	
ferner wurden ausgeschrieben	
auf Dresden	M. 79,007,068.90
„ Berlin	„ 1,049,518,471.50
„ unsere Filialen	„ 2,445,958,087.10
	M. 3,574,523,627.50

Es wurden eingelöst

in Dresden	M. 77,254,327.60
„ Berlin	„ 1,050,090,907.20
„ bei unseren Filialen	„ 2,417,428,521.15
	M. 3,544,773,755.95

so daß am 31. Dezemb. 1913 in Zirkulation verblieben auf Dresden

M. 11,542,197.25	
„ Berlin	„ 48,977,842.10
„ unsere Filialen	„ 227,085,572.50
	M. 287,605,611.85

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

**Immobilien- und Mobilien-Konto,**

**1. Bankgebäude.**

Auf diesem Konto erscheinen die Bankgebäude	
in Dresden	M. 1,600,000.—
Berlin	11,383,222.75
Frankfurt a. M.	2,000,000.—
Hamburg	2,100,000.—
Bremen	1,500,000.—
Nürnberg	1,150,000.—
Fürth	202,547.50
Hannover	750,000.—
Bückeburg	120,000.—
Detmold	100,000.—
Mannheim	500,000.—
Pfaffen I. V.	100,000.—
Chemnitz	500,000.—
Emden	40,000.—
Freiburg i. Br.	400,000.—
Zwickau	50,000.—
München	1,500,000.—
Leer	104,350.10
Cassel	400,000.—
Zittau	100,000.—
Augsburg	200,000.—
Breslau	489,293.50
Gleiwitz	55,000.—
Liegnitz	100,000.—
Bunzlau	40,000.—
Stuttgart	200,000.—
Heilbronn	200,000.—
Reichen O.-S.	210,000.—
Lübeck	200,000.—
Frankfurt a. O.	183,218.20
Göttingen	125,542.25
Dresden-Blasewitz	170,000.—
Harburg a. E.	400,221.25
	M. 27,507,555.55

**2. Neubau-Konto.**

Neubau, resp. bauliche Veränderungen in Dresden, Pfaffen I. V., Zwickau, Zittau, Breslau, Göttingen und Stettin . . . . . M. 2,998,200.33

**3. Diverse Immobilien.**

Kaiser-Wilhelm-Straße . . . . . M. 192,005.45  
Diverse Grundstücke . . . . . 1,867,023.25 M. 1,000,004.70  
M. 32,601,760.50

Unser gesamter Immobilienbesitz ist zurzeit mit M. 1,629,900.— Hypotheken belastet, nachdem wir im Berichtsjahre Hypotheken im Betrage von M. 1,504,000.— getilgt haben. Die Abzahlung der verbleibenden Hypothekenschulden ist nach den bestehenden Verträgen a. Z. nicht tunlich.

**4. Mobilien-Konto.**

Die Neuanschaffungen im Betrage von . . . . . M. 375,205.10 in der Hauptsache durch Eröffnung neuer Wechselstuben veranlaßt, sind wie in dem Vorjahre, abgeschrieben worden.  
Das Grundstück Behrenstraße 23, das wir bisher von der Berliner Hypothekbank gemietet hatten, haben wir auf Grund des von der Vorbesitzerin der in uns aufgegebenen Deutschen Genossenschaftsbank eingeräumten Verkaufsvorrechtes am 1. April 1913 zum Preise von M. 2,500,000.— erworben. Außerdem haben wir die bisher von uns auf Neubau-Konto geführten Grundstücke: Französische Straße 37-39 und Markgrafenstraße 43-44 auf Konto „Bankgebäude“ übertragen. Durch diese Beträge sowie durch die Fertigstellung des Gebäudes Behrenstraße 23, das wir von den Engländer Erben in Erbpacht genommen, und unserer Neu- resp. Umbauten in Frankfurt a. M., Lübeck und Harburg a. E. hat sich das Konto erhöht, dagegen durch den Verkauf unseres Geschäftshauses in Eschwege und des alten Bankgebäudes der Breslauer Wechselbank, Breslau, Ring 23 — Schweidnitzer Straße 1, verringert.

**Handlungs-Unkosten-Konto.**

Handlungs-Unkosten . . . . . M. 14,254,254.05  
Steuern . . . . . 2,250,571.13

**Pensions-Fonds-Konto.**

Das Guthaben des im Jahre 1879 begründeten Pensions-Fonds betrug am 31. Dezember 1913 . . . . . M. 4,200,000.—  
hierzu kamen Zinsen im Jahre 1913 . . . . . 188,080.85  
M. 4,388,080.85

hiervon ab gewährte Pensionen . . . . . M. 215,250.35  
und Wertverminderung der Pensions-fonds-Effekten . . . . . 124,653.75 M. 340,004.10

durch die von uns beantragte Zuweisung von . . . . . M. 4,048,044.75  
wird er die Höhe von . . . . . M. 351,955.25  
erreichen.

Nachdem wir mit unseren sämtlichen Beamten dem Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (A. G.) beigetreten sind und dadurch Aufwendungen in Höhe von ca. Mark 450,000.— gehabt haben, halten wir mit Rücksicht auf das verringerte Risiko eines Dotations von M. 200,000.— für ausreichend.

**König-Friedrich-August-Stiftung.**

Die im April 1906 begründete Stiftung wies am 31. Dezember 1913 einen Bestand von . . . . . M. 208,509.88  
auf, hierzu traten in 1913 an Zinsen . . . . . 1,950.—  
M. 210,459.88

ab gewährte Unterstühtungen in 1913 . . . . . M. 600.—  
und Wertverminderung der Stiftungs-Effekten . . . . . 2,500.— 3,100.—  
mithin verbleibt ein Bestand von . . . . . M. 207,359.88

**Georg Arnstedt-Stiftung.**

Der am 31. Dezember 1913 verbliebene Bestand beträgt . . . . . M. 142,541.60

**Reserve-Fonds-Konto.**

Der ordentliche Reservefonds beläuft sich auf M. 81,000,000.—  
der Reservefonds B auf . . . . . 10,000,000.—  
Es betragen demnach die Gesamtreserven M. 91,000,000.— gleich 20.5 Prozent unseres Aktienkapitals.

Als Ueberschuß der Aktiva über die Passiva ergibt sich ein Reingewinn von . . . . . M. 26,278,732.60  
In Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrate beantragen wir, denselben wie folgt zu verwenden:

Abrechnung auf Bankgebäude	M. 600,000.—
Zuweisung zum Pensionsfonds	351,955.25
Rückstellung für die Talonsteuer	200,000.—
Rückstellung für die Wehrsteuer	692,100.—
4 Proz. Dividende a. M. 200,000,000	8,000,000.—
	M. 10,044,055.25

Tantième an den Aufsichtsrat	M. 1,190,807.—
Vertragsmäßige Tantième an die Direktoren, stellvertretenden Direktoren und Direktoren der Filialen, sowie an die Lokalkomitees — insgesamt 110 Herren	2,351,147.—
Gratifikation an die Beamten	2,500,000.—
4%prozentige Superdividende auf M. 200,000,000	8,000,000.—
Vortrag	206,593.35
	M. 14,334,607.35

Dresden, im März 1914.  
**Die Direktion.**  
H. Gutmann. Nathan. Jödel. Herbert M. Gutmann.

**Central-Haus Jägerstr. 13 I.**  
Conc. Lehhaus  
„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.

**Theater und Vergnügungen**

**Sonnabend, 7. März 1914.**  
Anfang 3 1/2 Uhr.  
**Deutsches Künstler-Theater.**  
Peterchen Mondfahrt.  
Leffing. Der Erbförster.  
Thalia. Weiterer Kinder-Nachmittag.  
Anfang 4 Uhr.  
**Urania.** Mit dem „Imperator“ nach New Post.  
**Theater am Nollendorfsplatz.**  
Die Schiffbrüchigen.  
Suffen. Frau Holla.  
Wofe. 1001 Nacht.  
Anfang 6 Uhr.  
**Eines Palast am Zoo.** Varietés.  
Lichtspiele.  
Anfang 6 1/2 Uhr.  
**Eines Nollendorfs-Theater.** Varietés.  
Lichtspiele.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rgl. Oberhaus.** Carmen.  
**Rgl. Schauspielhaus.** Peter Gynl. I. Abend.  
**Deutsches Hamlet.**  
**Königgrätzer Straße.** Die Trenkwalder.  
**Virtus Busch.** Galavorstellung.  
**Virtus Schumann.** Galavorstellung.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Metropol.** Die Reise um die Erde in 40 Tagen.  
Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Dr. Rühl: Hochspannung.  
Görjan: Prof. Dr. D. Donath: Korpuskularstrahlen.  
**Deutsches Oberhaus.** Zigarros Hochzeit.  
**Kammertheater.** Der Enob.  
Verhina. Pygmalion.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Casarb.  
**Neues Operntheater (Kroll).** Vaterland.  
**Trianon.** Er und der Andere.  
**Komödienhaus.** Kammermusik.  
**Theater an der Weidenammerbrücke.** Wie einst im Mai.  
**Theater des Westens.** Polenblut.  
Sonnt. Rm. 3/4, U.: Der liebe Augustin.  
**Residenz-Theater.** Der Regimentspapa.  
**Deutsches Künstlertheater.** Sozietät.  
Nürnbergers Straße 70/71, am Zoo.  
Kasse: Nollendorf 1303.  
Sonnabend, 3 1/2 Uhr:  
**Peterchen Mondfahrt.**  
Sonnabend, 8 Uhr: Cafard.  
Sonntag, 3 Uhr: Schirin und Gertraude.  
Sonntag, 8 Uhr: Cafard.  
**Theater am Nollendorfsplatz 5.**  
8 Uhr: Prinzess Gretl.  
4 Uhr (H. Freife): Die Schiffsbrüchigen.  
**ROSE-THEATER.**  
Große Brandenburger Str. 132.  
Nachm. 4 Uhr:  
Tausend und eine Nacht.  
Abends 8 Uhr:  
Die Maschinenbauer von Berlin.  
Sonntagvorm. 3 Uhr: Maria Stuart.  
Abends 8 Uhr:  
Die Maschinenbauer von Berlin.  
**Admiralpalast.**  
Eis-Arena.  
Täglich:  
**Die lustige Puppe.**  
Großes Ballett auf dem Eis.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
ab halbe Kassenpreise.  
Wein- u. Bier-Abteilung.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Suffen. Unser Junge.  
Walhalla. Tangoheber.  
Folies Caprice. Café Pingsheim.  
Der Heiratsrat. Meyersteins.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volks-Theater.** Der Kaiserjäger.  
Anfang 9 Uhr.  
**Admiralpalast.** Die lustige Puppe.  
Berliner Eispalast. Im Krug  
zum grünen Kranze.

**Eines Nollendorfs-Theater.** Varietés.  
Lichtspiele.  
**Schiller-Theater O.** Salmers.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Geschäft ist Geschäft.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Hasemanns Töchter.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
**Schiller-Theater.** Charlotten-  
burg.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Maschinenbauer.**  
Sonntag, mittags 12 Uhr:  
**Kammermusik.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Andreas Hofer.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Maschinenbauer.**  
**Theater in der Königgrätzer Straße.**  
7 1/2 Uhr. Zum 1. Male:  
**Die Trenkwalder.**  
**Komödienhaus.**  
8 Uhr:  
„Kammermusik“.  
**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
**Wie einst im Mai.**  
**Theater a. d. Weidenammerbrücke.**  
Gastspiel Adore Villany.  
**Theater des Westens.**  
8 Uhr: **Polenblut.**  
Sonnt. Rm. 3/4, U.: Der liebe Augustin.  
**Residenz-Theater.**  
8 Uhr:  
**Der Regimentspapa.**  
**Deutsches Künstlertheater.**  
Sozietät.  
Nürnbergers Straße 70/71, am Zoo.  
Kasse: Nollendorf 1303.  
Sonnabend, 3 1/2 Uhr:  
**Peterchen Mondfahrt.**  
Sonnabend, 8 Uhr: Cafard.  
Sonntag, 3 Uhr: Schirin und Gertraude.  
Sonntag, 8 Uhr: Cafard.  
**Theater am Nollendorfsplatz 5.**  
8 Uhr: **Prinzess Gretl.**  
4 Uhr (H. Freife): Die Schiffsbrüchigen.  
**ROSE-THEATER.**  
Große Brandenburger Str. 132.  
Nachm. 4 Uhr:  
Tausend und eine Nacht.  
Abends 8 Uhr:  
Die Maschinenbauer von Berlin.  
Sonntagvorm. 3 Uhr: Maria Stuart.  
Abends 8 Uhr:  
Die Maschinenbauer von Berlin.  
**Admiralpalast.**  
Eis-Arena.  
Täglich:  
**Die lustige Puppe.**  
Großes Ballett auf dem Eis.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
ab halbe Kassenpreise.  
Wein- u. Bier-Abteilung.

**Friedr.-Wilhelmst. Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Fräulein Trallala.**  
Vorg. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.  
**Passage-Panoptikum.**  
Der englische **Riese**  
**Teddy Bobs**  
Der größte Mensch,  
der je gelebt!  
160 mm größer als  
Machnow  
19 Jahre alt.  
Ohne Extra-Entree!  
**Trianon-Theater.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Er und der Andere.**  
Sonntag 3 Uhr: Die Liebe wacht.  
**Vereinigte Berliner Volksbühnen.**  
**Luisen-Theater.**  
4 Uhr: Frau Holle.  
8 1/2 Uhr: **Unser Junge.**  
Sollstüdt mit Selang und Lang.  
**Brauerei Friedrichshain**  
Mittwoch, den 11. März 1914, abends 8 Uhr:  
**Extra-Konzert des**  
**Blüthner-Orchesters**  
60 Künstler. Dirigent: Eugen Sauerborn.  
Solisten: Klaviervirtuosin Käthe Heinemann  
und namhafte Gesangs-Solisten.  
**„Clou“** :: Berliner ::  
Konzertthaus  
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert!**  
**Berliner Konzertthaus-Orchester** Dirigent: **Franz v. Blon.**  
Musika. des 4. Garde-Regiments z. F. Dirigent: Oberm. Schröder  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
Morgen: **Großes Doppel-Konzert.** Anfang 4 1/2 Uhr.  
**Neue Welt.**  
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.  
Täglich:  
**Bockbierfest** in den  
hayerisch. Alpen. Entree 30 Pf.  
Anfang 7 Uhr. 6 Kapellen.  
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Sonntag:  
**Großer Ball.**  
Voranzeige! Dienstag, den 10. März 1914:  
**3. großes Tango-Turnier!**  
Prämiert wird das eleganteste Tango-Tänzer-Paar.

**URANIA** Taubenstr. 48/49.  
4 Uhr:  
Mit d. „Imperator“ nach New York.  
8 Uhr:  
Direktor A. Fürst:  
**Hochspannung.**  
Hörsaal 8Uhr Prof. Dr. B. Donath:  
**Korpuskularstrahlen.**  
**Metropol-Theater.**  
Abends präzis 7 1/2 Uhr 55:  
**Die Reise um die Erde**  
in 40 Tagen.  
Vorg. nachm. 3 Uhr: Ein Blitzmädel.  
**Casino-Theater**  
Lehringer Straße 37. Täglich 8 Uhr  
Ein neues Berliner Volksstück:  
**Die olle Webern.**  
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!  
Einziges Theater in diesem Genre!  
Im Stile der alten Wallner-Bühne.  
Sonnt. 4 Uhr: **Mädchenehre.**

**Zirkus Alb. Schumann.**  
Heute Sonnabend, den 7. März,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**High-Life-Evening.**  
U. a.: **The Arrigonis.**  
1 Dame, 3 Herren  
**Ein Potpourri in den Lüften**  
**Original Little Freds**  
Akrobat u. kunstreich. Hunde.  
**Dir. Alb. Schumann**  
und die übrigen  
neuen März-Attraktionen.  
Um 9 1/2 Uhr:  
d. große Ausstattungsstück I. 7Bild.  
„Tipp“.  
Sonntag, den 8. März:  
**2 Gr. Vorstellungen 2**  
Nachm. 3 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr.  
In beiden Vorstellungen:  
„Tipp“. Nachm. hat jeder  
Erwachsene 1 Kind frei!

**Zirkus Buseh.**  
Heute Sonnabend, den 7. März,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**das glänzend. Abschiedsprogramm**  
vor dem Schluß am 31. März 1914.  
U. a.: **Mad. Garniers Sprung** mit  
dem Fahrrad aus der Höhe der  
Zirkuskuppel. — Die **Bale Troupe**,  
Stuntstrafeder usw. usw.  
Zum Schluß:  
„Pompeji“.  
Orig. Ausstattung. Pantomime.  
Sonntagvorm. 3 1/2, U. 1 Kind frei.  
Nachm. das gefamte große März-  
Programm lotwie eine Anzahl  
der beliebtesten Kinderlusten.

**Berlin-Pankow**  
Berliner Str., Ecke Binzstr.  
Haltestelle der elektrischen  
Straßenbahn.  
— Nur kurze Zeit —  
**Zirkus**  
**BARUM-**  
**Schau.**  
Heute Sonnabend, 7. März:  
**2 brillante**  
**2 Vorstellungen**  
nachmittags 4 Uhr,  
abends 8 1/2 Uhr.  
In der Nachmittags-Vor-  
stellung ein **ungekürztes**  
**Abend-Programm** zu  
klein. Preis. f. Erwachsene  
u. Kinder unter 12 Jahr.  
Sonntag, den 8. März:  
**2 Elite-**  
**2 Vorstellungen**  
Nachmittags 4 Uhr,  
Abends 8 1/2 Uhr.

**WINTERGARTEN**  
Idette Mado Minty  
Brémonval in ihrer Szene  
Paris. Sängerin „Die Spinn“  
**Piccolo Compagnie**  
Amann Paul Jölich  
Mimiker u. seine Rekruten  
und eine Auswahl  
hervorragender Kunstkräfte!  
Morgen Sonntag:  
Nachmittags-3 1/2 Vorstellung!  
Kleine Preise!  
Rauchen gestattet!

**Apollo-Theater.**  
Tel.: Lützow 2757.  
8 Uhr. Zum 76. Male: 8 Uhr.  
**Der Stolz d. 3. Kompagnie**  
mit  
**Hartstein.**  
Zahen ohne Pause!  
Rauchen gestattet!

**Folies Caprice.**  
8 1/4 { **Café Pingsheim**  
**Der Heiratsrat**  
Meyersteins

**Berliner Uk-Trio**  
Adr. Neukölln Lahnstr. 74L

**Reichshallen-Theater**  
**Stettiner Sänger**  
Unsere süßen  
Dienstmädel.  
Dirigiert von Meißel  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.  
3 Uhr zu ermäß.  
Preisen:  
**Cavalleria**  
**schufficiana**

**Voigt-Theater**  
Badstraße 38.  
Sonntag, den 8. März 1914:  
Nachm. 3 Uhr: **Komete und Julia.**  
Abends 7 Uhr:  
**Er und seine Schwester.**  
Wofe m. Sel. in 4 Bild. v. Buchbinder.  
Staffelöffn. 10 Uhr. Anf. 3 u. 7 Uhr.

**Volkstheater Neukölln.**  
Germannstraße 20.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Im wilden Westen.**  
Ausstattungsmodell in 4 Akten  
von Kogge und Zug.  
Sonntag, 8 1/2 Uhr:  
**Die kausche Susanne.**  
Operette in 3 Akten v. G. Offenbach.

**Berliner**  
**Humor-Quartett**  
W. Watzky, Oderberger Str. 30  
Für den Juni der In erste  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber feinerer  
Reaktion.

Parteiangelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Folgende Lokale stehen uns zu allen Veranstaltungen zur Verfügung: Im IV. Kreise das Lokal „Restaurant Bürgerhallen“ (Inhaber Bruno Schneider), Landsberger Str. 108. In Wernsdorf (T.-B.) das Lokal „Wernsdorfer Seebrücke“, Schmüdewiger Werder (Inh. Otto Hempf). In Raggelheim das Lokal „Krampe-Mühle“, an der großen Krampebrücke (Inh. Paul Klein). In Erler (N.-B.) das Lokal „Bittoriaabad“ am Dämmergraben (Inh. Fr. Fiedler). In Straus das Lokal „Bittoriagarten“ (Inh. Steinke). In Oranienburg (N.-B.) das Lokal „Waldhaus Sandhausen“ (Saal), Schäferstr. 34 (Inh. E. Reiboldt). In Glienicke bei Hermsdorf hat das Lokal „Zum Kronprinzen“, Wilhelmstraße, den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber heißt Joh. Ruff und stellt sein Lokal nach wie vor zur Verfügung. Verichtigung. In Oranienburg ist das Lokal „Sonsouci“ (Inh. Görlitz), Bernauer Str. 47, verzeichnet. Der Inhaber heißt nicht Görlitz, sondern Garlipp. Die Lokalkommission.

Beiz. Am Sonntagvormittag 9 Uhr, von den bekannten Stellen aus, wichtige Handzettelverbreitung.

Reuenhagen a. d. Ostbahn. Am Sonntag, den 8. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal von Pöschke, Reuenhagen, Dorfstr. 12: Öffentliche Gemeindevorstanderversammlung. — Die Gemeindevorstanderversammlung finden am Freitag, den 13. März, mittags 12 Uhr, statt.

Regel. Heute abend 7 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Morgen Sonntag treffen sich die Frauen 1/2 Uhr am Brunnenplatz; von dort gehen sie geschlossen zum Versammlungsort.

Karlshorst. Abmarsch zum gemeinsamen Besuch der Frauenversammlung im Restaurant Wilhelmshof in Ober-Schöneweide pünktlich 1 Uhr vom „Fürstentum“, Treßlow-Allee 98.

Nieder-Schönhausen und West. Sonntag, den 8. März, früh 8 Uhr: Handzettelverbreitung. Die Genossen treffen sich um 1/2 11 Uhr im Scherplotal Kettig, Danksenburger Str. 44.

Die Genossinnen von Nieder-Schönhausen und Nordend beteiligen sich an der Frauenversammlung in Pantow bei Roddick, Kreuzstraße 8/4. Treffpunkt um 12 Uhr am Straßenbahnhof Nordend.

Pantow. Morgen, Sonntag, morgens 8 Uhr: Kubertverbreitung von den Jahlabendlokale aus.

Rommes. Mittwoch, den 11. März, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Lokale von Hermann Wolfgramm, Wilhelmstr. 41 43: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Wahl des Vorstandes und der Funktionäre. 4. Stellungnahme zur Kaiserin. 5. Verschiedenes. — Mitgliederbuch legitimiert.

Buchholz. Am Sonntag, den 8. März, vormittags 9 1/2 Uhr, von Köhne aus Kubertverbreitung für die Wähler in beiden Bezirken. Um 12 1/2 Uhr Abfahrt zur Frauenversammlung nach Pantow.

Schönwalde - Schönerrinde. Sonntag, den 8. März, nachmittags 4 Uhr, bei Schulz in Schönwalde: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: 1. Die Gemeindevertretung im heutigen Klassenstaate. Referent: Emil Klotz - Neuloh. 2. Diskussion. — Zum Anschluß hieran ist eine Besprechung sämtlicher Wähler der III. Klasse von Schönerrinde bei Schulze.

Johannisthal. Zum Besuche der Versammlung in Nieder-Schöneweide treffen sich die Genossinnen und Genossen am Sonntag, 1 Uhr bei Krüger, Friedrichstr. 10.

Spandau. Sonntag, den 8. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Köpcke, Bichelendorfer Straße 39: Große Frauenversammlung. Tagesordnung: „Draus mit dem Recht der Frau!“ Referent: Arbeitersekretär B. Siering-Berlin.

Morgen, Sonntag früh 7 1/2 Uhr, treffen sich sämtliche Genossen in ihren Bezirkslokale zur Teilnahme an den Agitationsarbeiten der roten Woche.

Berliner Nachrichten.

Christliche Barmherzigkeit.

„Gibt acht auf eure Almosen, daß ihr die nicht gebet vor den Leuten, daß ihr von ihnen gesehen werdet. . . Wenn du aber Almosen gibst, so laß deine linke Hand nicht wissen, was die rechte tut!“

So heißt es in der Bergpredigt (Matthäi 6, 1 und 3). Die stets nur auf den äußeren Schein bedachten Kinder dieser Welt, die das Gute nicht um des Guten, sondern nur um ihrer eigenen Person willen tun, werden gemahnt, ihre Barmherzigkeit in einer „Gott wohlgefälligen Weise“ zu üben.

Unsere „Stützen von Thron und Altar“ haben hierüber eine ganz andere Auffassung. Das geht aus einem mehrere Spalten langen Bericht hervor, den Alfred Holzbock, der bekannte Berliner Chronist höfischer Festlichkeiten, in der letzten Nummer der Montagszeitung des „Berliner Lokalanzeigers“ veröffentlicht hat. Mit pedantischer Genauigkeit sowohl wie mit echt kindlicher Naivität und Freude an all dem vergänglichsten Glitzer und Glanz, der bei solchen Gelegenheiten in Millionen Preisen ausgeboten zu werden pflegt, schildert er da eine Wohlthatigkeitsvorstellung „unserer“ Hofgesellschaft, die sich am Sonntag, den 1. März, auf der Bühne und im Zuschauerraum des königlichen Schauspielhauses „in glänzender Weise vereint“ hatte.

Soireetouilletten nach der jüngsten Mode, in hellen Farben, leuchtende Diademe, kostbare Perlenkollern, mit Edelsteinen gezierter Ketten, auch die Herren im Festgewand, vereinzelte militärische Uniformen, eine abgetönte Konversation, nicht jenes Premierensimmengewirr, Vornehmheit und Reichtum überall. Eine Galavorstellung in Zivil! Selbstverständlich hatte dieses eigenartige „Gesellschaftsbild“, das sowohl „unserer“ Staatsmänner wie die Vertreter der fremden Staaten in bürgerlichem Frack boten, „einen reizvollen höfischen Rahmen“.

Wie genüßsam und beschneid die Angehörigen „unserer“ Hofgesellschaft sein können, wenn es sich darum handelt, mit dem Blase vorlieb zu nehmen, der einem durch die „Rangliste“ angewiesen wird und solchen Persönlichkeiten den Vortritt zu lassen, deren Namen und Rang der Hofhoer verzeichnet, er sieht man daraus, daß die Damen und Herren unserer Hofgesellschaften sich mit dem Barock „begnügten“ und sogar der Reichskanzler Herr von Bethmann Hollweg und seine Gemahlin damit zufrieden waren, daß ihnen ihre Loge „im rückwärtigen Teil des ersten Ranges“ angewiesen worden war.

Seine „glänzendste Illustration“ erhielt das „Höfische“, als unser Generalintendant Graf von Hülshoff-Gaefeler „mit dem Kammerherrnstab aufklopfte, alles sich erhob und die

Kaiserin, die Protektorin dieser eigenartigen Vorstellung, durch Zerlegen huldigend begrüßt“. Daß die Kaiserin bei dieser Gelegenheit „eine bla Seidenrobe mit Spitzenbesatz“ angelegt hatte und ihr Haupt durch ein „wundervolles Brillantdiadem“ geschmückt wurde: diese Tatsache mag manchem, dessen Sympathie ein höheres Interesse für solche Neuherlichkeiten nicht aufkommen läßt, unwichtig erscheinen; es ist aber nicht zu leugnen, daß dadurch die weiche Stimmung des außerordentlichen Publikums nicht unwesentlich beeinflusst wurde.

Aber leider nur „allzu kurz konnte das sich mit höchstem gesellschaftlichen Brunk entfaltende Schauspiel im Zuschauerraum bewundert werden“. Die Festouverture ertönt; und nachdem sie verklungen, mahnt ein vom Generalintendant verfaßter Prolog „mit von wahrhafter Menschenliebe durchwehten Worten“ daran, „wie das Räben des milden Frühlings, das Erwachen der Natur auch in den Menschen die Liebe zur leidenden Menschheit erweckt“. Es ist uns zwar neu, zu hören, daß die christliche Nächstenliebe an die Hofgesellschaft gebunden ist und sich als ein Frühlingstriebe äußert; daran ist aber wohl kaum zu zweifeln, daß der Herr Generalintendant in den Kreisen der Hofgesellschaft genügende Erfahrungen gesammelt hat, und daher mögen seine Worte mindestens für diese Geltung haben.

Es gelangten „zwei harmlos liebenswürdige Lustspiele“ zur Aufführung durch „nur aristokratische Schauspieler und Schauspielerinnen“, und da nirgendwo soviel Komödie gespielt wird als in der näheren Umgebung des Throns, so war zu erwarten, daß dieses Ensemble „wirklich ein ausgeglichenes Zusammenspiel“ bot, „das in seiner Sicherheit und seinem Tempo nicht den Eindruck auskommen ließ, daß sich hier Dilettanten zum lustigen Spiel vereinigt hätten“.

In der danach eingetretenen großen Pause herrschen die „Wohltätigkeitsfeiern“ im Foyer, in dem man sich „zu den Silberten drängt, um für Gold, hin und wieder auch für Silber . . . ein Glas Sekt, ein Glas Limonade oder eine Tasse Tee kredenz zu erhalten. Und gar manche kostbare Toilette wurde hier in dem Gedränge von Wohltätigen, die aus den Händen von Prinzessinnen und Gräfinnen Speise und Trank empfangen wollten, geopfert“.

Nach 10 Uhr begann der „Clou“ der Aufführungen: eine Vantomime in drei Bildern, die aus einzelnen Teilen der Märchenoper „Dornröschen“ von Engelbert Humperdinck zusammengesetzt war. „Da waren die Gäste am Hofe des Märchenkönigs echte Prinzessinnen und Prinzen, Fürsten und Komtessen und Baronessen. Nicht weniger als dreizehn Prinzen und Prinzessinnen von heute zogen zum Märchenkönigshof in reichen, malerischen Gewändern, und über ein halbes Hundert von Fürsten und Grafen, von Komtessen und Baronessen Schritt in Pracht und Prunk gleich Gestalten aus einem modernen Märchen“.

Wir haben es herrlich weit gebracht! Man sieht, welche erhebenden Resultate fast zwei Jahrtausende christlicher Wirksamkeit gezeitigt haben, zumal in den Kreisen derer, die sich gewöhnlich selbst als die berufenen Hüter der christlichen Religion betrachten. Es ist schwer zu sagen, für welchen von beiden Teilen es bedeutsamer ist für die „Wohltätigen“ oder die durch diese Art christlicher Barmherzigkeit „Beglückten“, wenn erstlich ein großer Aufwand an allen möglichen Mitteln verricht werden muß, um jenen, „die im Glücke wandeln“, einige Goldstücke oder Silberlinge aus der Tasche zu locken für die armen Notleidenden, die Opfer des heutigen kapitalistischen Ausbeutungssystems. Lebte Christus heute auf Erden, so möchte er wohl wenig Freude an dem Tun und Treiben seiner Getreuen haben und würde vielleicht gar versuchen, ihnen von neuem die Worte ins Gedächtnis zu rufen, die Matthäi 6, 2 verzeichnet sind: „Wenn du mir Almosen gibst, sollst du nicht lassen vor dir posaunen, wie die Heuchler tun in den Schulen und auf den Gassen, auf daß sie von den Leuten gepriesen werden. Wahrlich, ich sage euch: Sie haben ihren Lohn dahin.“

Bei den Lungenkranken des Friedrichshain-Krankenhaus.

Aus Krankenhäusern der Stadt Berlin haben wir einige Male zu melden gehabt, daß kranke Kinder zur Rekonvaleszenz ins Friedrichshain-Krankenhaus kommen. Unsere Schilderung eines derartigen Vorkommnisses aus dem Friedrichshain-Krankenhaus hatte damals die erfreuliche Wirkung, daß zum Zweck einer Vermehrung der Krankenwachen ein paar Pflegegeschwestern mehr eingestellt wurden. Doch aber in dieser Hinsicht noch lange nicht jedem Mangel abgeholfen ist, zeigen uns Bescherden, die jetzt wieder aus dem Friedrichshain-Krankenhaus an uns gelangen.

Diesmal handelt es sich um einen Pabillon, in dem Lungenkranke liegen. Unter ihnen ist so mancher, der sich im letzten Stadium seiner Krankheit befindet und nicht mehr zu hoffen hat. Die Insassen des Pabillons wissen das selber am besten; sie müssen es ja mit ansehen, wie einer nach dem andern die Augen für immer schließt. Manchmal spielt dieser letzte Akt sich so ab, daß die Leidensgefährten, denen die Rolle der Zuschauer aufgedrängt wird in große Erregung geraten. Zur Rekonvaleszenz tritt ein Kranker aus dem Bett, fixiert mit zitternden Händen die Hosen über die Beine und wankt durch den Saal nach dem Klosett. Wo ist der Wärter, der ihm beizugehen und ihn fassen könnte? Vor der Tür des Klosetts bricht hilflos der Kranke zusammen! Andere Kranke steigen aus ihren Betten, um den Dinsgeknerten aufzuheben und ihn in sein Bett zurückzuschleppen. Wo bleibt nur der Wärter, der ihnen helfen soll! Wahrscheinlich weilt er wieder mal im unteren Stockwerk, das er ja mit zu versorgen hat. Man ruft nach ihm, man verläßt, die Klingel in Bewegung zu setzen, aber er scheint zu verlagern. Endlich kommt er mit der Pflegegeschwester herbeigeeilt und greift zu. Wehmut wird der Kranke auf seinem Lager gebettet — auf seinem Sterbelager! Eine halbe Stunde später hat er ausgelitten. In einer der nächsten Nächte wiederholt sich dieses Trauerspiel. Wieder verläßt ein Kranker sein Bett, weil er das Klosett aufsuchen will. Wieder ist kein Wärter da, als der Kranke im bloßen Hemd nach vor seinem Bett zusammenbricht. Andere Patienten rufen aufgeregt nach dem Wärter, einer steigt aus dem Bett, läuft bis zur Treppe und schlägt Alarm. Jetzt kommt der Wärter, kommt auch die Schwester, und der Kranke wird in sein Bett gelegt. Ein paar Stunden nach liegt er — dann hat auch ihn der Tod erlöst.

Und haben andere Kranke, die diese Szenen mitansehen mußten, sie mit dem Ausdruck starker Entrüstung geschilbert. Sie fragen, ob denn nicht ständig ein Wärter in ihrem Saal zugegen sein kann. Ja, wenn

nur nicht in den Krankenhäusern der Stadt so sehr mit dem Personal gespart würde! Zwei Stockwerke eines Pabillons sollen zur Rekonvaleszenz von einer Pflegegeschwester und einem Wärter versorgt werden. Wenn beide in dem einen Stockwerk gemeinsam einem Kranken beizustehen haben, ist der Saal des anderen Stockwerks von jeder Hilfe entblößt. Und diese Personalknappheit hält man für zulässig gegenüber Schwerkranken! Sollen wir uns da über Vorsälle, wie die hier geschilderten, wundern? Es tut not, daß diesen Zuständen ein Ende gemacht wird.

Der Sparkassendirektor.

Der Magistrat hat die Schaffung der Stelle eines Sparkassendirektors beschlossen, die schon bald durch einen Sparkassensachmann besetzt werden soll.

Auffachselung zur Begehrlichkeit.

Niedrige Löhne sind das Ideal unserer Agrarier. Deshalb holen sie schon ausländische Arbeiter ins Land — diese Prozentpatrioten — um billigeren Arbeitskräfte als die heimischen zu erhalten. Sie ärgern sich auch, wenn sie hören, daß irgendwo sich über niedrige Löhne entkräftet. Von diesem Gesichtspunkt aus ist eine Zuschrift diktirt, die in der „Deutschen Tageszeitung“ Aufnahme gefunden hat. Dieselbe lautet:

„Als ich gestern mit mehreren anderen Jahrgästen auf der hinteren Plattform eines Straßenbahnwagens stand, sprang während der Fahrt einer jener fixen Jungen auf, welche für eine Gesellschaftszeitungen in den Wagen feilschten. Nach vollbrachter Arbeit blüht der Junge noch einige Minuten auf der Plattform stehen, und diese Gelegenheit benutzte ein neben mir stehender Jahrgast, anscheinend ein „Genosse“, den Zeitungsverkäufer wie folgt auszufragen: „Was kriegst denn die Woche?“ Antwort: „Nicht viel.“ — „Ach Herrjes, bloß acht Mark.“ — „Ja, außerdem noch Procente.“ — „Na, was macht denn der die ganze Woche?“ — „Dreizehn Mark.“ — „In wie lange hast denn Dienst?“ — „Von früh 6 bis abends 7.“ — „Na, ich danke, den ganzen Tag so vor einem Wagen uff'n andern springen — wer bezahlt denn die Reibage?“ — „Die kriegt ich ooch jellesefert.“ — „Na, 's ist doch immerhin 'n elendes Lohn.“ . . . Der Junge blieb in seiner Verlegenheit die Antwort schuldig. Ich wußte nicht, ob der „Genosse“ recht hatte, d. h. ob 13 Mark per Woche für einen 14-15jährigen Menschen zu wenig, die Arbeit zu viel ist; mich ärgerte aber die Art und Weise dieses Vorgehens, und so klopfte ich, im Begriff abzusteigen, dem Jungen auf die Schulter und sagte: „Ja, siehst du, es wäre besser, wenn du den ganzen Tag spazieren gingst und dir abends deinen Lohn von dem Herrn dort abholtest.“ Der Schöfner lachte verständnisvoll, und die Jahrgäste machten lange Besichtig; vielleicht hat mir der „Genosse“ hinterher noch eine Standpause gehalten — in absentia . . . Das ist so die echte sozialdemokratische Jugendberziehung, überläßt sich einmischen und Unzufriedenheit erwecken, ohne etwas Besseres bieten zu können. Und das ist kein einzeln dastehender Fall. Man kann getroffen sagen — und ich spreche aus Erfahrung — wenn ein Arbeiter, ein Diensthote plötzlich Unzufriedenheit und Unlust zeigt, so ist das in der Regel auf die Einwirkung solcher sozialdemokratischer Rörgler zurückzuführen.“

Soweit die Zuschrift. Ob der Inhalt derselben den Tatsachen entspricht, ist sehr fraglich. Und woher der Schreiber der Zuschrift seine Bescheid hat, daß der Fragesteller ein Sozialdemokrat ist, ist sicher sein Geheimnis. Wenn aber wirklich das Bespöck so, wie berichtet, stattgefunden hat, so ist doch dagegen kaum etwas einzuwenden, daß die Arbeitszeit und der hierfür gezahlte Lohn auch nicht im geringsten im Einklang stehen. Deswegen von „Sozialdemokratischer Jugendberziehung“ zu sprechen, wie das der Schreiber der Notiz in der Ueberschrift tut oder von „sozialdemokratischen Rörglern“ zu phantastieren, kann nur jemand, der wünscht, daß die Arbeiter für ein Butterbrot arbeiten sollen.

Das Urteil gegen den Garde-Unteroffizier.

Im Prozeß gegen den Unteroffizier Ruff vom Königin-Augusta-Gardegrenadierregiment, der angeklagt war, seine Geliebte im Grünauer Forst erschossen zu haben, wurde vorgestern in der siebenten Abendstunde das Urteil durch den Verhandlungsleiter, Kriegsgerichtsrat Dr. Bernhoff, verkündet. Es lautete:

Der Angeklagte wird wegen Tötung auf ausdrückliches und ernstliches Verlangen und wegen unerlaubter Entfernung zu drei Jahren sechs Monaten und einem Tag Gefängnis verurteilt. Ferner hat das Gericht auf Degradation erkannt.

In der Urteilsbegründung hob der Verhandlungsleiter hervor, daß das Gericht auf Grund der Beweisaufnahme keinen Indizienbeweis für Mord und den Angeklagten für schuldig erachtet habe, seine Geliebte getötet zu haben. Daß beide, der Angeklagte und das Mädchen, den Entschluß gefaßt hatten, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden, davon ist das Gericht überzeugt. Das ganze Verhalten des Angeklagten zeugt von Schuldbewußtsein. In die Enge getrieben wegen seiner Unwahrheiten, hat er immer wieder andere Schilderungen des Dramas gegeben. Das Gericht ist der Ueberzeugung, daß jene Stelle, an der die Leiche gelegen hat und gefunden wurde, nicht der Tatort ist. Wo der Tatort ist, läßt sich nicht feststellen. Jedenfalls hat der Angeklagte die Leiche nach dem Fundort geschleppt. Nach dem Gutachten der Sachverständigen ist es unwahrscheinlich, ja undenkbar, daß sich das Mädchen mit dem schwer abdrückenden Revolver selbst erschossen hat. Das Gericht ist nach alledem zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Angeklagte der Täter ist.

Die durch das rätselhafte Verschwinden der Wirtschaftlerin Gertrud Walle

beranlaßte Untersuchung ist jetzt in ein neues Stadium getreten. Der unter der Bekuldigung des Raubmordes an der Walle in Haft befindliche Monteur Hermann Penz ist vor einigen Tagen von dem Untersuchungsrichter in Frankfurt a. O., der zu diesem Zwecke extra nach Berlin gekommen war, vernommen worden. Penz ist dem Vernehmen nach dabei mit neuen „Entwicklungen“ herangezogen. Der angebliche Filzkührende Darge soll nach Angabe des H. der schon mit Justizhaus vorbeistrich russische Leichendieb und internationale Mädchenhändler Müdelstein sein, mit dem er, Penz, in dem Justizhaus Sonnenburg bekannt geworden sein will, als er dort eine neunjährige Justizhausstrafe verbüßte. Müdelstein alias Darge soll die Gertrud Walle, die er als ein besonders heiratungsfähiges und leicht zu beeinflussendes Mädchen schildert, unter Vorspiegelung des Heiratversprechens in ein öffentliches Haus in Ausland verschleppt haben. Die von dem Verteidiger des H. nach dieser Richtung hin angestellten Recherchen solle bereits auf eine bestimmten Spur geführt haben. — Die von dem Polizeigew. bezw. Regierungspräsidenten auf die Aufklärung der Leiche ausgelegte Belohnung von 2000 M. hat übrigens eine eigenartige Wirkung. Jeden Sonntag wandern Hunderte von Personen nach dem vermuteten Tatort, der durch das Geheimnis des unauflösbar scheinenden Kapitalverbrechens berühmt gewordenen Chausses zwischen Hälzenwalde und Trebus, um dort die Leiche zu suchen. Im Laufe der Voruntersuchung haben sich übrigens erhebliche Zweifel an

Der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten ergeben. Hent, der im ganzen über 30 Jahre seines Lebens im Zuchthaus verbracht hat, leidet im Untersuchungsgefängnis an Wahnvorstellungen und darauf folgenden Tobzügen anfallen. Der Vater des H. war, ebenso wie er selbst, Gewohnheitstrinker. Die Mutter hat an Wutkrämpfen auf hysterischer Basis gelitten. Es ist deshalb vom Betreiber des Angeklagten der Antrag gestellt worden, Hent in dem Untersuchungsgefängnis auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

### Gegen Erpresser.

In einem Strafverfahren gegen Erpresser hat das Kammergericht eine bemerkenswerte Entscheidung getroffen. Ein Student der Medizin war mit zwei Männern bekannt geworden, die ihm nachher fortgesetzt Geld abzuspressen versuchten. Um diesen Belästigungen ein Ende zu machen, wandte sich der junge Mann an die Kriminalpolizei. Diese erkannte in den beiden Männern wieder, die gewissen Kreisen angehören und die beide bereits wegen Erpressung vorbestraft sind. Die Polizei nahm die Vorfälle fest und führte sie dem Untersuchungsrichter vor. Nach Art dieser Leute versuchte nun einer der Verhafteten den Spieß umzudrehen und beschuldigte den Studenten, daß er sich nach § 175 strafbar gemacht habe. Daraufhin erhob auch die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den Studenten. Die Strafkammer jedoch lehnte das Verfahren ab mit der Begründung, daß lediglich das Zeugnis eines vorbestraften Erpressers nicht genüge, um eine so schwere Anklage gegen einen bisher unbescholtene Menschen zu rechtfertigen. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Beschwerde beim Kammergericht ein. Dieses aber lehnte die Beschwerde ab und stellte sich ganz auf den Standpunkt der zuständigen Strafkammer und ihrer Begründung. Die beiden Erpresser sehen also ihrer wohlverdienten Strafe entgegen, ohne daß es ihnen gelungen ist, zur Befriedigung ihres Rachegedankens ihr Opfer mit hineinzuziehen.

### Auf der Suche nach dem Frauenmörder.

Des doppelten Frauenmordes am Teufelssee sind auch bei der Berliner Kriminalpolizei schon eine ganze Reihe von Männern verdächtigt worden. Mehrere wurden auch auf Grund der Angelegenheiten vorläufig festgenommen. Aber in allen Fällen hatte sich das Publikum geirrt. Die Verdächtigten konnten ohne Ausnahme ihre Unschuld nachweisen. In einigen Fällen stimmte auch die Personenbeschreibung mit der des mutmaßlichen Mörders auch nicht überein. Um zu verhüten, daß auch weiter noch ganz unschuldige Leute unnötig in die unangenehme Lage kommen, sei noch einmal die Beschreibung veröffentlicht, die die beiden Schüler aus Romawes von dem Mörder geben, der sie im Walde mit einem Knüttel verjagte und der wahrscheinlich die beiden Morde verübt hat. Dieser Mann ist etwa 1,70 bis 1,75 Meter groß und ungefähr 25 bis 35 Jahre alt, hat einen englisch gefärbten Schnurrbart und trägt einen braunen Tellerhut, einen etwas helleren braunen Hut, eine schwarze Hose und schwarze Stiefel. Besondere Beachtung verdient sein Gesicht. Es ist so stark püdelig, daß es schon auf größere Entfernung hierdurch auffällt. Ob der in Königs-Wusterhausen verhaftete Mann, angeblich ein Maurer Paul Sage aus Köpcke, der Mörder ist, bedarf noch weiterer Untersuchung.

Wegen des Muttermordes in Moabit wurde gestern der Kaufmann und Hausdiener Gustav Goebcke von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

**Arbeiterbildungsschule.** Morgen Sonntag, den 8. März, abends 7 Uhr, im Schulgebäude Grenadierstraße 37, Vortrag des Genossen Goldmann über soziale Probleme in der russischen Literatur. Mitglieder gegen Voreinzahlung des Mitgliedsbuches Eintritt frei. Gäste 20 Pf.

Mit schweren Schußverletzungen wurde am Donnerstag der Arbeiter Moritz Rehner aus Berlin im Brunelwald aufgefunden. Er wurde nach dem Paul-Gerhardt-Stift gebracht, wo er aber bereits am Abend verstarb.

Einen tödlichen Ausgang hat ein Straßenunfall genommen, der sich am vergangenen Montag in der Fehrbellener Straße ereignete. Hier spielte das 4½ Jahre alte Töchterchen Irene des Hutmakers Hunger mit anderen Kindern vor der Haustür. Als von der Kaitanienallee eine Kraftdrosche gefahren kam, während die Kleine gerade über den Damm laufen wollte, ließ ein älteres Mädchen, das sie an der Hand führte, sie vor Schreck los und sprang zurück. Die Vierjährige konnte das nicht mehr und geriet unter die Räder und wurde, so schwer verletzt, daß sie gestern im Krankenhaus am Friedrichshain starb.

## Vorortnachrichten.

### Durch die Schule gebrandmarkt!

Darf die Schule einem Kind im Entlassungszeugnis auch Verfehlungen ankreiden, die in keinem Zusammenhang mit dem Schulbetrieb stehen? Darf sie durch Hinweis auf solche Verfehlungen ein Kind in Gefahr bringen, in seinem Fortkommen gefährdet zu werden? Diese Fragen drängen sich uns am geschicktesten eines Zeugnisses, das Herr Rektor Böhm, der Leiter der Gemeindefschule in Wildau, einem vor der Schulentlassung stehenden vierzehnjährigen Jungen gegeben hat.

Der Junge war von seinem in der Raffel-Schwarzkopff-Werke beschäftigten Vater bei der Schwarzkopff-Maschinenbau-Aktiengesellschaft für eine Lehrstelle angemeldet worden, in die er nach der Schulentlassung zu Ostern eintreten zu können hoffte. Da er ein Schulzeugnis vorlegen sollte, so schrieb ihm Herr Rektor Böhm ein vorläufiges Zeugnis für das zu Ostern endende Halbjahr. Die Urteile waren nicht die schlechtesten; sie bezeichneten Betragen als „zuletzt gut“, Aufmerksamkeit als „ziemlich befriedigend“, Fleiß als „ziemlich befriedigend“, Schulbesuch als „regelmäßig“ und die Leistungen in den einzelnen Schulfächern einmal als „wenig befriedigend“, achtmal als „ziemlich befriedigend“, viermal als „befriedigend“, zweimal (in Turnen und Singen) als „gut“. Das Zeugnis enthielt aber noch die Bemerkung: „Beweise auf die Stamm- und Zeugnisliste“. Diese Liste ist eine Zusammenstellung aller Benutzen, die der Schüler während der ganzen Dauer des Besuches der hiesigen Gemeindefschule erhalten hat. Sie hat die Bedeutung eines von der Schule geführten Aktenstückes, das einen raschen Überblick über die gesamte Entwicklung des betreffenden Schülers gewährt. Wir sehen nicht ein, was die Stamm- und Zeugnisliste irgendeine zu der Schule nicht in Beziehung stehende Person angeht. Herr Rektor Böhm verwies nicht nur auf dieses Aktenstück, sondern überlieferte es auch der Schwarzkopff-Maschinenbau-Aktiengesellschaft zur Einsichtnahme. Er stellte es zusammen mit jenem vorläufigen Zeugnis in ein Kuvert, das er dann verschloß dem Jungen einhändig, damit er beides bei Schwarzkopff abliefern. Welche besonderen Dinge fanden denn nun in dem Aktenstück? Ein Schwarzkopffischer Bureauangestellter glaubte, es nach Einsichtnahme dem Vater des Jungen übergeben zu sollen. Er hat das, weil er meinte, daß diese Zeugnisliste ebenso wie das vorläufige Zeugnis für das laufende Halbjahr dem Schüler zu kommen. Als der Vater sich die Zeugnisliste ansah, las er hier in der Rubrik „Physische Eigentümlichkeiten“ folgende Bemerkungen: „Reigt zur Lüge und zum Stehlen. Wurde April 1918 wegen Diebstahl mit einer Verwarnung bestraft.“

Der Vater ist empört darüber, daß Herr Rektor Böhm es für nötig und überhaupt zulässig gehalten hat, das die Schwarzkopff-Maschinenbau-Aktiengesellschaft wissen zu lassen. Der Herr Rektor

hat das dem sich um eine Lehrstelle bewerbenden Jungen mitgegeben, wie wenn es ein Empfehlungsbrief wäre. Wir erfahren, daß der Diebstahl des Jungen in der Entwendung einer Mundharmonika bestand hat. Das Schöffengericht Königs-Wusterhausen, das darüber aburteilen hatte, erkannte auf einen Verweis. Die Bewandlung, daß der Junge dabei auch Geld entwendet habe, soll als nicht erwiesen angesehen worden sein. Aber selbst wenn er nicht nur jenes Spielzeug, sondern auch Geld sich angeeignet hätte, so muß dem Rektor das Recht, solche Vorkommnisse an nicht beamtete Personen zu melden, bestritten werden. Der Junge hatte sich die Verfehlung nicht in der Schule, sondern außerhalb der Schule zu schulden kommen lassen. Um den Lehrern einen Beitrag zur Beurteilung der „physischen Eigentümlichkeiten“ des Jungen zu liefern, ist der wegen Diebstahl ihm zubilligte Verweis in seine Zeugnisliste eingetragen worden. Wenn ein Rektor von dieser Liste einen Gebrauch machen zu dürfen meint, wie Herr Böhm es gemeint hat, dann bedeuten solche und ähnliche Eintragungen eine schwere Gefahr für die Kinder.

In dem vorliegenden Fall hat die Bekanntgabe der Zeugnisliste nicht die Wirkung gehabt, den Jungen zu schädigen. Die Schwarzkopff-Maschinenbau-Aktiengesellschaft hat sich nicht abhalten lassen, die vorläufige Zulassung einer Probeeinstellung zu geben. Hierdurch wird aber an der Beurteilung der Handlungsweise des Rektors Böhm nicht das geringste geändert.

### Neukölln.

Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenwahl ist es nicht gelungen, die beiden Bezirke zu erobern. Während es die Gegner im 2. Bezirk auf 735 Stimmen brachten, erhielten wir nur 665 Stimmen. Im 3. Bezirk erhielten die Gegner 607 Stimmen, während auf die Sozialdemokratie nur 554 Stimmen entfielen.

### Nichts gelernt.

Einen für die Grundzüge der Herren Demokraten recht charakteristischen Beschluß veröffentlichte im Namen des Vorstandes des Demokratischen Vereins Herr R. Noß in der Nummer der „Neuköllner Zeitung“, die am Vorabend der Stadtverordnetenwahl erschien. Die so späte Veröffentlichung des Beschlusses ist um so unfairster, als es der Sozialdemokratie unmöglich war, noch rechtzeitig darauf zu antworten. In jener Erklärung teilt Herr Noß mit, daß der demokratische Vorstand beschloffen habe, offiziell zu der Wahl nicht Stellung zu nehmen. Zur Begründung dieses Beschlusses wird betont, daß demokratische Stimmen für eine bürgerliche Sammlung abgegeben werden, die auch die reaktionären Elemente miteinbezieht, ist ohne weiteres ausgeschlossen. Man will also die Bürgerlichen deshalb nicht unterstützen, weil die reaktionären Elemente sich darunter befinden. Alsdann folgt die Erklärung mit einem schlecht gezielten Stich gegen die Sozialdemokratie aus:

„Eine Unterstützung der Neuköllner Sozialdemokratie aber ist für jeden nicht kommunistischen Demokraten so lange unmöglich, wie die Neuköllner Sozialdemokraten selbst diese Unterstützung für wertlos erklären, solange die Neuköllner Sozialdemokratie durch ihre rücksichtslos und selbsttätige Politik weiterhin das Zustandekommen einer ehrlich demokratischen Mehrheit im Stadtparlament verhindert. Der Demokratische Verein kann um so leichter von einer Stellungnahme zu diesen Wahlen absehen, als durch sie, wie immer sie ausfallen, die bestehende Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung nicht beeinträchtigt wird.“

Darauf sei bemerkt, daß seinerzeit die Sozialdemokratie den Demokraten mitgeteilt hat, daß die Unterstützung an Bedingungen geknüpft wäre, welche sie nicht habe erfüllen können. Wurde doch von uns verlangt, daß die angebotenen Wahlabsmachungen bereits Bezug haben sollten auf die im Herbst stattfindenden Wahlen. So weit konnten unsere Genossen nicht gehen. Wenn die Neuköllner Demokraten einmal ganz objektiv ihre letzte Vergangenheit durchgehen, so werden sie doch nicht behaupten können, daß sie als Zuverlässige anzusehen sind. Und daß unsere Genossen mit jenen unheimlichen Kantonten nicht gleich wieder so weitgehende Wahlverpflichtungen eingehen, müssen sie bei einiger Ueberlegung begreifen. Gäßen die Demokraten einmal eine konsequente Wahlparole herauszugeben, die ihren eigenen Grundzügen — nicht etwa den unterigen — entspricht, so hätte sich immer noch ein Weg finden lassen, um ihnen entsprechend ihrer Stärke einen bestimmten Einfluß auf die kommunalen Angelegenheiten zu sichern. Der unserer Partei gemachte Vorwurf, daß sie rücksichtslos und selbsttätig sei, vermag auch nicht den geringsten Einbruch zu machen. Unsere Genossen haben jedenfalls früher schon bewiesen, daß sie bereit sind, mit Parteien zusammenzugehen, sobald es gilt, die ärgsten Reaktionen zu bekämpfen. Vorausgesetzt dabei muß natürlich sein, daß die Bundesbrüder nicht schamlos flüchtig werden, wie das bei den Herren „Demokraten“ bereits früher der Fall war.

Die Schuljahrsklinik, die auf Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen wurde, wird voraussichtlich am 1. Mai eröffnet werden. Sie findet Unterkunft im ersten Stockwerk des Gebäudes der Pimpfsation am Bildenbruchplatz. Einrichtung und Betrieb der Klinik sind dem Berliner Lokalkomitee für Zahnpflege in den Schulen übertragen und zwar werden ein Oberarzt, zwei Assistenzärzte und eine Schwester von dem Komitee gestellt. Zu den Kosten der Einrichtung zahlt die Stadt einmalig 8000 M. und einen laufenden jährlichen Beitrag von 10 000 M. Im Komitee selbst ist die Stadt Neukölln durch drei Sige im engeren Ausschuss vertreten. Das Komitee übernimmt die Zahnpflege der Neuköllner Gemeinde-, Hilfs- und Mittelschulen. Die Behandlung der Mundkrankheiten und das Ziehen der schlechten Zähne ist kostenlos. Für das Füllen der Zähne (Blombieren) kann ein Betrag von 50 Pf. für jede Füllung verlangt werden. Die Eltern tun gut, von der Einrichtung des Abonnements Gebrauch zu machen, das eine Marx für ein Kind und ein Jahr beträgt. Bei mehr als drei Kindern in einer Familie beträgt das Abonnement drei Marx für sämtliche Kinder. Für eine örtliche Vertäubung können 50 Pf. extra verlangt werden.

Für bedürftige Kinder ist die Behandlung völlig kostenfrei. Die Bedürftigkeit wird nachgewiesen durch Vorlegung einer Bescheinigung des Rektors.

Der Arbeiterschaft Neuköllns ist zu empfehlen, ihre zahnkranken Kinder der Klinik zuzuführen. Erschreckend groß ist die Zahl der Kinder mit kranken Zähnen. Sind doch in Neukölln bei 10 445 unterjuchten Kindern der 6. und 7. Klasse 9472 zahnkrante festgestellt worden, von denen 456 längere Zeit in Behandlung bleiben mußten.

Mit der Einrichtung dieser Klinik in großen, hellen Räumen ist mit dem alten System der Schulzahnpflege vollständig gebrochen. Durch eine genügende Inanspruchnahme dieser Klinik kann der Einrichtung einer zweiten im oberen Ortsteil nur vorgearbeitet werden

### Sichtenberg.

Die Wahlen der Handlungsgehilfen zum Kaufmannsgericht finden am Sonntag, den 8. März, nachmittags von 12 bis 4 Uhr statt. Gewählt wird im „Schwarzen Adler“, Gebäußer Arnhold, Frankfurter Chaussee 5. Wahlberechtigt ist jeder männliche Handlungsgehilfe, der mindestens 25 Jahre alt und in Sichtenberg beschäftigt ist, sofern er sich in die Wählerliste eintragen lassen. Die Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen ist die Liste III. Handlungsgehilfen, die es ernst mit der Vertretung ihrer Interessen nehmen, geben bei der Wahl am Sonntag ihre Stimme der Liste III. Niemand verläume zur Wahl zu gehen. Am Wahltag erteilt Auskunft das Wahlbureau der Liste III im Restaurant Richard Höhnel, Frankfurter Chaussee 158.

### Schöneberg.

In einer außerordentlichen Sitzung der Gewerkschaftskommission erstattete der Ausschuss Bericht über das abgelaufene Jahr. Die Arbeiten der Kommission wurden in 13 Sitzungen erledigt. An 2 Sitzungen nahmen die Gewerkschaftsmitglieder teil. Die Organisation der Kommission schreibt am Ort vorwärts, was die Steigerung des Lohnes in allen drei Vertriebsstellen beweist. Aus den Zahlen des Arbeitsamtes ergibt sich, daß von den ausgemerkten Mitteln der kommunalen Arbeitslosenunterstützung die freigelegten Gewerkschaften 18 062,63 M. erhalten haben. Als Obmann wurde Hauße, als Kassierer Gentel und als Schriftführer Keumann gewählt. Als Revisoren fungieren Krulow und Brimmer. In den Bildungsausschuss wurden Böfel, Keumann, Bardin, Petri, Kühne und Hauße delegiert; in den Jugendausschuss Gelsen, Petri, Wilmes; in den Kreisauschuss Petri und Gelsen; in den Bezirks-Jugendausschuss Gelsen.

Alle Zuschriften sind an den Obmann Oskar Hauße, Schöneberg, W. 30, Rollendammstr. 25, zu richten.

### Tegel-Wittenau-Vorsigtalbe.

Die Beteiligung an den Gewerkschaftswahlen am Mittwoch, den 4. d. M. in den Orten Tegel und Wittenau-Vorsigtalbe war diesmal sehr reger. In Tegel wurde unser Kandidat mit 1020 Stimmen, in Wittenau mit 468 Stimmen gewählt. Bei der Wahl der Arbeitgeber hatten sich 4 Wähler in die Liste eintragen lassen, wovon 2 ihr Wahlrecht ausübten. Da jeder 1 Stimme erhielt, wurde durchs Los der Speibitzer Paul Kienast, Vorsigtalbe, gewählt.

### Romawes.

Der Herr Oberpfarrer als Hausbesitzer. Der Oberpfarrer Dessim nennt in der Grozbeerenstraße ein Haus sein eigen. Hier wohnt u. a. auch eine Witwe J., die außer ihren Wohnräumen einen größeren Garten gemietet hat. Nach dem Mietquittungsbuch wohnt die Frau seit circa fünf Jahren bei dem Herrn Oberpfarrer und hat bisher ihre Miete immer pünktlich im voraus gezahlt. Um so mehr war sie natürlich erfreut, als sie am 2. d. Mts. von dem Herrn Oberpfarrer einen Brief erhielt, der mit den Geboten Gottes, die Witwen und Waisen zu beschirmen und zu beschützen, in recht kräftigem Widerspruch steht und auch mit dem neunten Gebot „Du sollst nicht begehnen deines Nächsten Haus“ schlecht zu vereinbaren ist. Der Brief lautet:

Romawes, den 2. März 1914. Sehr geehrte Frau Jentich! Sie haben am gestrigen Tage, den 1. März, die fällige Miete nicht gezahlt. Nach dem Mietvertrag § 2 habe ich infolgedessen das Recht, von Ihnen die sofortige Räumung der Wohnung zu verlangen. Sie hatten in diesem Falle für den Ausfall der Miete bis zum Ablauf der Vertragsdauer. Ich will von diesen Rechten keinen Gebrauch machen, wenn Sie bereit sind, von dem Garten, den ich Ihnen bisher zur Benutzung überlassen habe, die Hälfte abzugeben nach meiner Bestimmung. Wenn Sie nicht geneigt sind, die Hälfte des bisher überlassenen Gartens zu anderweitiger Verwendung abzugeben, verlange ich die sofortige Räumung der Wohnung und mache Sie für den Ausfall der Miete bis zum 1. Oktober d. J. haftbar. Ihrer Antwort sehe ich ungenügend, spätestens bis Mittwoch, den 4. d. Mts., entgegen.

Dochachtungsvoll Dessim.

Die Witwe hat hierauf dem Herrn Oberpfarrer geantwortet, daß zu ihrem Bedauern der 1. März auf einen Sonntag gefallen sei und daß sie sich deshalb in ihrer christlichen Andacht nicht habe stören lassen wollen.

### Erkner.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde über den Einspruch unserer Genossen gegen die Richtigkeit der Wählerliste verhandelt. Gemeindevorsteher Röhrde erklärte, daß das Oberverwaltungsgericht bis jetzt eine Mindestgrenze für die Größe eines undebauigen Grundstücks, welches der Besitzer stümmberichtigt mache, nicht festgelegt hätte. Im Einspruch wird jedoch klar und deutlich die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, das die Mindestgröße auf 15 Morgen festsetzt, und die am 9. August 1911 und 8. Oktober 1913 erfolgte Bestätigung des Urteils durch den Kreisaußschuß Niederbarnim angeführt. Herr Röhrde erklärte, daß nach seiner Ueberzeugung die Wählerliste richtig wäre, worauf der Einspruch abgelehnt wurde. Leider hat die Sozialdemokratie keinen Vertreter im Gemeindeparslament, sonst hätte Herr Röhrde sowie den bürgerlichen Herren mal Auskunft über ihre „Papierfolaten“ gegeben werden können. Ein zweiter Antrag unserer Genossen, die kommende Gemeindevorstellung am einem Sonntag stattfinden zu lassen, wurde nach regem für und Wider gegen zwei Stimmen angenommen. Aufgabe der Klassenbewahnten Arbeiterschaft Erkners ist es nun, alles daran zu setzen, den Kandidaten der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Der Termin wird noch bekannt gegeben.

Des weiteren wurde noch ein Antrag des Schöffen Spindler, die Sitzungen der Gemeindevorstellung abends stattfinden zu lassen, angenommen und der Beginn derselben auf 5 Uhr festgelegt. Es ist dadurch der Einwohnerchaft Erkners zum Teil Gelegenheit geboten, den Sitzungen beizuwohnen.

### Nieder-Schönhausen.

Sonntag, den 8. März, von 11 bis 5 Uhr, und am Montag, den 9. März, von 12 bis 6 Uhr, findet die Wahl der dritten Klasse zur Gemeindevorstellung statt. Wahllokal ist die Turnhalle in der Blankenburger Str. 70/71. Für unsere Partei kandidiert der Genosse Paul Dunsch. Es gilt diesmal den Gegnern das letzte Mandat in der dritten Klasse abzunehmen. Fast schien es so, als ob die dritte Klasse der Arbeiterschaft diesmal kampflos überlassen werden sollte. Da wird gerade noch zur rechten Zeit vom neuen Hausbesitzerverein mitgeteilt, daß Herr Oberpostsekretär Kraft Kandidat der bürgerlichen Parteien in der dritten Klasse sei. Vier Vereine werden gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu Felde ziehen und zwar die beiden Hausbesitzervereine, der Beamtenverein und die vor kurzer Zeit gegründete Fortschrittliche Volkspartei. Mit Hilfe der etwas über 200 Stimmenstimmen denkt man das Mandat den bürgerlichen Parteien zu erhalten. Besonders interessant wird der Wahlkampf in der zweiten Klasse, da eine Einigung bezüglich der Kandidaten unter den bürgerlichen Vereinen nicht zustande gekommen ist. Der Beamtenverein und die Volkspartei verlangten in dieser Klasse einen Kandidaten, dem aber die Hausbesitzervereine nicht zustimmten; darauf beschloßen die beiden erstgenannten Vereine, ihre Kandidatur trotzdem aufrecht zu erhalten. Die Situation ist nun so, daß sich drei Parteien gegenüberstehen, indem von unserer Partei für die zweite Klasse die Genossen Friedr. Breimann und Albert Müller aufgestellt sind. Die Wahl der zweiten Klasse findet am Dienstag, den 10. März, von 1 bis 6 Uhr, im Restaurant Thiele, Bismarckstraße 44, statt. Will die Arbeiterschaft ihre berechtigten Interessen in der Gemeinde wahrnehmen, dann muß sie alle Kraft daran setzen, ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Ganz besonders ist es Pflicht der Parteigenossen, nach Kräften mitzugehen, die Lauen und Bankelstümpfen an den Wählern zu bringen.

### Neu-Zittau (Kreis Weeslow).

Bei der Gemeindevahl in der dritten Abteilung erhielt Genosse Folgt 36, der Gegner 66 Stimmen. Die Kolonisten mit dem Arbeiterverein hatten alles auf die Beine gebracht, um unseren Kandidaten zu Falle zu bringen. Auch Arbeiter, die auf den Friedrichshagen Wasserwerken beschäftigt und gewerkschaftlich organisiert sind, sollen für den Gegner gestimmt haben.

### Kaulsdorf.

Die Gemeindevorstellung für die 3. Abteilung findet am Sonntag, den 15. d. M., von 12 bis 5 Uhr nachmittags in der Turnhalle der Gemeindefschule statt. Es ist diesmal ein Angehöriger zu



**Kaffee**  
frisch gebrannt,  
1/2-Pfund-Paket  
**60 65 70** P.

**Kakao**  
garantiert rein,  
Pfund  
**68** P.

# A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

## Lebensmittel

Verkauf nicht an  
Wiederverkäufer.  
Nicht am Spittelmarkt

Die mit \* bezeich-  
neten Artikel sind  
von der Zusendung  
ausgenommen.

**Rückenfett**  
Pfund  
**50** P.

**Lieserl**  
Pfund  
**60** P.

### Wurstwaren

Gervelat-od. Salamiwurst Pfund **1.20**  
Schinkenwurst Pfund **1.40**  
Teewurst Pfund **1.10**  
Landbratwurst Pfund **1.20**  
F. Leberwurst Pfund **1.05**  
Landleberwurst Pfund **85** P.  
Mettwurst nach Braunschweiger Art Pfund **1.00**  
Schinkenspeck Pfund **1.05**  
Nusschinken Pfund **1.35**  
Speck mit Pfund **78** P. mager Pfund **85**

\*Kaninchen je Pfd. **85, 1.10**

\*Kassler  
Pfund **73, 78** P.

### Butter und Käse

Molkereibutter 1/2 Pfund-Paket **63** P.  
Schweizer Käse Pfund **85, 95** P.  
Tilsiter Käse Pfund **68, 78** P.  
Limburger Käse Pfund **38** P.  
Camembert Stück **18** P.  
Harzer Käse 5 Stück **10** P.  
Faust- od. Spitzkäse 3 Stück **20** P.  
Brie-Käse Pfund **45** P.  
Bratenschmalz Pfund **68** P.

### Konserven

Schnittbohnen 1/2 Dose **28** P.  
Kohlrabi in Scheiben mit Grün 1/2 Dose **28** P.  
Spinat 1/2 Dose **38** P.  
Gemüse-Melange 1/2 Dose **43** P.  
Gemüse-Schoten 1/2 Dose **38** P.  
Karotten geschnitten 1/2 Dose **25** P.  
Stangenspargel 1/2 Dose **1.10**  
Gemüsespargel 1/2 Dose **78** P.  
Bruchspargel mit Kopf... 1/2 Dose **1.00**  
Pflaumen mit Stein 1/2 Dose **42** P.  
Stachelbeeren 1/2 Dose **68** P.  
Preisselbeeren 1/2 Dose **75** P.  
Kirschen mit Stein 1/2 Dose **70** P.  
Mirabellen 1/2 Dose **75** P.

### \* Frisches Fleisch

Schmorfleisch mit Knochen Pfund **90**  
Hammelkeule im Ganzen Pfund **90**  
Hammel-Dicke-Rippe Pfund **80**  
Kalbskamm Pfund **80**  
Kalbsbug Pfund **80**  
Schweinekamm od. Schuff Pfund **80**  
Suppenfleisch Pfund **75**  
Pökelkamm Pfund **75**  
Hammeldünnung Pfund **65**  
Schweineschulterblatt im Ganzen Pfund **65**  
Goulasch Pfund **65**  
Gehacktes Pfund **65**

### Kolonialwaren

Erbsen Pfund **15, 18** P.  
Erbsen geschält Pfund **24** P.  
Bohnen Pfund **17, 23** P.  
Rels Pfund **16, 20, 25** P.  
Linsen Pfund **18, 23, 28** P.  
Kartoffelmehl Pfund **14** P.  
Weizen-Gries Pfund **18, 22** P.  
Makaroni getarbt Pfund **32** P.  
Haferflocken Pfund **22** P.  
Pflaumen getrocknet Pfund **28** P.  
Backobst Pfund **38, 48** P.  
Haushalt-Schokolade Pfund **68** P.

### \* Obst und Gemüse

Apfelsinen Dutzend **20, 30, 40** P.  
Blutapfelsinen Dutzend **28, 38** P.  
Mandarinen Pfund **18, 28** P.  
Zitronen Dutzend **25, 35** P.  
Essäpfel Pfund **15** P.  
Musäpfel Pfund **18** P.  
Blumenkohl Kopf **15, 20** P.  
Rot- oder Wirsingkohl Pfund **7** P.  
Weisskohl Pfund **4** P.  
Mohrrüben 3 Pfund **10** P.

\*Hühner .... **1.85, 2.45**

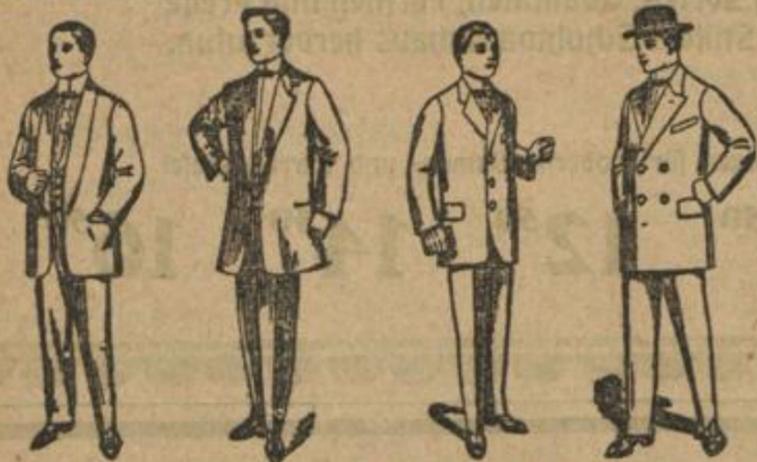
**Frische Eier**  
\* Mandel **85, 95** P.

### Räucherwaren

Makrelen-Bäcklinge 3 Stück **20** P.  
Sprossen Pfund **45** P.  
Fiandern Pfund **38** P.  
Lachs geräuchert 1/2 Pfund **30** P.  
Oel-Sardinen Dose **38, 48, 65** P.  
Sprossen in Tomaten Dose **33** P.  
Brat- od. Bismarkheringe Dose **48** P.  
Sardinen od. Anchovis Glas **25** P.  
Salz-Heringe Stück **5** P.

## Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für moderne Herren- und Knabenbekleidung  
Gertraudenstr. 25-26-27 · Berlin C · Roßstr. 1-1a-2



### Einsegnungs-Anzüge

Kat.-Nr.	Fertig am Lager	Brustweite			
		68-70	72-76	78-82	84-86
4331	Gepiptes, schwarzes Kammgarn	16	17	18	20
4332	Gepiptes, schwarzes Kammgarn	20	22	24	26
4334	Schwarzer, derber Cheviot, solide Qualität	24	26	28	30
4336	Schwarzer, eleganter Tuchkammgarn-Anzug	28	31	34	36
4338	Melton-Cheviot, äußerst haltbare Ware	39	42	45	47
4340	Feiner, schwarzer Melton-Cheviot, vorzügl. Qualität	47	50	53	56
4345	Dunkelblauer, solider Cheviot	16	17	18	20
4346	Blauer, solider Kammgarn-Cheviot	20	21	22	24
4348	Blauer, reinwollener Kammgarn-Cheviot	22	24	26	28
4349	Eleganter, reinwollener Melton-Cheviot	26	28	31	33
4351	Reinwollener Cheviot, solide Qualität	28	31	34	36
4352	Reinwollener Cheviot, solide Qualität	30	33	36	38
4355	Melton-Cheviot, reine Wolle, äußerst haltbar	33	36	39	41
4358	Melton-Cheviot, elegante, glatte Ware	36	39	42	44
4359	Dunkelblauer, sehr solider Cheviot	39	42	45	48
4361	Hocheleganter, feiner Melton-Cheviot	42	45	49	52
4362	Hocheleganter, feiner Melton-Cheviot	44	47	51	54
<b>Smoking-Anzüge</b>					
4342	Schwarzes Tuchkammgarn, vorz. Ware, m. seid. Schal	37	40	43	45
4343	Schwarzer, vorzügl. Melton-Cheviot, mit seid. Revers	47	50	53	56
4344	Feiner Melton-Cheviot auf Seide gefüttert, m. seid. Schal	53	56	59	63

## Salem Aleikum Salem Gold Cigaretten

(Goldmundstüch)  
*Etwas für Sie!*



Preis Nr. 3 4 5 6 8 10  
3 4 5 6 8 10 H. J. M.

**Trustfrei!**

Oriental-Tabak- und Cigaretten-Fabrik  
Genidze, Inh. Hugo Zietz, Dresden



## Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116

(Zw. Lütz. am Oranienplatz)

Sehr grosse Auswahl in

Stroh Hüte u. Mützen

Ausserordentlich

niedrige Preise!

Welche Herrenhüte von Mk. 1.50-6,-  
Stelle Herrenhüte von Mk. 2.00-7.00

Keine Pillolen.

**1 Mark**

wöchentliche Teilzahlung  
liefere elegant

**Herren-Moden**

fertig und nach Mass  
Garantie für tadel-  
losen Sitz.

Jonas  
**Kurzberg**

Oranienstr. 160<sup>a</sup>

zwischen Markt- u. Oranienplatz

Siehe genau auf unseren  
Hauptkammern zu achten.

## Möbel-Kredit

Beim Kauf hierfür 3 R. gut!  
Bis 20. März 5 Proz. Nach-  
lah bei jedem Kauf!  
Denn Sie sich Möbel kaufen,  
leben Sie sich meine für  
**265** Mark zusammen-  
gestellte solide Wohnungs-  
einrichtung an. Anzahlung  
20 Mark. Abzahlung ganz  
nach Uebereinkunft.  
Ehrlich, Alie Schöndauer Str. 22.

## Monats-Garderobe!

4-500 getragene Anzüge für  
Herren: Smoking, Frack- und  
Wohnd- Anzüge (auch zu ver-  
leihen), Frühjahrsanzüge sowie  
v. Raballeren getragen, fast neue  
Sachen (a. Seide), i. jed. Figur voll.  
in größter Auswahl z. unübertroff.  
**billigen Preisen.**  
17. u. best. billiger mein Laden.  
Wasserkor-  
**Hirsch Kielerbaum, Straße 12/13 1**

### Die Ruanda-Bahn.

#### III. Die Arbeiterverhältnisse in Deutsch-Ostafrika:

Die in der ostafrikanischen Kolonie geltenden Bestimmungen über die Anwerbung und Behandlung der einheimischen Arbeiter, die im wesentlichen auf der Anwerbeverordnung vom 27. Februar 1909 und vom 5. Februar 1913 beruhen, sind, wenn man sie mit gleichartigen Bestimmungen anderer Kolonien vergleicht, keineswegs inhuman; aber wie so viele anderen schönen Kolonialgesetze stehen auch sie zum großen Teil nur auf dem Papier, nicht weil die deutschen Kolonialbeamten sämtlich unfähig oder gewissenlos sind, sondern weil die Ausführung an den Verhältnissen und passiven Widerständen scheitert.

Keineswegs darf jeder, der will, einfach in einem anderen Bezirk Arbeiter für landwirtschaftliche oder gewerbliche Zwecke anwerben. Der Anwerber muß eine Art Lizenz, einen Anwerbeschein, lösen, und den erhält er nur, wenn er bisher größere Strafen nicht erlitten hat. Zudem führt der Nachweis, daß er wiederholt gegen die Anwerbeordnung verstoßen oder sich gröblicher Mißhandlungen der Angeworbenen schuldig gemacht hat, zum Entzug des Anwerbescheines. Nimmt er dann doch noch im geheimen Anwerbungen vor, wird er bis zu 2000 Rupien bestraft. Ueber jede Anwerbung hat er der Bezirksregierung Listen mit der Angabe der Namen, der Heimat usw. einzureichen und als Sicherheit für jeden Arbeiter 5 Rupien (unter gewissen Umständen kann dieser Satz bis auf 2 Rupien herabgesetzt werden) zu deponieren. Das Bezirksamt resp. die Bezirksamtsniederstelle hat dann die Angaben nachzuprüfen. Es läßt sich die Angeworbenen vorführen und sucht durch Ausfragen festzustellen, ob sie sich „freiwillig“ haben anwerben lassen, ob sie die Bedingungen anerkennen usw. Erst wenn das geschehen, erhält der Angeworbene eine Bescheinigung über die erfolgte Nachprüfung, und nun erst darf der Transport nach den Pflanzungen erfolgen.

Formell eine gute Verordnung; aber wie vollzieht sich die Anwerbung in der Praxis? Der Anwerber kann natürlich nicht die Anwerbung persönlich vornehmen. Er spricht wohl die allgemeine Verkehrssprache, das Kijwabi, aber nicht die verschiedenen Mundarten der einzelnen Bezirke; zudem kann er natürlich nicht selbst alle die verstreuten kleinen Dörfern abstreifen, zumal im inneren Hochland oft auf den Quadratkilometer nur 2 bis 3 Personen kommen. Er hält sich also schwarze Unteragenten, die mit den Dialekten und Sitten des Anwerbungsgebietes bekannt sind, meist Suaheli, gewöhnlich das abgefeimteste Gefindel, das man sich denken kann. Die gehen nun in die Dörfer und suchen durch Ueberredung, Versprechungen und Geschenke die kräftigeren Männer zu fördern. Gelingt das nicht, stecken sie sich hinter die Dorfhäuptlinge und Familienhäupter und bieten ihnen Geschenke, damit sie ihre Autorität geltend machen. In Stämmen, wo die Häuptlinge größere Macht besitzen, kommandieren diese dann oft einfach eine Anzahl ihrer Leute zum Arbeiten. Durch Versprechungen, Drohungen und Warnungen vor dem Zorn des „Serkal“ (des weißen Kolonialbeamten) werden diese dann so eingeschüchtern, daß sie, wenn sie vor dem Prüfungsbeamten erscheinen, nichts verrotzen.

Nehmen wir an, der Beamte ist ein sehr tüchtiger und gewissenhafter Mann. Er redet die Angeworbenen in ihrem heimischen Dialekt an, erklärt ihnen, wozu sie angeworben sind, fragt sie, ob sie nicht vielleicht zur Arbeit gepreßt worden seien usw. Das Mißtrauen gegen den „Serkal“ ist so groß, daß er nur die von den Agenten gewünschten Antworten erhält. Er läßt also schließlich, wenn er sieht, es ist trotz aller aufgewandten Mühe nichts zu machen, die Sache laufen. Vielleicht stumpt er gar nach Jahren so ab, daß er in der Nachprüfung nur noch eine bloße Zeremonie sieht; verlangen doch die Pflanzler dringend nach Arbeitskräften und der Beamte, der allzu genau, allzu umständlich ist, hat es gründlich mit ihnen verdorben. Er muß sich sehr vornehmen, daß er nicht purzelt; die Herren Pflanzler haben nicht nur in Dar-es-Salam, sondern auch in Berlin einflussreiche Freunde.

Da die Anwerber pro Kopf 12 bis 18 Rupien erhalten, machen sie ein brillantes Geschäft. Im Jahre 1912 waren in Deutsch-Ostafrika, soweit Pflanzungen, Farm- und Industriebetriebe in Betracht kommen (also Bergbau und häusliche Arbeiten nicht mitgerechnet), nach amtlichem Ausweis 91 892 farbige Arbeiter beschäftigt. Da farbige Arbeiter nach dem Gesetz nicht länger als sieben Monate hintereinander beschäftigt werden dürfen, darf man ungefähr 120 000 Anwerbungen annehmen; es sind also ungefähr 180 000 000 Rupien, d. h. 24 Millionen Mark an Anwerbungsgeldern gezahlt worden. Man sieht die Anwerbung, im gewissen Sinne darf von verstedtem Sklavenhandel sprechen, lohnt sich.

Nach längeren oder kürzeren Tagesmärschen, auf denen oft bereits einige der Angeworbenen sterben oder entfliehen, kommt schließlich der Trupp an Bestimmungsorte an. Die Arbeit ist meist nicht allzuschwer, und der Arbeitstag darf nicht über 10 Stunden ausgedehnt werden. Deutsche Landarbeiter arbeiten durchweg viel schwerer; aber der Vantuneger ist solche intensive Arbeitsleistung auch nicht gewohnt. Er kann sie nicht leisten. Dazu kommt der Klimawechsel, gegen den der Neger viel empfindlicher ist als der Weiße und ferner die ungewohnte derbere Nahrung. Zwei, drei Monate nach der Anwerbung sind nicht selten schon 30 bis 40 Proz. der Arbeiter gestorben. Sucht ein Angeworbener zu entfliehen und wird erwischt, so wird er entweder jämmerlich geprügelt (der Pflanzler und seine Beauftragten haben ein körperliches Jüchtigkeitsrecht, wenn auch dem Gesetz nach nur ein „beschränktes“), oder der Pflanzler resp. Pflanzungsbevollmächtigter stellt den Antrag auf Bestrafung wegen Vertragsbruchs und dann kann der Flüchtling zu körperlicher Jüchtigung und Kettenstrafe bis zu drei Monaten verurteilt werden.

Manche größeren Pflanzler haben auf ihren Plantagen für ihre farbigen Arbeiter kleine Läden eingerichtet. Dem Gesetz nach dürfen sie nur die Selbstkostenpreise berechnen, und die Distriktskommissare haben die Pflicht, die Preise nachzuprüfen. Aber wie sollen sie diese Prüfung vornehmen? Oertliche Notierungen der Kleinhandelspreise gibt es natürlich nicht. Der Distriktskommissar kann sich nur ungefähr nach den Preisen in den vielleicht 20, 30 Meilen entfernten nächsten größeren Ansiedelungen richten; aber auch hier findet er oft, da eine einzige Firma den Markt beherrscht, Monopolpreise. Berner kann der Pflanzler selbstverständlich seine verschiede-

nen Speisen, Anfuhrkosten usw. berechnen. Wie hoch stellen sich diese in abgelegenen Gegenden? Eine Norm gibt es nicht, und so beschränkt sich meist notgedrungen der Distriktskommissar darauf, die Sache gehen zu lassen, wenn nur die Preise nicht allzu hoch hinaufgeschraubt werden.

Man wird vielleicht sagen: „Dann muß dieses verstedte Trudelsystem eben einfach verboten werden.“ Sehr schön; aber ostafrikanische Verhältnisse dürfen nicht nach deutschen beurteilt werden. In manchen Fällen käme durch ein solches Verbot der Neger vom Regen in die Traufe; denn die Folge wäre, daß ihm fast jede Gelegenheit genommen würde, sich während der Dauer seiner Fronzeit kleine Genüsse zu verschaffen, vor allem, sich selbst Nahrungsmittel zu seiner Verpflegung einzukaufen und sie so zubereiten, wie sie sein Magen gewohnt ist und zu verdauen vermag.

Die Distriktskommissare haben in Ostafrika zugleich auch die gesamten landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe zu überwachen, und allem Anscheine nach sind unter ihnen lächerliche Beamte. Doch in der ganzen Kolonie, die fast zweimal so groß ist als Deutschland, gab es bisher nur fünf (seit einem Jahre sechs) solcher Kommissare, und von diesen war überdies einer bisher ständig an der Neubaustelle der Mittel-Landbahn, einer in Mubeta und einer in Rombo für die Arbeiterverhältnisse an der Nordbahn stationiert. Dort hatten sie, wenn sie einigermaßen ihre Pflicht tun wollten, genügend Arbeit. Es blieben also bislang für die ganze übrige Kolonie nur zwei Kommissare. Was das in Anbetracht der Gebietsausdehnung, der schwierigen Verkehrsverhältnisse, der Verstreutheit der Betriebe bedeutet, braucht nicht erst dargelegt zu werden.

Ueberdies, wenn schon in manchen Gegenden Deutschlands der Fabrikinspektor auf vielfache Widerstände und Hemmnisse stößt, so ist das doch noch gar nichts gegen die Widerstände, mit denen meist ein einsichtsvoller Distriktskommissar in Deutsch-Ostafrika zu kämpfen hat, denn jeder Pflanzler betrachtet eine Revision seines Betriebes als einen schändlichen Eingriff in seine heiligsten Herrenrechte.

Nach dem Regierungsberichte über die Tätigkeit dieser Distriktskommissare ist das allerdings nicht so schlimm. So heißt es im letzten Jahresbericht (1912/13):

„Die umfangreiche Arbeit der Distriktskommissare erweist sich nunmehr als für beide Teile, Arbeitgeber und Arbeiter, nutzbringend; selbst diejenigen Pflanzler, die früher in dieser Beamtenkategorie ihre Feinde sahen, haben die Unterstützungen, die ihnen bei Kontraktbruch, Auffälligkeit oder Faulheit ihrer Arbeiter zuteil werden, schätzen gelernt. Andererseits ist es durch die Distriktskommissare gelungen, die schweren Uebelstände, die früher in bezug auf Behandlung, Verpflegung und Unterbringung der Farbigen vielfach bestanden, wenigstens im größten zu beseitigen.“

Also „wenigstens im größten“ sind die Uebelstände beseitigt! Dann aber heißt es, daß sich bei den Revisionen „fast überall Unstände“ ergeben hätten (obgleich die Pflanzler lange vorher von den Revisionen wissen und sich danach einrichten). Besonders sind Lohnpressereien allgemein üblich:

„Der Hauptkampf wurde gegen das Bestreben abgeleiteter Arbeitstage, als Strafe, sowie gegen das sehr beliebte Anschreiben nur halber oder gar nur Viertelstage wegen angeblicher Nichterfüllung des verlangten Arbeitspensums trotz gebräuchlicher Arbeitszeit geführt. Ein Pflanzler hatte dieses System so weit getrieben, daß er nur Erchststage ansah. Auf einer anderen Plantage hatte man es fertig gebracht, jahrelang mit den Arbeitern nicht über Soll und Haben abzurechnen (jahrelang! nach dem Gesetz darf der Arbeiter auf den Plantagen nur 7 Monate zurückgehalten werden! S. C.), natürlich lediglich in dem Bestreben, mit dem Geld der Leute weiter zu wirtschaften und sie vom Wegzuge abzuhalten. Sehr oft mußte auch die Hergebe allzu hoher Vorküßle bemängelt werden.“

Das genügt wohl — und dieser Bericht ist obendrein noch schön retuschiert.

Doch nehmen wir an, der einheimische Arbeiter wäre in einen Musterbetrieb gelangt und wanderte nach sieben Monaten in sein Dorf zurück — eine große Seltenheit. Der nicht mit den ostafrikanischen Arbeiterverhältnissen Vertraute wird vielleicht annehmen, daß der Arbeiter nun den Rest seines schwer erarbeiteten Lohnes sorgsam mit nach Hause bringt. Nicht daran zu denken. Der Vantuneger bleibt in gewisser Hinsicht ein großes Kind, das an glühendem Land die größte Freude hat. Er kauft sich im Kramladen des Pflanzers oder der nächsten Ansiedelung allerlei ganz wertlosen Schund und nimmt diesen mit in sein Dorf. Doch eines bringt er gewöhnlich mit: die Syphilis, die er sich von den Suaheliweibern geholt hat. Große Distrikte Deutsch-Ostafrikas, die früher die „Koswende“ gar nicht gekannt haben, sind jetzt völlig verseucht, und die Seuche greift trotz aller Bekämpfung immer weiter um sich. Auch eine der neueren Kulturerrungenschaften!

Vielsach aber kommt der Angeworbene gar nicht in sein Dorf zurück; er bleibt in den größeren Ansiedelungen hängen, geht an die Küste, arbeitet vielleicht dort eine Zeitlang und wird schließlich zum Vagabunden.

Die Folge ist, daß in vielen Anwerbungsdistrikten die Bevölkerung rapide zurückgeht — in manchen geradezu wegstirbt; und zwar nicht etwa schwächliche Stämme, sondern die besten, kräftigsten; denn dort werden die meisten Arbeiter herausgeholt. So sagt einer der besten Kenner des nördlichen Teils Deutsch-Ostafrikas, der katholische Missionar Van der Burch, in einem Artikel über die „Entvölkerungsfrage“ im 12. Heft, Jahrgang 1913, der „Kolonialen Rundschau“:

„Man spricht und liest in Deutsch-Ostafrika oft von den Banjamweh-Regern. Man rühmt ihre Arbeitsfreudigkeit und Tüchtigkeit und glaubt, dieser kräftigen Rasse eine große Zukunft prophezeien zu können. Wenn man auch zugibt, daß die Küstenneger faul, verseucht oder verbummelt und linderarm sind, so sagt man doch: „Aber wir haben unsere Banjamweh, um die jede fremde Kolonie uns beneiden kann, ein unererschöpfliches Reservoir für unsere Unternehmungen an der Küste... eine Million Menschen mindestens!“

So war es vor etwa 30 Jahren, jetzt aber ist es eine schredliche Tatsache, daß die Bevölkerung der Banjamweh-Länder enorm zurückgeht und einfach in Wäde verschwinden wird, wenn es so weitergeht und die Maßregeln zu ihrem Schutz nur auf dem Papier stehen, anstatt ausgeführt zu werden. Die Sache ist sehr ernst, denn was will Deutschland in Ostafrika anfangen ohne die Reges? Der frühere Staatssekretär Dernburg sagte durchaus mit Recht, daß die Reges Deutsch-Ostafrikas größter Reichtum

wären. Wir Missionare können diesem Worte nur beipflichten. Und so muß die Parole denn lauten: „Schuh den Reges-rassen“, wie es die verschiedenen Kolonialregierungen, besonders auch Belgien, in der letzten Zeit versuchen.“

Und Vater Van der Burch führt im einzelnen den Nachweis, daß z. B. 1898 in dem zum großen Unjamwehgebiet gehörenden Sultanat Ukirombo noch 12 000 Neger lebten, 1913 nicht mehr 5 000. In der kleinen Landschaft Ufambiro zählte man 1910 noch 8656 Bewohner, 1913 nur noch 7428. Vor allem sterben die Männer weg; dann aber auch bleibt der Nachwuchs aus. Die eben genannte Bevölkerung Ufambiros bestand z. B. 1912 aus 2161 Männern, 3111 Weibern und nur 224 Kindern. Im weiteren Umkreis der Mission Friedberg stellte 1909 Van der Burch fest, daß 804 verheiratete Frauen nur 703 Kinder hatten (414 davon hatten gar keine Kinder).

Daran ist, wie zugegeben werden muß, nicht allein die Plantagenarbeit und die Syphilis schuld, sondern auch die Sitte des Frauenkaufs und der Kinderehe sowie der Brauch der Fruchtabtreibung; aber diese Sitten bestanden auch früher schon, und trotzdem vermehrte sich die Banjamweh; seit jedoch die Arbeiteranwerbungen für die Plantagen und den Bahnbau zugenommen haben und die Syphilis ihren siegreichen Einzug gehalten hat, geht es rapide abwärts!

Die Lösung der „Arbeiterfrage“ wird denn auch in Deutsch-Ostafrika immer schwieriger; aber die Pflanzler wissen Rat. Sie fordern, die Regierung solle die Arbeiteranwerbung selbst in die Hand nehmen, das heißt, auf Wunsch der Pflanzler die gewünschte Arbeiterzahl stellen; ferner muß nach ihrer Ansicht die Arbeitskontraktdauer auf die vier- oder fünfstufige Zeit verlängert und schließlich der bezirkseingesehene Arbeiter einfach zur Arbeit gezwungen werden.

Zuletzt hat am 27. September 1913 die Organisation der Pflanzler, der „Wirtschaftliche Landesverband von Deutsch-Ostafrika“, ein so einmütig folgende Resolution angenommen: „Der wirtschaftliche Landesverband von Deutsch-Ostafrika hält eine radikal organisierte Arbeiteranwerbung und die Verteilung der Arbeiter durch die Regierung grundsätzlich für erstrebenswert. Ohne Ausübung eines Arbeitszwanges wird allein durch entsprechende Anweisungen an die Lokalbehörden im Inneren des Landes die Anwerbung wesentlich erleichtert und ergiebiger gestaltet werden können. Aus sozialen und hygienischen Gründen ist den angeworbenen Arbeitern das Mitbringen ihrer Frauen aus dem Inneren zu gestatten, da anderenfalls die Bevölkerungsabnahme unterbunden und die Verbreitung ansteckender Krankheiten nach der Rückkehr gefördert wird. Eine Verlängerung der gesetzlich zulässigen Vertragszeit bei der Anwerbung auf drei Jahre wird für wünschenswert erachtet, da bei der jetzigen kurzen Kontraktzeit der Arbeiter nach erfolgter Anwerbung in die Heimat zurückkehrt, eine wirklich rationelle Verwendung seiner Arbeitskraft aber erst vom zweiten Jahre ab möglich ist. Auch die Heranziehung der bezirks-eingesessenen Eingeborenen zur Arbeit und die Schaffung von Personalkontrollen ist durchzuführen. Gleichzeitig sind die Strafbestimmungen für Europäer bei Verstößen gegen die Arbeiter-gesetzgebung zu verschärfen.“

Man stellt, welche Kulturfreuden die Banjamweh zu erwarten haben, wenn durch die Ruandabahn ihr Land zum Hauptertragsgebiet für die Anwerber gemacht wird. H. O.

### Reichstag.

220. Sitzung. Freitag, den 6. März 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Kracht.

#### Starke Anfragen.

Abg. Leube (Ll.) fragt, ob der Bau einer Eisenbahn von Sic über Bourdonnache nach Saarburg bald in Angriff genommen wird.

Ein Vertreter des Reichseisenbahnamts erklärt, der Bau müsse einstweilen noch zurückgestellt werden, wegen der erheblichen Kosten und anderer dringender Aufgaben.

Die Abgg. Becker-Gesjen (wldlib.), Dr. Gerlach (B.), Dr. Schatz (Volk.), Dr. Strauß (Sp.) fragen an, ob der Reichsanwalt bereit und in der Lage ist, darüber Auskunft zu geben: 1. ob die Zeitungs-nachrichten über Hunderte von Todesfällen und schwere Schädigungen durch die Behandlung mit Salvarsan auf Wahrheit beruhen; 2. ob das Salvarsan sich im freien Verkehr befindet; 3. ob die im Salvarsan enthaltene Arsenmenge die für Arsen festgelegte Maximaldosis um das Mehrfache übersteigt; 4. ob die Todesfälle und Gesundheitschädigungen auf das im Salvarsan enthaltene Arsen zurückzuführen sind.

#### Ministerialdirektor Jourd'hees:

Für Todesfälle oder schwere Gesundheitschädigungen bei der Anwendung von Salvarsan besteht nach dem Reichsgesetz keine Anzeigepflicht, so daß es an amtlichen Mitteilungen darüber fehlt. So bedauerlich solche Fälle sind, so ist doch zu bedenken, daß das Salvarsan bereits bei einer sehr großen Anzahl von Kranken ohne Schaden angewendet worden ist, und daß vereinzelte Unglücksfälle auch bei anderen Heilmitteln nicht ausbleiben. Die Ärzte, die das Salvarsan bisher angewendet und sich über ihre Erfahrungen ausgesprochen haben, sind in weit überwiegender Mehrzahl der Ansicht, daß es richtig angewendet, eine sehr wertvolle Bereicherung des Heilmittelreiches ist. Es ist deshalb bisher kein Anlaß gegeben, einschneidende Maßnahmen gegenüber dem Salvarsan zu ergreifen und seine Anwendung den Ärzten und Ärzten zu erschweren.

#### Abg. Baumann (B.)

fragt, was der Reichsanwalt zu tun gedenkt, um der Umgehung des Weingesetzes vorzubeugen, die darin liegt, daß aus dem Auslande Weine eingeführt werden, die einen nach unserem Weingesetz nur für Dessertweine zulässigen Gehalt von Alkohol haben, und daß aus Camos Weine eingehen, die der Grundlage des Weingesetzes überhaupt nicht entsprechen.

#### Ministerialdirektor Jourd'hees:

Dem Reichsanwalt ist nicht bekannt, daß auf diesem Gebiete bei den ausländischen Weinen sich ein Mißstand von besonderem Umfange ergeben hat. Aus Camos gehen freilich Dessertweine ein, die unter Inanspruchnahme erheblicher Alkoholmengen hergestellt sind. Ueber ihre Beurteilung ist demnächst eine legitime Entscheidung zu erwarten; diese Entscheidung des Reichsgerichts wird abzuwarten sein.

#### Abg. Dr. Quard (Soz.):

Ist dem Reichsanwalt bekannt, daß eine den Wünschen des Reichstages widersprechende und einseitige Regelung der Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner, bei der lediglich die

Unternehmer, nicht aber die Angestellten zur Vorderberatung ausgezogen wurden, der letzten mit Gültigkeit vom 1. April 1914 für Preußen allein vorgenommen worden ist. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um eine der einheitlichen Entwicklung der Straßenbahnen im Reich entsprechende einheitliche Regelung der Dienstvorschriften für Straßenbahnen herbeizuführen, und die Zurückziehung der Angestellten und ihrer Verbände neben derjenigen der Unternehmer für die Vorderberatung solcher Vorschriften zu sichern.

**Ministerialdirektor Dr. Caspar:**  
Die für die Eisenbahnunternehmungen finden auch auf die Straßenbahnbetriebe als Kleinbahnen die Bestimmungen der Gewerbeordnung keine Anwendung. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse der bei ihnen beschäftigten Personen ist daher Sache der Landesregierung. Der Reichsleistung steht deshalb eine Einwirkung auf diese Angelegenheit zurzeit nicht zu.  
Hierauf wird in der

### Zweiten Beratung des Postetats

fortgeführt beim Titel „Sächliche und vermischte Ausgaben“.

**Abg. Erzberger (Z.):**  
bittet, mehr Automaten aufzustellen.  
Die fortdauernden Ausgaben werden bewilligt.  
Bei den einmaligen Ausgaben bemerkt  
**Abg. Zubeil (Soz.):**  
Weit über hundert Grundbesitzer aus Weichensee petitionieren gegen den geplanten Grundstückerwerb zum Bau eines neuen Dienstgebäudes; das gegenwärtige Dienstgebäude liegt in der Mitte von Weichensee in viel günstigerer Lage als das neu geplante; auch ist es, falls es wirklich zu klein werden sollte, durch Zubauten noch erheblicher Erweiterung fähig. Das jetzige Grundstück ist erst 1900 unter Aufsicht des Postbaurats auf das solideste errichtet worden. Ich bitte Sie, das Geld nicht so zum Fenster hinauszuwerfen, sondern auf die Wünsche der Petenten Rücksicht zu nehmen. Dazu kommt, daß der jetzige Besitzer des Postgrundstücks in einer sehr schwierigen Situation ist. Er muß erst große Summen hineinstecken, ehe das Grundstück wieder für Privatverwechlung ist.  
**Direktor Achenborn**  
bittet dringend, die Forderung zu bewilligen. Die Kommission hat sich überzeugt, daß die dagegen geltend gemachten Gründe nicht stichhaltig sind.

**Abg. Zubeil (Soz.):**  
Ich begreife nicht, wie die Postbehörde ein Gebäude errichten kann, das absolut nicht erweiterungsfähig ist. Ich bedauere, daß die Budgetkommission meine Angaben nicht an Ort und Stelle geprüft hat, dann würde sie sich überzeugt haben, daß keine Rede davon sein kann, daß das neue Grundstück in der Zentrale von Weichensee liegen kann. Die Vorkaufsfrist, die ich vertrete, ist von dem größten Etablissement in Weichensee unterschrieben.

**Abg. Beck (natl.):**  
(Berichterstattung der Kommission) betont, daß das neue Grundstück von dem alten nur 500 Meter entfernt ist.  
Der Titel wird bewilligt.  
Für ein Dienstgebäude in Schwelm werden 140 000 M. verlangt.

**Abg. König (Soz.):**  
regt an, ob das Gebäude, das erst 1907 nach den Wünschen der Post umgebaut sei, nicht noch vorläufig genüge. Ebenfalls entliehe die Frage, ob der Besitzer nicht zu entschädigen sei.  
Nach kurzer Erweiterung eines Regierungsvertreters wird der Titel bewilligt, ebenso der Rest der Ausgaben.  
Es folgen die Einnahmen aus Porto- und Telegraphengebühren.

**Abg. Göhre (Soz.):**  
Die Erhebung von Strafpunkten im Nachbarverkehr von Berlin bringt große Unzulänglichkeiten mit sich. Hier ist vielfach eine enge Gemeinschaft zwischen den einzelnen Orten vorhanden, auch ohne direkten baulichen Zusammenhang, den die Post für das Ortsverkehrsporto noch immer verlangt. Es gibt sehr viele Menschen in Groß-Berlin, die in der Stadt arbeiten und in einem Vorort wohnen. In Zehlendorf haben wir ich durch Umfrage festgestellt habe, verschiedene Leute täglich 1-2 M. Strafpunkte zu zahlen, sehr viele etwa 50 P. Nach einer Schätzung nimmt die Post allein in Zehlendorf 24 000 Mark an Strafpunkten im Jahre ein. In Duzenden anderer Vororte liegen die Dinge ganz ähnlich und daselbst trifft natürlich für andere Großstädte zu. Im ganzen dürfte die Post auf Grund dieser völlig derateten Bestimmungen mehrere Millionen jährlich einnehmen. Die Erregung der Beteiligten ist sehr groß und natürlich haben auch die Briefträger darunter zu leiden. (Sehr richtig!) Die jetzige Bestimmung führt zu der Ingeheuerlichkeit, daß z. B. innerhalb des Ortes Zehlendorf in das Fernporto mit einem Ortsteil besteht, der in enger baulicher Verbindung mit Groß-Berlin steht. Der Nachbarortsverkehr sollte ausgedehnt werden auf alle Orte, die in wirtschaftlichem und sozialem Zusammenhang stehen, also auf jeden Fall auf die Großstädte mit ihren Vororten. (Sehr richtig! bei den Soz.)  
Die Einnahmen werden bewilligt.  
Damit ist der Postetat erledigt.  
Es folgt die

### Zweite Beratung des Poststempelgesetzes.

§ 61 bestimmt in der Kommissionsfassung: „Zum Poststempelverkehr werden die natürlichen und juristischen Personen, die Handelsgesellschaften, Vereinigungen und Anstalten, auch soweit sie nicht juristische Personen sind, sowie die öffentlichen Behörden durch Eröffnung eines Kontos bei einem Poststempelamt zugelassen.“  
Die Regierungsvorlage hatte es dem Reichskanzler überlassen wollen, zu bestimmen, inwieweit nicht rechtsfähige Vereine zum Poststempelverkehr zugelassen sind.

**Abg. Vogtherr (Soz.):**  
Die Kommissionsberatung über dies Gesetz ist bereits im November 1912 zu Ende gewesen. Die Gründe der langen Verzögerung der Plenarberatung des Gesetzes liegen jedenfalls darin, daß das Reichspostamt die Kommissionsbeschlüsse nicht für eine geeignete Grundlage hielt. Leider haben sich inzwischen die bürgerlichen Parteien auf einen Antrag vereinigt, der gerade die Beschlüsse der Budgetkommission beseitigen soll, die den Stempelverkehr verbilligen und so zu seiner Ausdehnung beigetragen hätten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da ist es schon besser, das Gesetz ziehen zu lassen und es bei dem bisherigen Verordnungswege zu belassen. Von dem Verleihen des Poststempels ist heute in den weitesten Kreisen noch gar nichts bekannt. Hätten wir statt einer verknöcherten Bureaucratie in der Postverwaltung kluge Geschäftsleute, so hätte der Poststempelverkehr schon eine viel größere Ausbreitung finden müssen. Aber man benutzt den Poststempelverkehr hauptsächlich als neue Quelle von Ueberschüssen. Bisher beträgt der Umsatz im Poststempelverkehr 86 Milliarden, die Ueberschüsse werden mit 680 000 M. herausgerechnet, doch sind dabei die Selbstkosten viel zu hoch in Ansatz gebracht. Auch der Hinweis, daß durch den Poststempelverkehr der Postanweisungsverkehr sinkt, ist in dieser Allgemeinheit nicht richtig, nur für die erste Zeit war das zutreffend. Der Bundesrat hat im Interesse der kleineren und mittleren Gewerbetreibenden die Herabsetzung der Stammeinlage von 100 auf 50 M. empfohlen und die Kommission ist dem Antrage beigetreten. Wir beantragen die Herabsetzung der Stammeinlage auf 25 M. Auch für die Verbilligung der Zahlarten, für die die Kommission einen Einheitsatz von 5 Pf. beschlossen hat, treten wir im Interesse der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Kaufleute ein; im Gegensatz zu dem Antrag der bürgerlichen Parteien, die den 5-Pf.-Satz nur bei Einzahlungen bis zu 25 M. zulassen wollen, verlangen wir, daß, wenn die Kommissionsanträge nicht angenommen werden,

wenigstens bei Einzahlungen bis zu 100 M. die Gebühr auf 5 Pf. belassen wird. Für unsere Vorschläge haben sich auch die großen kaufmännischen Organisationen erklärt. Als Grundlage für den Entwurf haben die Gutachten einer Sachverständigen-Kommission gebildet, deren Mitglieder der Staatssekretär lediglich aus Preisen genommen hat, deren Interessen durch die Verbilligung des Großverkehrs und durch die Verteuerung des Kleinverkehrs gewahrt werden. — Die Reichspostverwaltung muß dafür sorgen, daß die Kenntnis vom Wesen des Poststempelverkehrs in die weitesten Kreise dringt. Gegenwärtig sind die Bekanntmachungen in den Postämtern in einer so kleinen Schrift angeheftet, daß niemand sie lesen kann, es sind im Grunde Verheimlichungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zu den Mehrheitsparteien, die die Verschlechterung beantragt haben, gehören auch die Kreise, die die Telegraphengebühren und die Eisenbahnfahrkarten verteuern. Hier zeigt sich keine Förderung des Verkehrs, sondern eine starre bureaukratische Plumperei. Wir werden für die Beschlüsse der Kommission stimmen; sollten sie abgelehnt werden, so stimmen wir gegen das ganze Gesetz, wenn es so verhandelt wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Raßen (Z.):**  
Der Vorredner stellt sich auf den Standpunkt: Alles oder nichts. Meine Freunde sind Realpolitiker. Auch wir hätten am liebsten die Kommissionsbeschlüsse durchgesetzt. Das ist aber nicht erreichbar und deshalb nehmen wir das Erreichbare, weil auch so noch, mit den Verbesserungsanträgen der bürgerlichen Parteien, das Gesetz manches Gute enthält.

Um die Vorteile des Gesetzes zu sichern, stimmen wir dem Kompromißantrage zu. Zwischen den Grenzen 1 bis 25 M. liegen über 40 Prozent aller Einzahlungen und für diese haben wir die Festsetzung der Gebühr auf 5 Pf. erreicht. Ein Vorteil ist die Heruntersetzung der Stammeinlagen von 100 auf 50 M. Daß die Briefe der Kontoinhaber an die Poststempelämter nur der Ortsverkehrsgebühr unterliegen, ist ebenfalls ein Vorteil. Ebenso ist es ein Vorteil, daß es dabei bleibt, daß der Empfänger, nicht der Einzahlende die Gebühr zahlt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: So ist es auch jetzt.) Jawohl, die Vorlage aber wollte den Frankaturzwang. — Sehr zu begrüßen ist, daß die Poststempelämter der Abrechnungsstelle der Reichsbank beigegeben sind; der Bargeldverkehr wird dadurch erheblich eingeschränkt. — Daß die Grenze für die Einzahlungsgebühr von 5 Pf. auf 25 M. festgesetzt ist, betrachte ich nur als einen Uebergang; ich erwarte mit Bestimmtheit, daß die Reichspostverwaltung bald dazu übergehen wird, die Grenze auf 50 M. heraufzusetzen. (Beifall im Zentrum.)

**Abg. Roland-Dürke (natl.):**  
In dem Poststempelgesetz, wie es nach dem Antrag der bürgerlichen Parteien lautet, liegen doch recht erhebliche Vorteile für die beteiligten Kreise. Zunächst die Herabsetzung der Stammeinlagen von 100 auf 50 M. Das Gesetz wird dazu beitragen, daß der Grundtag allgemein wird, daß man nur kauft, was man sofort bezahlen kann, oder sofort bezahlt, was man kauft. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Notwendig wird sein, daß aus den Ueberschüssen des Poststempelamts ein Reservefonds durch das Reichsschatzamt gebildet wird. Auch sollte ein Beitrag als Beschwerdestelle sowie zur weiteren Ausgestaltung des Poststempelamts gebildet werden. Ferner wäre zu erwägen, den Poststempelverkehr auch auf die Kolonien auszudehnen. Die Anlegung der Poststempelämter muß zum Nutzen unserer breiten Interessentenkreise erfolgen; die angelegten Gelder müssen aber stets sicher und schnell mobilisierbar sein. Im Interesse des Zustandekommens des Poststempelgesetzes werden wir für die Kompromißanträge stimmen.

**Abg. Frommer (Z.):**  
spricht sich für den Kompromißantrag aus und wünscht ein Poststempelamt für Königsberg in Ostpreußen.

**Abg. Schweidhardt (Sp.):**  
Wir bedauern, daß die Kommissionsbeschlüsse die Zustimmung der Reichspostverwaltung nicht gefunden haben, aber da im Augenblick nicht mehr zu erreichen ist, stimmen wir dem Kompromißantrag zu. Herr Vogtherr hat uns vorgeworfen, wir seien umgefallen, aber auch die Sozialdemokraten sind umgefallen wie ihr Antrag beweist. (Abg. Vogtherr: Eventualantrag!) Wir stimmen dem Kompromißantrag in der Erwartung zu, daß die Gebühren bald herabgesetzt werden, sobald sich zeigt, daß der Anfall der Postverwaltung nicht so groß wird, wie der Staatssekretär jetzt glaubt. Die angelegten Gelder sollten nicht nur landwirtschaftlichen Gewerkschaften sondern auch gewerblichen Verbänden gewährt werden. Steuerbehörden usw. müssen angehalten werden, ein Poststempelkonto anzulegen.

**Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.):**  
Wir begrüßen das Gesetz als Fortschritt, stimmen aber für die Herabsetzung der Stammeinlagen auf 25 M. Daß daran das Gesetz scheitern würde, glaube ich nicht.

**Staatssekretär Kraetke:**  
Die Entwicklung des Poststempelverkehrs ist eine durchaus gesunde. Von vornherein ist bei der Einführung des Poststempelverkehrs in Aussicht genommen, daß der Reichskanzler mit Zustimmung des Bundesrats die Gebühren herabsetzen kann, ohne die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen. Auf Einnahmen für das Reich war es also nicht abgesehen. Mit der Herabsetzung der Stammeinlagen auf 50 Mark kommen wir den meisten Wünschen entgegen. — Die Frankierung der Einzahlungen hatten wir vorgeschlagen im Interesse der kleinen Leute, bei denen Rechnungen in geringem Betrage eingehen. Bewußt gehen die Zahlungen schneller ein, wenn der Frankierungszwang nicht besteht. Es muß sich erst zeigen, welcher Vorteil von den kleinen Leuten höher bewertet wird. Jedenfalls hoffe ich, daß das Gesetz zur weiteren Entwicklung des Poststempelverkehrs beitragen wird.

**Abg. Vogtherr (Soz.):**  
Die Entwicklung des Poststempelverkehrs, die auch ich anerkannt habe, ist zurückzuführen auf den jetzt geltenden billigen Tarif und die Abwesenheit des Frankierungszwangs. — Dem Abg. Schweidhardt bemerke ich, daß unser Antrag zu § 5 keinen Umschlus bedeutet, wir beantragen ja die Heraussetzung der Grenze für die Einzahlungsgebühren von 5 Pf. bis zu 100 M. nur im Falle der Ablehnung des Kommissionsantrages, also nur als Eventualantrag. (Zuruf bei der Volkspartei: Also Eventualantrag!) Weiterkeit. Einen Eventualantrag gibt es nicht. Unsere Partei ist nicht so geübt im Umschlus wie andere Leute, wir können auch nicht eventuell umfallen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)  
Die Debatte schließt. Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge werden die einzelnen Paragraphen mit dem Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien, im übrigen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.  
Es folgt die

### Zweite Beratung des Etats der Reichsdruckerei.

Die fortdauernden Ausgaben werden debattelos genehmigt.  
Bei den „Einmaligen Ausgaben“ erhebt  
**Abg. Jrl (Z.):**  
Wedenen gegen die bauliche Erweiterung der Reichsdruckerei. Dadurch würde die Reichsdruckerei zur Uebernahme von Arbeiten für Private veranlaßt, eine Konkurrenz, die nicht zu billigen sei. Auch für Behörden sollte die Reichsdruckerei nur in solchem Umfange arbeiten übernehmen, wie für die Ausattung der vorhandenen Maschinen nötig ist.

**Abg. Dr. Böttger (natl.):**  
wünscht ebenfalls, daß die Behörden nicht ausschließlich bei der

Reichsdruckerei unter Uebergabe der Privatbetriebe arbeiten lassen sollen.

**Abg. v. Winterfeldt-Mensin (konf.):**  
schließt sich diesen Anschauungen an und hebt das vorbildliche Arbeiten der Reichsdruckerei hervor, wodurch wesentlich zum Aufschwung des deutschen Buchgewerbes beigetragen worden ist.

**Staatssekretär Kraetke:**  
Von den Aufträgen bei der Reichsdruckerei entfallen auf Private im Jahre 1907 nur 2,2 Prozent, im Jahre 1912 nur 1,8 Prozent. Die Bedenken der Herren sind also unbegründet.

**Abg. Fischer-Berlin (Soz.):**  
Der Erweiterung der Reichsdruckerei stimmen wir vor allem deswegen zu, damit sanitäre Einrichtungen für die Räume, in denen die Arbeiter sich aufhalten, geschaffen werden. Die Zustände sind verärgert, daß der Gemeinheitsinspektor, wenn er inspiziert hätte, schon längst weitgehende Anforderungen hätte stellen müssen. Die Vorredner sprechen gegen die Konkurrenz der Reichsdruckerei mit den Privatbetrieben. Sie verkennen, daß die Reichsdruckerei aus den Bedürfnissen des Reiches hervorgegangen ist und an Umfang durch diese Bedürfnisse ständig gewachsen ist. Wenn sie der Privatindustrie Konkurrenz macht, so bedauern wir das nicht. Die Privatindustrie zahlt ihre Steuern ja nur aus den Ueberschüssen, das halten wir es im Interesse aller Steuerzahler für richtig, daß das Reich die gesamten Ueberschüsse nimmt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens sind vor noch gar nicht langer Zeit hier Anträge angenommen worden, wonach die Behörden der Reichsdruckerei mehr als bisher die eigenen Arbeiten übertragen sollten. Graf Bestarp und Herr Erzberger haben sich dafür ausgesprochen und jetzt hört man plötzlich von allen Seiten des Hauses das Gegenteil. Herr Jrl führt das Interesse des Mittelstandes an; aber hier kommen natürlich nur Großbetriebe in Frage. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß Herr Böttger sich den Ausführungen des Herrn Jrl anschließt, ist begreiflich; er vertritt ja die Kreise der Konsumindustrie, und diese hegen die Befürchtung, daß über kurz oder lang das Reich die Rüstungsindustrie ausschalten

und eigene Betriebe einrichten wird. Aber den Interessen der Privatindustrie müssen die der Allgemeinheit der Steuerzahler vorangestellt werden. — In der Reichsdruckerei sollte endlich mit dem alten Jopf gebrochen werden, daß der Tarifvertrag nicht anerkannt wird. Jeder Unternehmer nimmt ihn als selbstverständlich an, und nur das Reich lehnt ihn ab. Allerdings will die Reichsdruckerei sich nicht der materiellen Erfüllung der Forderungen des Tarifs entziehen, sondern die Ablehnung erfolgt aus dem scharfmasochischen Standpunkt, der sich überhaupt in der Verwaltung durch Herrn Kraetke geltend macht: er will der Herr sein. Das zeigt sich auch in der Beschäftigung sogenannter „vertrauenswürdiger Personen“. Vertrauenswürdigkeit und sogenannte patriotische Gesinnung sind keineswegs identisch, und ich vertrete mich dagegen, daß sozialdemokratische Gesinnung als Kennzeichen des Gegenteils der Vertrauenswürdigkeit gilt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In nationaler Gesinnung lassen wir uns von keiner Partei übertreffen. (Zurufe im Zentrum.) Wie lange ist es denn her, daß Sie (zum Zentrum) als Reichsfeinde bezeichnet wurden, und sich ähnliche Dinge haben lassen lassen müssen. Sie waren damals so wenig Reichsfeinde wie jetzt, nur so regierungsfreundlich waren Sie nicht. Nationalismus und Internationalismus sind keineswegs Gegensätze, sondern ergänzen sich. Freilich ist nationale Gesinnung nicht gleichbedeutend mit Unterwerfung unter die jeweilige Regierung. Auf Ihrer Seite (nach rechts) ist national nur der, der auf dem Boden des Reichsbundes steht. — Die Nichtanerkennung der Tarifverträge seitens der Reichsdruckerei ist nicht nur eine Mißachtung der Arbeiterorganisationen, sondern auch eine Mißachtung des Reichstages. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es zeigt sich darin ein ganz heimlicher und engstirniger Standpunkt; von einer weitsichtigen Verwaltung wäre die Erfüllung dieser Forderung sofort zu erreichen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Kiel (Sp.):**  
Wir stimmen dem Antrag der Reichsregierung auf Erweiterung des Grundstücks der Reichsdruckerei zu und sind auch damit einverstanden, daß sie nicht nach Dahlem verlegt wird, sondern an der jetzigen Stelle bleibt. Im übrigen wünschen wir nicht, daß die Reichsdruckerei der Privatindustrie Konkurrenz macht, sie hat für die Bedürfnisse des Reiches zu sorgen.  
Damit schließt die Debatte.  
Der Etat wird bewilligt.  
Hierauf vertagt sich das Haus.  
Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Kolonialetat.)  
Schluß 6 Uhr.

### Abgeordnetenhaus.

43. Sitzung, Freitag, den 6. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

### Der Handelsetat.

**Abg. Leinert (Soz.):**  
Auf die hier angeschnittenen Fragen der Reichsregierung gehe ich nicht ein, zwischen uns und unserer Reichstagsfraktion besteht volle Uebereinstimmung, was bei den bürgerlichen Parteien nicht unbedingt zutrifft. Dem Antrag Hammer gegen die Uebermacht der Elektrizitätswerte stimmen wir zu, aber glauben Sie nicht, die kapitalistische Entwicklung zurückzudrängen zu können. Viel können da die Kommunen und Kreise tun — freilich dürfen sie nicht, wie in Bunsdorf, die Ueberlandzentralen ausschließlich verpfänden, Bergmannsmotore zu kaufen. Das ist übrigens der Kreis, wo der freikonservative Abg. v. Woyha Landrat ist. (Hört! hört! links.) — Der nationalliberale Abg. Dr. Schröder verlangt vergebens Stillstand der Sozialpolitik; die Macht der Tatsachen ist härter als Ihr reaktionärer Wille. Die Arbeitslosenversicherung kommt, zahlreiche Städte und süddeutsche Regierungen sind vorangegangen. Die freien Gewerkschaften haben 23 Millionen für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. (Zuruf rechts: Für Streik!) Das ist Ihr sozialpolitisches Wissen!

Der Erlaß des Ministers, Sonderkrankenkassen für Dienstboten zu errichten, verstoßt gegen die Reichsversicherungsordnung. Es ist bezeichnend, daß die vom schwarzblouen Bloß gemachte Reichsversicherungsordnung selbst dem „liberalen“ Handelsminister noch zu gut ist! Die durchaus unzureichende Gemeinheitsinspektion ist noch verächtelt worden durch einen Ministerialerlaß, der bespricht, kostspieligere Arbeiterkassenmaßnahmen nicht anzuordnen. Die Konservativen billigen diese Rüge, von der sie bei der unumstößlichen Handhabung der Gesinnsordnung nichts wissen wollen!

Wann werden endlich Ärzte der Gemeinheitsinspektion beigegeben? Unter den Augenansprechern in Johannistal hat sich eine eigenartige, gelblichgrüne Krankheit gezeigt, die nur bei den Tragflächenanreißern auftritt. Die Untersuchung der Streikmasse durch das städtische Untersuchungsamt Berlin hat ergeben, daß ihre Dämpfe giftig sind, so daß ein Schutz gegen Einatmung erforderlich sei. Die Direktion hat das aber nicht veranlaßt.

Herr Hammer klagte gestern über die Schwierigkeit der Durchführung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Sehr wahr! Das haben wir gesehen, als die segensreiche, gegen die Lantienmenigwirtschaft der privaten Volksversicherung

errichtete „Vollfürsorge“ von der Deutschen Volksversicherung A. G. verleumdet wurde, daß sie im Dienst der Sozialpolitik stehe und ihre Gelder in ihren Dienst stelle. All diese Behauptungen sind bewusste Lügen, deren sich auch der Generalkonferenzdirektor

schuldig gemacht hat, trotzdem hat der Landwirtschaftsminister für ihn den Konflikt erhoben.

### Präsident Graf Schwerin:

Wegen des Vorwurfs der Lüge gegen einen Staatsbeamten rufe ich Sie zur Ordnung.

### Abg. Leinert:

Ob Herr Staatsbeamter ist, muß erst der Konfliktprozeß beweisen. Die Lage der „Vollstuforg“ gegen diese zum Zweck des unlauteeren Wettbewerbs verbreiteten wissentlichen Unwahrheiten und Verdächtigungen ist zunächst ohne Gründe abzuweisen. Die „Vollstuforg“, die mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hat, sondern von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründet ist, hat aber den verdienten großen Erfolg, denn die privaten Profitgesellschaften, die den Versicherten keine Selbstverwaltung gewähren, können gar nicht mit ihr konkurrieren. Sie hat bereits 100 000 Policen ausgegeben. Die privaten Gesellschaften aber gehen nur darauf aus, möglichst hohe Dividenden und Lantienem für den Vorstand und Aufsichtsrat aus den Taschen des Volkes herauszuziehen. Die Regierung nimmt für dieses Bestreben und gegen die „Vollstuforg“ Stellung! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sonderbar ist die Behauptung des Ministers, daß die Arbeitgeberverbände immer friedlicher werden. Dabei gehörte er in seiner früheren Stellung in der Industrie diesen Verbänden an und kennt ihre Innungen schließlich sich immer mehr den Interessen der Arbeitnehmer an; obgleich sie doch die Interessen aller Innungsangehörigen zu vertreten hätten, ordnen sie unter Strafankündigung Kusperrungen an. In Breslau wurde zwar eine solche Drohung behördlich aufgehoben — aber nur, weil sie nicht die nötige Zahl Unterschriften trug! Strafantrag wegen § 153 der Reichsgewerbeordnung wurde von Staatsanwaltschaft und Oberlandesgericht zurückgewiesen, weil die Drohung rechtsirrtümlich und in gutem Glauben erfolgt sei. Jetzt aber, nach diesem Urteil, wird man den guten Glauben nicht mehr zubilligen können.

In Magdeburg hat die Väterinnung bis zu 1000 Mark Strafe für Ankerlegung der Arbeiterforderungen in bezug auf den Arbeitsnachweis angedroht. Der Minister hat das hier gebilligt, und nun glauben die Innungen, sich das überall und gegenüber allen Arbeiterforderungen erlauben zu können.

Entgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes beschließen namentlich Fleischerrinnungen, daß Mitglieder des Fleischergewerkschafts-Zentralverbandes nicht beschäftigt werden dürfen. Was sagt denn der Minister zu diesen direkten Gewaltverletzungen? Er hat bei der Ministerinnung in Hannover einmal eine noch milder gefaßte Beschränkung des Koalitionsrechts mißbilligt. Da muß er es hier doch erst recht tun und den Fleischergewerkschaften ihr Koalitionsrecht sichern! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Redner bringt zahlreiche Fälle von Innungsterrorismus gegen Tarifabschlüsse vor. Der Minister hat das für unzulässig erklärt, was wir anerkennen, aber er ging nicht weit genug, denn er wies die Innungen nicht unbedingt darauf hin, daß sie nur ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen haben. In Hannover hat der Erlaß übrigens das Gegenteil erreicht von dem, was er sollte. Die Väterinnung unterlagte den Meistern bei Strafe, Verträge mit dem Verbands der Väter und Konditionen abzuschließen. Obgleich der Minister es unterlagte hat, nur den Innungsnachweis zuzulassen, hat die Innung die Väter ehrenwörtlich verpflichtet, den Arbeitsnachweisforderungen der Gewerkschaft zu widerstehen. In terroristischer Weise zwang die Innung die Meister, gegen eine Veröffentlichung der Meister, die bewilligt hatten, im „Volkswillen“ zu klagen — auf Innungskosten! In der Entscheidung werden die Sozialdemokraten als minderwertige und mit allen Mitteln zu bekämpfende Menschen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) hingestellt. Was dieses Urteil über unsere Verantwortlichkeit sagt, ist uns gleichgültig, darüber bestimmen wir selbst, aber dadurch, daß es gegen uns den Terrorismus geradezu empfiehlt, erweist es sich als

wahres Dokument der Klassenjustiz.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich frage, ob die Innung solche Prozesse und ihre Kosten den Innungsmitgliedern aufzwingen dürfen?

An all diesen widerwärtigen Erscheinungen ist der Erlaß schuld, der die Innungen berechtigt, Unternehmerverbänden anzugehören und auch die widerstrebenden Mitglieder durch Einrichtung der Zwangsinnung und durch Terror hineinzuzwingen. Im Reichstag haben die Nationalliberalen zwar gegen den konservativen Arbeitswilligenantrag gestimmt, aber hier sind sie gerade dafür, um der Reichstagsfraktion den Weg im Interesse der Großindustrie zu zeigen.

Nabezu fünf Millionen Arbeiter unterleben heute den Unternehmerverbänden und werden, wenn es der Vorstand beschließt, ausgeperrt. Ihre Organisation ist viel stärker als die der Arbeiter, und da fordern sie Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter! Mit dem elendesten Terrorismus arbeiten die Unternehmerverbände gegen die Arbeiterorganisation, aber auch gegen außenstehende Unternehmer. Hat der Verband der Waugeschäfte Berlin nicht mit dem Zementyndikat eine kolossale Produktionsbeschränkung eingeführt an Zement erzwingen, werden nicht die außenstehenden Unternehmer mit Materialperre oder Preisauflagen bedrückt? Weil das Zementyndikat darauf nicht eingehen wollte, schreibt jetzt der Verband der Waugeschäfte — über Terrorismus des Zementyndikats.

Run ist allerdings der seltene Fall eingetreten, daß in Liffi ein Unternehmer verurteilt wurde, weil er einen der Organisation nicht beigetretenen Unternehmer so mißhandelt hatte, daß er den Arzt konsultieren mußte. Urteil: zehn Mark Geldstrafe. Wenn das ein Arbeiter getan hätte, wären zehn Monate für solchen „Terror“ Ihnen nur als gerecht erschienen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nach den Wahlen von 1913 ergingen in den Kreisen, wo Konservative durchgefallen waren, zahlreiche terroristische Vorkommnisse, aufforderungen gegen alle die Geschäftsleute, die nicht konservativ gewählt haben. Bei der Aufzählung solcher Terrorismustaten wird der Redner vom Präsidenten gemahnt, zur Sache zu sprechen. Er fährt fort: So lange Sie am öffentlichen und Dreiklassenwahlrecht festhalten, das alle keine Existenz terrorisiert und terrorisieren soll, ist all Ihr Geschrei über Mittelstandnot Sand in die Augen. Wir wünschen, daß mit diesem Wahlsrecht auch der Terrorismus verschwinde. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein fortschrittlicher Antrag fordert Maßnahmen gegen die Bestrebungen zur Bildung eines Privatmonopols auf dem Gebiete der Erzeugung und Lieferung von elektrischer Kraft, ferner Förderung der elektrischen Kleinindustrie und der Installateure in ihrem Erwerbe und Lieferung elektrischer Kraft an Handwerks- und Kleinbetriebe zu Bedingungen, die ihnen die Konkurrenz mit den Großbetrieben ermöglichen.

### Ein Regierungskommissar:

Der Minister hat in seinem von dem Abg. Leinert besprochenen Erlaß den Innungen gestattet, Arbeitgeberverbänden anzugehören, und er hat diesen Erlaß im vorigen Jahre dahin ergänzt, daß die Innungen nicht Zwangsmaßnahmen gegen ihre Mitglieder ergreifen sollen, um sie zu Handlungen zu verpflichten, die mit den Innungspflichten in Widerspruch stehen. Wenn eine Innung beschließt, ihre Mitglieder sollen nur den Innungsnachweis benutzen, dann ist das die Pflicht jedes Mitgliedes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister hält es für einen

### Verstoß gegen den Gemeingeist,

wenn Innungsmitglieder besondere Vereinbarungen mit Arbeiterorganisationen schließen. Daher hält der Minister ein Vorgehen gegen eine solche Veröffentlichung für notwendig. (Beifall rechts.) Auf die vom Abg. Leinert angeführten Einzelfälle kann der Minister nicht eingehen; er verweist die Betroffenen auf den Innungsnachweis.

### Abg. Conrad (H.):

Die Wanderlager stellen eine lästige Bedrückung des heimischen Gewerbes dar. Die Nahrungsmittelkontrolle muß mehr im Sinne und Interesse des Gewerbes durchgeführt werden. Nicht scharf genug kann der heimliche Warenhandel durch Beamte bekämpft werden. Wir erkennen die dahingehenden Maßnahmen der Regierung dankbar an. Das Vertrauen der Bevölkerung zu den Beamten wird durch diesen heimlichen Warenhandel erschüttert, und die Sozialdemokratie findet hier einen ihr willkommenen Angriffspunkt für ihre Hege gegen die Beamenschaft. Wir fordern deshalb ein gottes Verbot des heimlichen Warenhandels der Beamten. — Sehr oft machen die städtischen Betriebe dem Handwerker in unzulässiger Weise Konkurrenz.

Der Abg. Leinert wies darauf hin, daß die „Vollstuforg“ nicht von der Sozialdemokratie, sondern von den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften gegründet worden ist. Ich behaupte aber, daß die Konsumgenossenschaften sozialdemokratisch sind und werde das zu beweisen suchen. (Lebhafte Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Indem der Staat die Konsumgenossenschaften subventioniert, subventioniert er die Sozialdemokratie. (Sehr richtig! rechts.) Dabei stellen die Konsumgenossenschaften, deren Geschäfte einen immer größeren Umfang annehmen, eine sehr schwere Schädigung des Mittelstandes und des kleinen Gewerbes dar. Das Ziel ist klar: Sie (nach links) wollen demokratisieren und zum Schluß revolutionisieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Kartell der schaffenden Stände haben sich alle industriellen und gewerblichen Kreise der Bevölkerung zusammengeschlossen. (Lachen links.) Wir bekämpfen die Arbeitslosenversicherung mit aller Entschiedenheit. Leider hat es an dieser Entschiedenheit der Staatssekretär Dr. Delbrück fehlen lassen, als er im Reichstag die Arbeitslosenversicherung als vorläufig noch nicht spruchreif erklärte. Die Sozialdemokratie kann ja die Arbeitslosenversicherung in derselben Weise vornehmen, wie sie die „Vollstuforg“ eingerichtet hat, als eine private Versicherung. — Der Redner verliest im weiteren den berichtigten Paragraphen des bürgerlichen Strafgesetzbuchs, durch den das Streikpostenstreben verboten wird. Das ist in der freien Schweiz! Welch ein Geschrei würde die Sozialdemokratie bei uns erheben, wenn wir ein derartiges Verbot in unser Strafgesetzbuch einführen. Zahlreiche Beispiele kann ich anführen für den unerhörten Terrorismus der Sozialdemokratie. (Lebhafte Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Zustimmung rechts.) Wir brauchen dringend ein Arbeitswilligenchutzgesetz und der gesamte gewerbliche Mittelstand wird der Regierung dafür Dank wissen. (Lebhafte Beifall rechts.) Unter dem Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften haben die Unternehmer und gleichzeitig die Arbeitswilligen zu leiden. Dagegen muß die Regierung mit aller Entschiedenheit vorgehen und sie wird im Volke dabei einen starken Rückhalt haben.

### Abg. Cohaus (B.):

Unser Wirtschaftsleben befindet sich auf einer absteigenden Linie. Wir brauchen eine großzügige Verkehrs- und Tarifpolitik.

### Abg. Dr. Deumer (natl.):

Es fehlt uns an einem leistungsfähigen ausländischen Nachrichtenendienst, so daß wir den Verleumdungen der Ringpresse des Auslandes ausgeliefert sind. Um dem abzuhelfen, müssen wir den Fonds des Nachrichtenendienstes im Reichsstat erhöhen. Wenn der Abg. Leinert meinte, daß nur ein Sozialdemokrat das Gland der Armen bekämpfen könnte, so erwidern wir ihm, daß das Christentum zehnmal mehr in dieser Hinsicht getan habe. (Stürmische Zustimmung rechts.) Auf die Verurteilung des Abg. Leinert hin, ich hätte dreimal so viel Gehalt wie ein Staatssekretär, wurde mir ein Protest über das Jahrbuch der Willkür zugestellt. (Große Heiterkeit.) Sollte man den sozialdemokratischen Blättern glauben, so könnte man meinen, daß die Arbeiter der Großindustrie lauter schwache Kerle wären. Die Sozialdemokratie sollte sich hüten, mit solchen Bemerkungen in meinen Wahlkreis zu gehen, sonst könnten sie Schaden an einem Körperstück nehmen, der zum Eigen bestimmt ist. (Heiterkeit.) Diese Arbeiter haben Freude an ihrer Arbeit und sind stolz darauf. (Jura bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen eine Statistik haben, um die falschen Behauptungen von den Millionenstunden Ueberarbeit verschwinden zu lassen. Die Forderung der Gewerkschaft nach dem Achtstundentag ist in der Großindustrie schlechweg undurchführbar. Arbeit und Sparlichkeit sind die Grundlagen unseres Staates. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

### Abg. Dr. v. Bohra (H.):

Bürden wir uns mit allen Angriffen der Sozialdemokraten beschäftigen, so würden sie eine Bedeutung gewinnen, die sie nicht verdienen. Das neue Wasserriegel muß die Verunreinigung unserer Flüsse durch industrielle Anlagen beseitigen. Die Warenhaussteuer sollte man nach dem Quadratinhalt des Verkaufsräumtes berechnen. Wir bitten um Förderung der Winterschulen für die ländlichen Handwerker.

### Abg. Ehlers (Op.):

Spricht über die Wirtschaftslage, bemerkt, daß man sehr froh sein könne, wenn die Krise bis zum Ende des Jahres überwunden sei. Daß die Depression nicht durch Ueberproduktion noch verschleiert wurde, ist nur dem gewaltigen Export zu verdanken, der 1913 um eine Milliarde Mark gestiegen ist und der durch höhere Zölle uns ersichert würde, da sich die anderen Völker dann unserem Export verschließen würden. Die Velichtheit und hohe Wertung des deutschen Exports im Ausland sichert uns auch alle Konzeptionen. Im übrigen begründet der Redner den fortschrittlichen Antrag, der sich gegen Privatmonopole wendet und Schutz der Installateure und der kleinen Elektricitätsindustrie in ihrem Erwerb fordert.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

### Abg. Leinert (Soz.):

erklärt persönlich, daß seine Partei nun, wo außer dem Antrag Hammer der volksparteiliche Antrag vorliegt, in erster Linie für diesen stimmen werde. (Rufe rechts: Natürlich! — Heiterkeit links.)

Es folgen persönliche Bemerkungen über den Streit zwischen den Abgeordneten Conrad und Wenke.

Die Abstimmung über den volksparteilichen Antrag wird durch Hammelpfung vorgenommen und ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses, was mit Heiterkeit aufgenommen wird.

Morgen Sonnabend 11 Uhr: Einzelberatung des Handelsstat. Schluß gegen 5 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Die „Lösung“ der Duellfrage.

Im April 1913 behandelte die Budgetkommission des Reichstages anlässlich der Jahre Kommissar und Graf Königsmark und der Erläuterung des Kriegsministers die Duellfrage. Die Budgetkommission beantragte, „zur Lösung der Duellfrage eine besondere Kommission einzusetzen und ihr die in der Kommission für den Reichshaushaltstatet betreffend dieser Frage gestellten Anträge als Material zu überweisen“. Gemäß diesem Antrage beschloß am 19. April das Plenum, die in der Budgetkommission gestellten Anträge „zur Lösung der Duellfrage“ einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Duellkommission sahen ihre Aufgabe im Sinne des Reichstagsbeschlusses auf, die Duellfrage einer wirklichen Lösung entgegenzuführen. Sie stellten Anträge, die das Duell im Sinne der für Körperverletzung und Todschlag geltenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs treffen sollten. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien beschränkten sich auf Anträge,

die nur die besonders schweren und das Volkempfinden aufregenden Fälle zu treffen geeignete waren. Wenn der Herausfordernde oder Annehmende das Duell „freventlich verschuldet“ hatte, sollte anstelle der Festungshaft Gefängnisstrafe treten und konnte auf Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. In diesem Sinne war besonders der Nationalliberaler van Caller tätig. Das Zentrum ging anfangs etwas weiter. Zuerst war es bei freventlichem Verschulden für die obligatorische Gefängnisstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, dann verlangte es das Obligatorium nur, wenn das freventliche Verschulden eine ehrlöse Handlungsweise darstellte und schließlich gab es auch das noch preis und fand sich mit den Nationalliberalen zu dem Antrag zusammen, daß bei freventlichem Verschulden an Stelle der Festungshaft Gefängnisstrafe tritt und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann.

Die Konservativen und ebenso die Freisinnigen enthielten sich der Stellung von Anträgen: Herr van Caller bewährte sich so sehr als Mann der Mitte, daß Konservative und Freisinnige — es war „zum Heulen“! — sich getrost seiner Führung anvertrauen konnten. Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt und schließlich fand am Freitag der Antrag Gröber-van Caller einstimmige Annahme. Die Sozialdemokraten verhehlten ihre Meinung nicht, daß das Ergebnis, mit dem die Duellkommission vor das Plenum tritt, den Duellunfug in seinem Wesen und seinem Umfang nicht wenig zu treffen vermag. Der erzielte Fortschritt ist bis zum Verschwinden geringfügig, immerhin ist es möglich, durch eine gesetzliche Bestimmung im Sinne des von der Duellkommission einstimmig angenommenen Antrag einige besonders schwere Fälle des Duellunfuges schwerer als bisher zu treffen. Wenn es eine Frage „lösen“ heißt, daß man einem Mißstande, den es zu beseitigen gilt, ein Schönheitspfasterchen auflebt, dann ist durch die Arbeit der Duellkommission die Duellfrage „gelöst“. Wer aber von der Lösung einer Frage etwas mehr erwartet, für den steht der Duellunfug in seiner alten Widersinnigkeit und Schändlichkeit unerleuchtet da. Die bürgerlichen Kommissionsmitglieder haben wiederholt auf die bevorstehende Revision des Strafgesetzbuchs hingewiesen, wo die allgemeine und gründliche Regelung der Duellfrage zu erledigen sei. Aber was man von den Beschläßen der Strafrechtskommission über die strafrechtliche Behandlung des Zweikampfes weiß, läßt erkennen, daß man in den maßgebenden Kreisen noch lange nicht daran denkt, dem Duellunfug ernstlich zu Leibe zu tüdeln und mit diesem Stück ausgesprochener Klassenjustiz aufzuräumen. Gute Vorarbeit dazu kann geleistet werden, wenn der Reichstag sich demnächst mit dem Antrag der Duellkommission beschäftigt und aus den Reihen der Sozialdemokratie der Stimme der Menschlichkeit und Gerechtigkeit Geltung auch in dieser Frage verschafft wird.

Die Duellkommission des Reichstages hat ihren ohnehin schon schwächlichen Beschluß vom Donnerstag in ihrer Sitzung am Freitag noch erheblich verwaschert. Während zunächst beschloßen war, den im ersten Abzug einstimmig, im zweiten Abzug mit 8 gegen 5 Stimmen angenommenen Antrag Gröber nur noch zu redigieren, kamen am Freitag die Abgg. Gröber und van Caller mit einem neuen Antrag, der sich im wesentlichen auf den ersten Abzug des angenommenen Antrages Gröber beschränkt und folgenden Wortlaut hat:

„Hat der Herausfordernde oder der Annehmende die Herausforderung oder hat in den Fällen der §§ 205—208 der Täter den Zweikampf freventlich verschuldet, so tritt an Stelle der Festungshaft Gefängnisstrafe von gleicher Dauer. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Dieser Antrag gibt die obligatorische Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, wenn das freventliche Verschulden eine ehrlöse Handlungsweise darstellt, preis. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärten ihr Einverständnis mit dem Antrag Gröber-van Caller, der der einstimmigen Annahme und daher der Zustimmung der Regierung gewiß sei. Der Redner der Sozialdemokratie bedauerte diesen Rückschritt und beantragte die Einzigung der Abzüge 2 und 3 des am Donnerstag abgelehnten sozialdemokratischen Antrages zu dem nationalliberal-zentrierten Antrag. Das wurde abgelehnt und der Antrag Gröber-van Caller in der oben mitgeteilten Fassung angenommen.

### Der Presseklub im Spionagegesetz.

Die Kommission des Reichstages für den Gesetzentwurf über den Verrat militärischer Geheimnisse setzte am Freitag die Beratung über den § 9 fort, der seit der Veröffentlichung des Entwurfs den bestigsten Widerspruch gefunden hat. § 9 will denjenigen, der „jahrlänglich ein militärisches Geheimnis, das ihm kraft seines Amtes, seines Berufes oder Gewerbes oder eines von amtlicher Seite erteilten Auftrages zugänglich war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet“, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestrafen. Die Debatte in der Kommission befaßte sich zunächst hauptsächlich mit den ersten Sätzen des § 9, der eine schwere Gefährdung für die Presse bedeutet, insbesondere auch für „patriotische Blätter“, die vielfach Nachrichten über Fortschritte der militärischen Technik veröffentlichen. Die Debatte wurde schließlich vertagt.

Die Ablehnung des § 9, Satz 1, ist sicher. Vom Zentrum liegt dazu folgender Antrag vor: „Wer jahrlänglich ein militärisches Geheimnis, das ihm kraft seines Amtes oder eines von amtlicher Seite erteilten Auftrages zugänglich war, an einen anderen gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft.“

### Einschränkung des Hauserhandels.

Die Gewerbekommission des Reichstages befaßte sich am Freitag mit einem konservativen Antrag, der den Vertrieb von Kunstbutter im Wandergewerbe zu verbieten verlangt. Die Tendenz des Antrages läuft darauf hinaus, dem Handel mit Margarine Schwierigkeiten zu bereiten. Dieser Antrag wurde von Sozialdemokraten, Polen und den liberalen Abgeordneten Weinhausen und Hopp lebhaft bekämpft. Mit 13 gegen 12 Stimmen wurde schließlich beschloßen, den Verkauf von Margarine durch den Handel im Inland zu verbieten. Dagegen wurde mit 16 gegen 10 Stimmen ein gleiches Verbot für den Handel mit Kunstbutter abgelehnt. Mit diesen Änderungen wurde dann Artikel 1 der Regierungsvorlage angenommen.

### Momentbilder aus Südwestafrika.

Die Weiterberatung des Etats für Südwestafrika in der Budgetkommission des Reichstages brachte am Freitag eine Reihe kleiner, aber interessanter und für die Kolonialwirtschaft charakteristischer Debatten.

Während der Staatssekretär erklärt hatte, daß eingekerkerte Gefangene nur zu öffentlichen Arbeiten herangezogen werden, wurde ihm von sozialdemokratischer Seite nachgewiesen, daß man sie den Farmern zu Pflanzungsarbeiten zur Verfügung stellt.

Zur Unterstützung deutscher Schulen sind 220 000 M. verlangt: an Weize, ob bedürftig oder nicht, werden pro Kind rund 500 M. Erziehungsdarlehen gewährt. Die Regierung restfertiigte die Unterstützung mit der Einführung des Schulzwanges und der Einrichtung von Mädchenpensionaten in der Kolonie. Von Mitgliedern der Kommission wurde diese Schulpolitik lebhaft getadelt, der Ausbau der Regierungsschulen und eine reichere Unterstützung der Missionsschulen gewünscht und eine Denkschrift über die Schul-



# Zum Frauentag.

## Aus der Geschichte der proletarischen Frauenbewegung.

Unscheinbarer und weniger aussichtsreich konnte kaum etwas in der Welt sein, als die Anfänge der heute so mächtig aufstrebenden proletarischen Frauenbewegung. Ihre Wiege stand nicht, wie vielfach angenommen wird, in der Reichshauptstadt, sondern im Zentrum des sächsischen Weberlandes, in den unteren Teilen des Erzgebirges, deren Hauptort Grimmitzschau ist. Dort hatte die fürmlich über den alten handwerksmäßigen Betrieb hinwegschreitende wirtschaftliche Entwicklung in den sechziger Jahren rasch ein Fabrikproletariat geschaffen, dessen Männer, Weiber und Kinder in unmenslicher Fron, immer hart an der Grenze des Verhungerns, dem Textilindustriekapital ungeheure Reichtümer erarbeiteten. Hier war der Boden, in dem die Ideen der alten Sozialisten Internationalen Wurzel fassen konnten. Von den Arbeiterorganisationen, die es sich angelegen sein ließen, auch unter den Frauen das Evangelium des Sozialismus zu verbreiten, war die bedeutendste wohl die Gewerkschaft der Manufaktur-, Sand- und Fabrikarbeiter in Grimmitzschau. Ihre großen Verdienste um die zielklare Schulung der ersten Genossinnen des Sozialismus hat Clara Zetkin im Neuen Weltkalendar von 1906 eingehend gewürdigt.

Die Proletarierin, die in der Hölle des Kapitalismus als die wirtschaftlich Schwächere und härter Belastete noch größere Bein litt als der Arbeiter, bedurfte — das erkannte man in dieser tapferen Organisation schon sehr früh — ganz besonders des Schutzes und Rückhalts, den der Zusammenschluß mit ihren Klassen-genossen bot. Aber auch die Organisation konnte die Frau als Mitkämpferin nicht entbehren; sie war ihr ein willkommenes Recht-zugewand. Tüchtige Rednerinnen gingen aus dieser kleinen Kern-truppe sozialistischer Frauen hervor, deren Eifer, Ausdauer und Pflichttreue von den damals mit ihnen zusammenwirkenden Genossen nicht genug gelobt werden konnten. Unsere Vorkämpferin Woteler und Bebel haben — auch nach dem Zusammenbruch des Gewerkschaftsvereins — den ersten Rednerinnen der proletarischen Frauenbewegung in Sachen jede erdenkliche Förderung zuteil werden lassen. In seinen Lebenserinnerungen berichtet Bebel, daß er unter seinen Zuhörern stets eine nicht unerhebliche Zahl von Frauen hatte, die nachher eifrige Agitatorinnen für den Sozialismus wurden.

In Berlin wurde im Jahre 1869 der erste Versuch gemacht, proletarische Frauen zum Zusammenschluß zu veranlassen. Der „Verein zur Fortbildung und geistigen Anregung der Proletarier-frauen“ berief am 18. 7. 1871 die politische Auflösung „wegen Beschäftigung mit Politik“. Neue Vereinsgründungen trafen dieselbe Schicksal. Die Frauen besaßen ja keine politischen Rechte, und das alte Vereins- und Versammlungsrecht, später auch das Sozialistengesetz, haben der Polizei und den Gerichten Handhaben genug zur Unterdrückung aller Organisationen, mochten sie sich nun Bildungsvereine oder gewerbliche Frauenvereine nennen. Jahrelang war schließlich die „Offenbacher Zentral-Ordnung“ und Be-gründerin die einzige Verbindung der proletarischen Frauen miteinander. Ihre Gründerin, die Genossin Willema-Schad, gab auch das erste sozialdemokratische Frauenblatt heraus, „Die Staats-bürgerin“, das aber nach kurzer Zeit dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel.

Bald entstanden überall im Reich, wo die wirtschaftliche Ent-wicklung durch Einbeziehung der Frau in den Produktionspro-zess den Boden vorbereitet hatte, Frauenvereine, die allen Mühen und Tücken des Sozialistengesetzes zum Trotz das Klassenbewußtsein der Arbeiterinnen wecken und pflegten. Mit bewunderungs-würdiger Umsicht verstanden die Genossinnen es schließlich, jede Lücke zwischen den Fingern und Selbstschüssen des alten ein-zelnschichtigen Vereinsgesetzes zu erspähen, um ein wenig Raum für ihre politische Betätigung zu gewinnen. Anfang 1891 erschien in Hamburg die sozialdemokratische Wochenzeitschrift „Die Arbeiterin“, ein Jahr darauf stellte sie ihre Erscheinen ein und die in Stuttgart herausgegebene „Gleichheit“ übernahm unter Clara Zetkins Redaktion die theoretische Unterweisung und praktische Anregung der noch immer an Zahl sehr schwachen Schaar von Klassenbewußten Kämpferinnen. Nicht das kleinste Verdienst der „Gleichheit“ be-steht darin, daß sie von Anfang an niemals müde wurde, die Vorurteile zu zerstreuen, die innerhalb der männlichen Partei-genossenschaft vielfach noch gegen die politische Betätigung der Frauen bestanden, und ihnen die Gewinnung der Frauen zu ge-meinsamer politischer Arbeit zur Pflicht zu machen. Wollten jene die Fesseln des Klassenstaates sprengen, so durfte die unaufgeklärte Frau nicht als hemmendes Übergewicht an ihren Nachbarn hängen oder den Massenbewegungen in den Rücken fallen. Diese Mahnung, sowie die aufopfernde, mit jäher Ausdauer geleistete Kleinarbeit der Frauen, bewirkte bei den Genossen denn auch allmählich einen vollen Umsturz von anfänglicher Duldung und wachsendem Wohlwollen zu allgemeiner warmer Anerkennung und kraftvoller Förderung der proletarischen Frauenbewegung.

Nach dem Falle des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 war die sozialdemokratische Partei eifrig bestrebt, auf ihren Kongressen den grundsätzlichen Charakter, die Ziele wie die Taktik der langsam erhaltenden Arbeiterinnenbewegung zu erörtern und festzulegen und ihr innerhalb der Parteiorganisation Raum zur Betätigung zu verschaffen. Im Ersten Programm von 1891 wurde die volle Gleichberechtigung der Frau zum ersten und bisher einzigen Male in einer politischen Partei ausdrücklich proklamiert, und diesem Programmpunkt gemäß ist die Vertretung der Sozialdemokratie in den gesetzgebenden Körperschaften für die Rechte der Frauen stets auf das wirksamste eingetreten. In öffentlichen Versammlungen wurden weibliche Vertrauenspersonen gewählt, die die Agitations- und Organisationsarbeit unter den Frauen zu betreiben hatten. Seit dem Parteitag zu Mainz 1900 fanden alle zwei Jahre Frauen-konferenzen statt, deren Anregungen zu planmäßiger und einheitlicher Gestaltung der parteipolitischen Arbeit reiche Früchte trugen. Ein Frauenbureau mußte schließlich als Zentralstelle gegründet und eine besoldete Beamtin zur Leitung der immer mehr wachsenden Aufklärungs- und Organisationsarbeit gewählt werden. Der Arbeiterinnenrat, die Wirtschaftskrise, der Brot- und Goldwucher boten Anknüpfungspunkte für die Gewinnung und Schulung der Proletarierinnen. Auch die nichterwerbstätige Proletarierin galt es im Geiste des Sozialismus aufzuklären, sie als Bürgerin, Haus-frau und Mutter zu packen, nicht zuletzt damit der Nachwuchs, auf dem unsere Zukunftshoffnung beruht, nicht durch verfehlte Er-ziehung der Sozialdemokratie verloren gehe. So wuchs die Frauen-bewegung mit ihren größeren Zweigen. Auf den nationalen und internationalen Parteitagen der Sozialdemokratie nahm die Zahl der Delegierten ständig zu. Es wurden auch mit den Genossinnen anderer Länder Verbindungen angeknüpft, die auf der internationalen Frauenkonferenz in Stuttgart 1907 zur Festlegung einer einheitlichen Marschroute in Sachen des Frauenwahlrechts führten. Auf Antrag der Genossinnen sprach sich der internationale Sozialistenkongress damals einmütig für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen aus und verpflichtete die Genossinnen aller Länder zum energischen Kampfe für das Frauenwahlrecht.

Als 1906 das neue Reichsgesetz den Frauen in ganz Deutschland die gemeinsame Organisation mit den Männern er-

möglichte, wurden trotzdem aus praktischen Rücksichten einige Ein-richtungen beibehalten, die, wie die Frauenleseabende, die Frauen-konferenzen u. a., sich bei der Schulung von Agitatorinnen bewährt hatten. Weibliche Vertrauenspersonen konnten jetzt Vorstandsmit-glieder in den Parteiorganisationen werden. In den Vorstand der Gesamtpartei wurde eine Genossin als Parteisekretärin auf-genommen.

Inzwischen hatte die wirtschaftliche Entwicklung, die zu einer tiefenhaften Ausdehnung der Frauenverwerbsarbeit führte, inner-fällig gezeigt, daß diese längst nicht mehr ein Durchgangsstadium zur Ehe war, sondern mit steigender Häufigkeit Lebensberuf wurde wie beim Manne. Damit wuchs die Bedeutung der Organisation für die Proletarierinnen und ihr Interesse an der Erreichung des vollen Bürgerrechts. Die auf der internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910 geschaffene Einrichtung des Frauentags, der in jedem Jahre einmal die sozialistischen Frauen aller Länder zu gemeinsamer Demonstration für das Frauenwahlrecht vereinigt, hat bei den deutschen Proletarierinnen begeisterte Aufnahme ge-funden.

Immer mehr geht in den letzten Jahren die Frauenbewegung in den Aktionen der Gesamtpartei auf. Wahlkämpfe wie große politische Kundgebungen sehen Männer und Frauen Schulter an Schulter. Da gibt es keine Eigenbrödel, da ist ein Wille, ein Weg und ein Ziel. Die einst ein schwaches blutarmes Ge-schöpf gewesen, die proletarische Frauenbewegung steht heute als ein blühendes, kraftstrotzendes Weib da. In den fünf Jahren von 1908 bis 1913 ist die Zahl der weiblichen Parteimitglieder von 40 421 auf 130 371 gestiegen. Die „Gleichheit“, die lange Jahre hindurch einen schweren Stand hatte, mußte heute an die 120 000 Abonnentinnen. Ein solches Ergebnis, wenn man weiß, welche große Hemmnisse sich der Einarbeitung der Proletarierinnen in den Klassenkampf entgegenstellten bis auf den heutigen Tag!

Tapfer hat die proletarische Frauenbewegung während ihres Aufstiegs stets den Streikgefängnissen der bürgerlichen Frauen-bewegung von der einen großen Schwärmerei widerstanden, auch dann, als einige Berührungspunkte mit dem linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung vorhanden waren, der klein an Zahl und von den rechtsstehenden Frauenrechtlerinnen ständig an die Wand gedrückt, sich durch den Zugang proletarischer Frauenkolonnen gern verhärtet hätte. Vor solcher Bundesgenossenschaft bewahrte die Proletarierinnen ihre Einsicht in die unüberbrückbaren Klassen-gegenstände zwischen bürgerlichen und proletarischen Frauen.

Von den ersten Pionierinnen der proletarischen Frauenbewe-gung deckt wohl die meisten längst der kalte Regen, aber die Saat, die sie unter Befreiungsschreien in die Erde gestreut, ist unter dem Schutze des roten Banners herrlich aufgegangen. Auch hier können wir mit Stutzen ausruhen: Die Weiber sind erwacht, und es ist eine Lust zu leben!

## Jugend und Frauentag.

Eine große Zahl von Müttern wird sich am Sonntag auf den Weg machen nach dem Festsaal, in welchem die Versammlung für die Erobierung des Frauenwahlrechts stattfindet. Reichlicher noch als sonst werden sie ihre Hände regen, um rechtzeitig mit aller Arbeit fertig zu werden.

Aus manchem Kinder- und Mädchenmund wird die halb un-geduldige, halb neugierige Frage an die Mutter gerichtet werden: „Was ist denn heute, daß du so eilst, dich so feim machst, sag doch, Mutter!“ Gar manche Mutter wird darauf antworten: „Frauentag ist heute; aber das versteht ihr noch nicht. Das ist nichts für euch, da kann ich euch nicht mitnehmen.“

Mütter, nie werdet ihr eine schönere Gelegenheit haben, euren fragenden größeren Kindern zu erklären, welche Bedeutung der Frauentag hat! Sagt euren Töchtern, daß dies der Tag ist, an dem die Proletarierinnen der ganzen Kulturwelt ihre politische Mündig-keitsklärung fordern. Und den Mädchen und Jünglingen, die euch durchaus begleiten wollen und noch nicht 18 Jahre alt sind, denen sagt: „Obwohl ihr von früher Jugend an habt mitarbeiten müssen, ja vielfach um erbärmlichen Lohn euren Morgenschlaf opfern müht, um mit frühstück oder Zeitung treppauf treppab zu rennen, habt ihr doch keine sorgenfreie Kindheit gekannt. Eure Eltern laßt ihr sich plagen von früh bis spät. Eure Schulzeit war noch eure beste Zeit; sie gab euch Ferien und manche frohe Spiel-stunde mit Kameradinnen und Freundinnen. Seit ihr die Schule verlassen, müht ihr euch euer Brot zu verdienen suden und soviel wie möglich zur Erhaltung der Familie beizutragen. Ihr werdet von dem Staate, in dem ihr lebt, für flug genug gehalten, an den gefährlichsten Maschinen zu arbeiten, für hart genug, den ganzen Tag stehend eure Arbeit zu verrichten, für reich genug, euch der Strafbarkeit der geringsten geschlechtlichen Übertretung voll bewußt zu sein, und mit dem 16. Jahre für alt genug, in jedem Betriebe dem erwachsenen Arbeiter gleichgestellt zu werden. Aber dieser selbe Staat hält euch nicht für flug, reif und alt genug, in diesem Alter an einer öffentlichen politischen Versammlung teilzunehmen. Er verbietet euch, Mädchen und Jünglingen, bis zum vollendeten 18. Lebensjahre auch politisch zu betätigen, genau so wie dieser selbe Staat bis zum Jahre 1908 euren Müttern verboten hatte, Mitglieder eines Wahlvereins zu werden oder eine politische Ver-sammlung zu besuchen.“

Auf das „Worum“ eurer Kinder müht ihr Mütter ihnen er-lären, daß die heutige Gesellschaft in zwei Hälften zerfällt: in die Herrschenden und in die Beherrschten. Die Herrschenden haben nur das eine Interesse, sich so lange wie möglich in der Herrschaft zu erhalten. Um das zu können, wollen sie sich aus der Arbeiterjugend eine neue Leibgarde schaffen, die jederzeit bereit sein soll, die Rechte der Ausbeuter zu verteidigen gegen die der Ausgebeuteten. Diese Ausbeuteten aber, das seid ihr selbst, ihr Proletarier-eltern, ihr Proletariemütter! Wollt ihr verhindern, daß eure Kinder zu Feinden der Klasse erzogen werden, der sie entkommen, dann ist es jetzt die Zeit!

Seid euch bewußt, daß hierbei die Kinder jedes einzelnen in Frage kommen, daß die Gesamtheit des proletarischen Nachwuchses systematisch dem Einfluß seiner Eltern zu entziehen versucht wird. 80 000 Gemeindeglieder haben in den drei letzten Jahren die Berliner Gemeindeglieder verlassen, fast lauter Arbeiterkinder. Wird erst die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen in Berlin voll ausgebaut sein, so ist mit rund 30 000 Mädchen im Alter von 14 bis 18 Jahren zu rechnen. Dabei sind alle die Hausdöchter und Haus-angestellten, die zum Besuche der Fortbildungsschule nicht verpflichtet sind, nicht mit eingerechnet.

Wollt ihr Mütter ruhig zusehen, wie euch eure Töchter durch patriotische oder fromme Schulküben und Vereine entfremdet werden?

Habt ihr's nicht am eigenen Leibe tausendmal bitter genug erfahren müssen, wie da nirgends ist „ein Ohr, zu hören eure Klage, ein Herz, sich des Bedrängten zu erbarmen“? Wollt ihr eure Kinder auf demselben Dornenweg, den ihr geschnitten seid, auch wieder die Füße wund reifen lassen, oder wollt ihr eure Kinder beiseiten auf den Weg führen, den ihr erst nach so vielen er-müdenden Irrwegen als den erkanntet, der allein zur Befreiung führt aus all der Mühsal, die euch Mütter im Zeitalter des Kapitalismus auferlegt worden ist.

Eure Töchter werden euch mit Interesse zuhören, wenn ihr von eurem harten Los erzählt, sie, die mit der ganzen Hoffnungsfreudig-keit ihrer Jugend glauben, daß ihnen ein besseres Los beschieden ist. Erzählt ihnen von den tausend Wunden, die der Kapitalismus einem jeden von euch geschlagen hat, von dem heldenmütigen Er-tragen all dieser, die um ihrer Lieberzeugung willen Heimat und Familie verlassen mußten, erzählt ihnen, daß heute im Deutschen Reich fast 4 Millionen verheiratete Frauen und über eine halbe Million Kinder unter 14 Jahren Tag für Tag schwer ar-beiten müssen, und daß die gesamte Arbeiterklasse ganz andere Opfer bringt, als je ein Fürst gebracht, so viel man ihnen auch in der Schule, in Jugendklub und Fortbildungsschulvereinen von deren Heldentaten erzählen mag.

In wenigen Jahren wird es sich zeigen, ob der Samen, den ihr heute in eurer Tochter Herz gesät, aufgegangen ist. Wenn ihr nicht vergessen werdet, den Boden gut zu pflegen, so werden die Früchte nicht ausbleiben, und mit dem vollendeten 18. Lebensjahre werden eure Töchter euch freiwillig zur politischen Versammlung begleiten, als eure Freundinnen, eure Mitstreiterinnen. Sorgen wir in der „Roten Woche“ fleißig dafür, daß, wenn unsere vierzehnjährige Jugend von heute das 18. Lebens-jahr erreicht haben wird, die Enttötung der Jugend und die politische Rechtslosigkeit der Frau der Vergangenheit angehören und die Bahn frei ist für die politische Betätigung der Jugend und der Frau!

## Die proletarische Frauenbewegung in Italien.

Trotz der Vorstöße, die Partei und Gewerkschaften in Italien in den letzten zehn Jahren gemacht haben, kann man noch nicht von einer irgendwie beachtenswerten proletarischen Frauenbewe-gung auf der Halbinsel sprechen. Wohl haben auch die italienischen Arbeiterinnen untergünstige Seiten in dem Buche des proleta-rischen Befreiungskampfes geschrieben: man denke an die Land-arbeiterinnen von Molinella, die in monatelangen Ausständen den Grundbesitzern Trotz geboten haben und sich weder durch den Hun-ger noch durch den Polizeiterror beugen ließen, man denke an die zahlreichen Streiks der Reisarbeiterinnen, die dieser Kate-gorie ein besonderes Schutzes errungen haben. Trotzdem fehlt es an einer einheitlichen, das ganze Land umfassenden Bewegung; ja, es fehlt sogar an einem Organisationsgebilde, das die zer-streuten Ansätze einer proletarischen Frauenbewegung in Ver-bindung erhält, und zu gemeinsamer Aktion schult und erzieht.

Nicht, daß es der proletarischen Frauenbewegung in Italien an tapferen und aufopfernden Führerinnen gefehlt hätte. Seit Jahrzehnten hat die Genossin Anna Kulischoff kein Mittel unversucht gelassen, um die Arbeiterinnen um die Fahne unserer Partei zu faren. Argentina Altobelli, die verdiente Sekretärin des Zentralverbandes der Landarbeiter, organisiert und arbeitet unermüdet und vertritt auch als Mitglied des Aus-schusses des Reichsarbeitsamtes die Interessen der proletarischen Frau. Angelica Galabanoff, Linda Malnati, Maria Gora und viele, viele andere wirken in der Presse, in den Versammlungen, in der politischen und wirtschaftlichen Organi-sation, für die sozialistische Auffklärung des Proletariats. Wenn trotzdem die Zahl der zu uns stehenden Proletarierinnen noch gering ist, so müssen wir dafür nicht die Personen, sondern die Ver-hältnisse verantwortlich machen, und zwar weniger die Rückstän-digkeit der industriellen Entwicklung als die historischen Verhältnisse, die Last des Ueberkommenen und der Vorurteile, die das Proleta-riat noch immer mit sich schleppt.

Ueber die Zahl der in der Landwirtschaft und Industrie be-schäftigten Frauen fehlen neuere Angaben, da die Ergebnisse der Volkszählung von 1911 über diese Frage noch nicht bekannt sind. Die Volkszählung vom Jahre 1901 ergab 8,2 Millionen landwirt-schaftlicher und 1,371,000 industrieller Arbeiterinnen, wobei 300 000 hausindustrielle Spinnerinnen und Weberinnen mit einbegriffen sind. Die erste Stelle nimmt die Textilindustrie ein, die außer den Heimarbeiterrinnen 348 000 Frauen beschäftigt. Seitdem haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert und die Inanspruchnahme der weiblichen Arbeitskraft durch die Großindustrie hat gewaltige Fortschritte gemacht. Wenn trotzdem bei einem Organisations-bestand von etwa 820 000 Mitglieder die italienische Gewerkschafts-zentrale, die Konföderation der Arbeit, nur etwa 6 Proz. weiblicher Mitglieder zählt, so darf man nicht in der industriellen Rückstän-digkeit die alleinige Erklärung suchen. Die ganze es sonst zu, daß die katholischen Gewerkschaften, die sich doch an dieselbe Arbeiter-masse wenden, bei einem Gesamtbestand von 67 500 Organisierten, 30 290 Arbeiterinnen in ihren Reihen haben?

Die Rückständigkeit, die die italienische Proletarierin noch zu-rückhält, im Klassenkampf den Platz einzunehmen, den ihre nord- und mitteleuropäischen Schwestern wader ausfüllen, liegt nicht unmittelbar in den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Diese treiben auch in Italien die Frau in die Fabrik, weisen die Familie auf ihren Erwerb an, machen sie zur Mitarbeiterin und zur Konkurrentin des Mannes. Die Rückständigkeit liegt noch in der Psychologie und zwar nicht zuletzt in der des männlichen Proletariats. Dieser selbst hält das Vorurteil gegen die sich um Politik kümmernde, Versammlungen besuchende und Zeitungen lesende Frau aufrecht. Gar oft ist er ein organisierter Arbeiter oder auch ein Parteigenosse; aber im eignen Hause will er von den neuen Ideen nichts wissen, und die eigne Frau sieht er lieber in der Kirche als im Versammlungs-saal. Mit dem „die Frau gehört ins Haus“ mag er zehnmal in seinem Denken fertig sein; in seinem Gefühl lebt es fort. So findet man in Italien, auch in den hochindustriellen Zentren der Lombardei und Liguriens, in der Arbeiterfamilie noch immer die patriarchalische Zurückgezogenheit des Mädchens und der Frau als Ideal, um dessen Erhaltung man sich der unaufhaltsamen wirtschaftlichen Entwicklung entgegen-stemmt. Wie man an den Universitäten erleben kann, daß die Studentinnen von Vater oder Mutter abgeholt werden, weil sie nicht allein auf der Straße gehen sollen, so kann man diesen un-sinnigen Kompromiß von Altem und Neuem auch an den Toren der Fabriken sehen. Die Tradition der Familie schlägt die Frau jenseitlich noch in ihren Bann, auch wenn die Wirtschaft sie längst an den rauhen Kampf ums Dasein hinausstößt.

Von den Fesseln des Ueberkommenen lösen wir die Frau sich frei machen wo sie aus der angeschauerten hemmenden Umgebung herausgerissen wird. So sind die Reisarbeiterinnen, die alljährlich in der Zahl von 40 bis 50 000 die Rütung der Reiskfelder vor-nehmen, ein gut organisierbares Material, und haben die be-stehenden Schutzgesetze zum großen Teil den eignen Kämpfen zu danken. Auch die schnellen Verschiebungen in den Reihen der städtischen Arbeiterchaft, die den Einzelnen der Umgebung ent-zehren, in der er aufgewachsen ist, tragen zur Zerfetzung der Vor-urteile bei.

Aber zum Ausroden dessen, was seit vielen Generationen in den Köpfen lebt, gehört viel Zeit. Einstweilen bilden die Frauen, besonders in Norditalien, noch die Leibgarde des Pfaffenstums, das sie gerade jetzt wieder ausbietet, um gegen das Gesetz über den Fortritt der Zivildienst und gegen ein mögliches Gesetz über die Scheidungen Sturm zu laufen. Die Proletarierin, die gerade

In diesen Seiten wachsender Teuerung so schwer an der Last ihrer Klasse schleppt, muß in ihrem Beggeßeln, im Ranne, einen Helfer für ihre Befreiung finden. Bis jetzt ist gerade der italienische Proletariat diese Hilfe nur in ganz unzulänglichem Maße zuteil geworden. Gerade der männliche Arbeiter hat daher kein Recht, ihr die Schuld für ihr Zurückbleiben zuzuschreiben, und er darf sich nicht wundern, wenn der Schaden, der aus dem Mangel an Klassenbewußtsein unter den Frauen erwächst, auch auf den männlichen Arbeiter zurückfällt.

Der gesetzliche Schutz, den die italienische Arbeiterin genießt, ist gering. Von 12 Jahren an läßt man sie zur industriellen

Arbeit zu. Bis zum 15. Jahr beträgt der Normalarbeitsstag 11, bis zum 21. 12 Stunden. Das Verbot der Nachtarbeit kommt ihr nur dank der Berner Konvention zugute. Keine Kranken- und keine Altersversicherung; ein kümmerliches Gesetz gewährt 40 Lire für jede Entbindung. So steht die Arbeiterin fast unbeschützt in ihrem schweren Kampf; ohne Gesetzeshilfe, die man der Schwäche gewährt, ohne Selbsthilfe, auf die die Stärke pocht. Dieser Zustand fängt an, auch von dem männlichen Proletariat als unerträglich empfunden zu werden. Und wenn erst der Mann aufhört, den zahllosen materiellen Fesseln der Frau die seiner Vorurteile hinzuzufügen, kann man darauf vertrauen, daß auch die italienische

Arbeiterin ihre Stellung im Klassenkampfe einnehmen und ausfüllen wird. Schon im letzten Wahlkampfe haben wir hier und da die Frauen für unsere Kandidaten eintreten sehen trotz der Drohungen von Kangel und Beichtstuhl. Schule und Industrie befreien die neue Generation, und das Bedürfnis des Mannes, die Frau als Kampfgefährtin zur Seite zu haben, wird mit dem alten Ideal der nur im Dämmerlicht des Hauses lebenden Frau aufzuräumen. Und wenn erst in Italien der proletarische Mann in seinem Weibe die Mitkämpferin sucht, wird er sie auch finden, wie er sie in den anderen Ländern gefunden hat.

Oda Verda-Diberg (Rom).

# Deutsche Bekleidungs-gesellschaft m. b. H.

Vertrieb von Herren- und Knaben-Garderoben zum Selbstkostenpreis + 10% Nutzen.

Turmstr. 80

Gr. Frankfurter Str. 4  
(Ecke Fruchtstraße)

Chausseestr. 27  
(Nahe Invalidenstraße)

Neukölln, Bergstr. 7/8  
(Ecke Prinz-Handjery-Straße)

Durch unsere Verkaufsart „Selbstkostenpreis“ + 10% macht das kaufende Publikum große Ersparnisse.  
 Durch unsere Verkaufsart „Selbstkostenpreis“ + 10% wird das kaufende Publikum vor Uebervorteilung geschützt.  
 Durch unsere Verkaufsart „Selbstkostenpreis“ + 10% erhält das kaufende Publikum gute Ware zu billigen Preisen.  
 Durch unsere Verkaufsart „Selbstkostenpreis“ + 10% wird das kaufende Publikum unsere treueste Kundschaft.

**Knaben-Anzüge** . . . . . von M. 2<sup>75</sup> bis 12<sup>91</sup> **Paletots** in marengo und **Sport-Paletots** in mode, schick, 15<sup>85</sup> bis 45<sup>60</sup> auch auf Seide, von M.

**Einsegnungs-Anzüge** . . . . . von M. 12<sup>87</sup> bis 35<sup>65</sup> **Cutaway** und **Weste** in schwarz und marengo mit modern gestreift. **Hosen** in allen Preislagen.

**Herren-Anzüge** in den neuesten Farben, aus nur haltbaren Stoffen, von M. 16<sup>45</sup> bis 48<sup>97</sup> **Stoffhosen, Phantasiewesten, Gummimäntel, Berufskleidung** in großer Auswahl.

**Spezial-Abteilung für tadellose Maß-Anfertigung.**

**Steinarbeiter.**  
 Sonntag, den 8. März, vorm. 9<sup>1/2</sup> Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:  
**Marmorarbeitserversammlung.**  
 Tagesordnung:  
 Wie stellen wir uns zu dem ablehnenden Standpunkt des Unternehmerverbandes?  
 Alle zurzeit in Marmor beschäftigten Kollegen, auch die der Sektion I, sind verpflichtet, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen.  
 Voranzeige! Am Donnerstag, den 12. März, findet in den Kirmshallen, Kommandantenstraße 58/59, eine kombinierte Versammlung statt.  
 Tagesordnung: Sanftmütigkeit und Verbandstag.  
 171/5\* Die Ortsverwaltung.

**Bekanntmachung**  
 betreffend  
**die Wahlen zum Vorstände der Ortsfrankenkasse der Gürtler zu Berlin.**  
 Gemäß § 24 der Wahlordnung haben wir hiermit die Vertreter des Ausschusses zur Vornahme der Wahl der Vorstandsmitglieder ein. Es sind zu wählen von Seiten der Arbeitgeber 4 Vorstandsmitglieder und 8 Ersatzmänner, von Seiten der Arbeitnehmer 8 Vorstandsmitglieder und 16 Ersatzmänner. Die Wahl erfolgt am Montag, den 6. April 1914, im Restaurant „Kirmshallen“, Kommandantenstraße 58/59 und zwar  
 für die Arbeitnehmer von 6-7 Uhr nachmittags,  
 für die Arbeitgeber von 7-8 Uhr nachmittags.  
 Die Wahl ist geheim. Gemäß § 24 der Wahlordnung sind die Wahlberechtigten nach näherer Bestimmung der Wahlordnung.  
 Die Vertreter im Ausschuss werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschlüge gefordert für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufzustellen und dem unterschriebenen Vorhande spätestens bis zum 23. März 1914 einzureichen. Später eingehende Wahlvorschlüge sind unzulässig.  
 Für die Wahlvorschlüge gelten die §§ 7 und 8 der Wahlordnung entsprechend, jedoch genügt für die Wahlberechtigten die Unterschrift von 3 Wahlberechtigten. Die Wahlvorschlüge werden von dem Vorstand nach der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungsziffern versehen und können, soweit sie zugelassen sind, von den Ausschussmitgliedern in Kassenlokal während der Dienststunden von 8-1 Uhr eingesehen werden. Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschlüge gebunden.  
 Sind auf gültigen Wahlvorschlügen im ganzen nur soviel wählbare Bewerber benannt, wie Vorstandsmitglieder zu wählen sind, so gelten sie gemäß §§ 10 und 26 der Wahlordnung als gewählt.  
 Die Vertreter im Ausschuss erhalten gemäß § 25 der Wahlordnung noch eine schriftliche Mitteilung über die Vornahme der Vorstandswahlen.  
 Berlin, den 7. März 1914.  
 Der Vorstand.  
 Oswald Piesack, Vorsitzender.

**MARKE SALAMANDER**

Durch dick und dünn gehen  
**Salamander Stiefel**  
 14<sup>50</sup> 12<sup>50</sup> 16<sup>50</sup>

Salamander Schuhgef. m. b. H. Berlin,  
 Zentrale: Berlin W. 8, Friedrichstraße 182  
 Ständige Abteilung für zurückgesetzte Waren:  
 N. Müllerstr. 4

**1 Mark**  
 wöchentliche Teilzahlung  
 before elegants  
**Herren-Moden**  
 fertig und nach Maß!  
**Julius Fabian**  
 Schneidermeister  
 Gr. Frankfurter Str. 37, II  
 Turmstr. 18, I, kein Laden  
 Kottbuser Strasse 14, nur  
**2. Etage.**  
 Vorzeiger dieser Anzeige  
 erhält 5 Prozent  
 Rabatt!

**Heines Werke**  
 3 Bände 4 Mark  
 Tuchhandlung Vorwärts

Centralhaus mod. Herrenbekleidung  
 I.: Neue Friedrichstr. 35  
 an der Central-Kassette  
 II.: Turmstr. 67, I. Etage,  
 liefert an jedermann elegante  
**Herren-Garderobe**  
 nach Maß  
 unter Garantie für tadellose Sitz  
 gegen wöchentliche Teilzahlung  
 von **1 Mark** an.  
 Schneiderei, Werkstatt im Hause.  
 Auf Wunsch Besuch des Kleidenden  
 mit neuesten Stoffmustern.  
 Sonntags 12-2 geöffnet.

**1 eleg. Teppich gratis!**  
 erhält Käufer einer Wohnungsanrichtung im  
**Kredithaus Frankfurter Tor**  
 Nr. 1 Gr. Frankfurter Str. Nr. 1  
 Bitte auf meine Hausnummer zu achten.

**Möbel auf Kredit**  
**Riesen-Auswahl**  
**Stube und Küche** 2 Stuben und Küche  
 und zwar: und zwar:  
 2 Bettstellen von 15 Mark  
 1 Kleiderschrank  
 1 Spiegel  
 1 Spiegelplind  
 1 Tisch, 2 Stühle  
 1 Küchenschrank  
 1 Kübentisch  
 1 Kübenstuhl  
 1 Kübenrahmen  
 Anzahlung an  
 Wechenrate 1.50 M. an

2 Matratzen von 35 Mark  
 1 Waschtisletto  
 1 Kleidersplind  
 1 Waschesplind  
 1 Truemoü  
 1 Sofa, 1 Tisch  
 4 Stühle und  
 1 farbige Küche  
 Anzahlung an  
 Wechenrate 2-3 M. an

Einzelne Möbelstücke von **5 Mark** Anzahlung an.  
 Größte Rücksicht bei Krankheit u. Arbeitslosigkeit.  
 Inserat ausschneiden! Mitbringen! Wert 5 M.  
 Sonntags geöffnet.

**Belmonte**  
 u. Co., Juweliers  
 Prezente Einsegnungs-Geschenke  
 -Juwelen Uhren, Gold- u. Silber-  
 wasser in bekannter Preiswürdigkeit  
 Leipzigerstr. 97  
 u. Königstr. 46.

**Lohnender Nebendienst!**  
 Für Zuführung neuer Kunden erhält jeder von mir hohe Provision.  
 Die Preise werden trotzdem nicht höher berechnet, da an jedem  
 Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. Verkauf gegen Bar  
 und Teilzahlung.  
**Möbelgeschäft M. GOLDSTAUB**  
 Zossener Str. 38, Ecke Gnelsonaustr.

**Direkter Verkauf an Private**  
 Einer sagt's dem Anderen  
 verkauft in ihren  
**Knabenkleider-Fabrik** Engros-Räumen  
 nachweisbar **30-50% billiger**  
 als im Detail  
 Einsegnungs-Anzüge, 1- und 2-reihig  
 Serie 1 2 3 4 5 6  
 Mark 1100 1400 1650 2200 2350 2650  
 Beste Konfektion - Prima-Qualitäten  
**Neue Friedrichstraße 37** I. Hof links  
 III. Etage  
 1 Minute vom Bahnhof Börse. - Fahrstuhl links



Amol Hausmittel

Allgemein-Verchiedenes

Alkoholfreie Getränke

Arbeiter-Berufsbildung

Auto-Fahrschule

Bade-Anlagen

Bad Ni-Moabit 104

Bad Neukölln

Bad Ostend

Passage-Bad

Sekular-Bad, Müllerstr. 153a

Silesia-Bad

Bandagen, Gummiwaren

Bäcker- u. Konditorien

Alfred Bielewicz

Alf. Bielewicz

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bäcker- u. Konditorien

C. Künze, Liebigstr. 1.

Karl Kumerle

Bäckerei Künscher

Ew. Liesegang

Adolf Linde

H. Lübs

W. Lusemann

W. Megow

H. Marquardt

E. Markwardt

W. Manthey

Anton Metzger

Alfred Meyer

Mühlsteil

G. Mosler

E. Müller

Max Neub

Carl Neudorff

Wilhelm Niklau

Gustav Nielsen

P. Nitschke

Paul Ost

Robert Pötschke

J. Pötschke

H. Pröblich

Richard Ransch

F. Riedel

G. Riewe

C. Reich

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brauerei Königsstadt

Ender's Brauerei

Groterjan

H. Habels Brauerei

Goldbier

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Schlöbbräu-Flaschenbier

Verkehrs-Brauerei Teutonia

Weissbier, C. Breithaupt

Brotdarbk

Liebig's Zerpenschieuser

Bundereinrahm., Glaserei

Butter, Eier, Käse

H.P. Biedermann

Bruno Freche

Wilhelm Göbel

Gebrüder Groh

August Holz

F. HAGEN

Gebrüder Manns

Wih. Pleb, Buttergroßbld.

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Paul Reimke

Gust. Schultze & Sohn

Ohly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolade, Confitur

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

O. Kunze, Reichenkroner Str. 14

W. Herbst

Damen-Konfektion

Dampf-Walchanstalt

Drogen und Farben

Rathaus-Drogerie

Hermannstr. 57

Hugo Schultz

E. Schürmann

W. Allner

Otto Belgig

G. Brucklacher

F. Roland

Glas, Porzellan

Haarputzmittel

Haus- u. Küchengeräte

Herrn-Artikel

Herrn- u. Knabengard.

J. Baer

Holzschuh-Pantinenfabrik

Hüte, Mützen, Pelzwar.

H. Kaufmann

Kaffee-Rösterei

Kaufhäuser

Kaufhaus Fritz

Paul Falkenstein

Kontor- u. Ladeneinrichtung

Konzertsaal, Wirtschaft

Restaurant und Café

Kolonialwaren

Fleisch- u. Wurstwaren

G. A. Müller

A. Möbes Ndf.

Otto Müller

Paul Seidel

Th. Schreiber

Paul Seidel

Th. Schreiber

Gähler-Honig

Hakenkamp & Neumann

Fritz Höfner

M. Krügers

P. Lange

A. Ramhold

Alfred Richter

Fr. Richter

W. Busch

Alb. Horn

M. Gardels

H. G. Vetter

F. Wendt

W. Wiese

Paul Zwart

P. Zimmer

P. Tande

Th. Schreiber

Ferd. Joachim Nachfolg.

L. Ginkogel

H. Nolte

W. Strohmeyer

Max Kallert

W. Adelung & A. Hoffmann

Gebrüder Groh

Oskar Gabler

Paul Falkenstein

Gustav Richter

Jonass & Co.



DEUTSCHE BANK.

Geschäftsbericht für das Jahr 1913.

Das vierundvierzigste Geschäftsjahr unserer Bank, über dessen Verlauf wir berichten, war ein Jahr der Sammlung.

Die wirtschaftliche Konjunktur hatte im Verein mit den andauernden politischen Beschränkungen schließlich eine Überanpannung der europäischen Kapitalmärkte erzeugt, welche weiteres Aufsteig Halt gebot.

Wichtige deutsche Industrien, wie die chemische und elektrotechnische, waren noch sehr gut beschäftigt; aber die meisten Zweige, voran die Textil- und Eisenindustrie, spürten an sinkenden Preisen und nachlassender Auftragsmenge, dass der wirtschaftliche Aufschwung wieder einmal passierte.

Die Einfuhr in das deutsche Zollgebiet stieg im Berichtsjahre nur um 4 Millionen auf 10,695 Millionen Mark, ein Zeichen sowohl der Kräfte sammelnden Selbstbeschränkung der deutschen Volkswirtschaft, wie auch der durch die gute Ernte verminderten Einfuhrbedürfnisse.

Der Außenhandel der wichtigsten Kulturstaaten zeigt nach wie vor Deutschland an zweiter Stelle:

Ein- und Ausfuhr in 1913, ohne Berücksichtigung der Durchfuhr.

Table with 2 columns: Land, Wert in Millionen Mark. Includes England, Deutschland, Vereinigte Staaten, Frankreich.

Es versteht sich von selbst, dass auch die Zahlungsbilanz unter den geschilderten Umständen eine für Deutschland günstige wurde; die Einfuhr von Gold überstieg die Ausfuhr um 310 Millionen Mark gegen 167 (inkl. berichtige Ziffer) im Vorjahre und 124 Millionen in 1911.

Nicht nur der Genuß der Witterung verdankt die deutsche Landwirtschaft ihre reichlichen und gegen früher mächtig gestiegenen Erträge, in welchem Maße durch Aufwendung von Arbeit sowie von Kapital in Form von Düngemitteln, Maschinen, elektrischer Kraft usw. die Kultur des deutschen Bodens fortgeschritten ist, ergibt folgender Vergleich der Ergebnisse des Landbaus in einigen Hauptproduktionsländern:

Ernteerträge 1913 pro Hektar in 100 Kilogramm.

Table with 6 columns: Land, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln. Includes Deutschland, Europäisches Rußland, Österreich, Ungarn, Frankreich, Vereinigte Staaten, Kanada.

In Argentinien und Indien ist der Ertrag der gleichen Oberfläche nicht um sehr viel besser als in Rußland.

Die deutsche Rohisen-Erzeugung stieg abermals, wenn auch nicht so erheblich wie im Vorjahre, nämlich um 1,4 Millionen Tonnen, stärker war die Zunahme in den Vereinigten Staaten; Frankreich zeigt Symptome lebhafterer Entwicklung seiner bisher zurückgebliebenen Montanindustrie; fabel hat deutsche Initiative mitgewirkt.

Table with 2 columns: Land, Wert in Millionen Tonnen. Includes Vereinigte Staaten, Deutschland, England, Frankreich.

Die deutsche Steinkohlenförderung stieg um 8% (gegen 10 im Vorjahre) auf 19 1/2 Millionen Tonnen, die Koks-Erzeugung von 29 auf 32 Millionen Tonnen; die Produktion von Braunkohle um 5 Millionen auf 27 Millionen Tonnen.

Das Baugeschäft lag während des ganzen Berichtsjahrs vollständig danieder. Eine Besserung ist zu erhoffen aus dem sich emässelnden Zinsfuß, dann durch die Beseitigung der Wertzuwachssteuer; ferner durch die bevorstehende Verbesserung gewisser Mängel der deutschen Hypothekengesetze; schließlich und namentlich durch die Zunahme der Bevölkerung.

Nach unseren Berechnungen betrug der Kurswert sämtlicher an der Berliner Börse Ende 1913 gehandelten Papiere 108,4 Milliarden Mark und hat sich durch Kursrückgänge im Berichtsjahre um 3000 Millionen verringert. Neu hinzu kamen Wertpapiere im Kurswerte Ende 1913 von 2015 Millionen Mark, so dass der Kurswert der an der Berliner Börse notierten Effekten wiederum auf annähernd den gleichen Betrag wie im Vorjahre gewachsen ist, nämlich auf 108,37 Milliarden.

Die Sparkasseneinlagen sind im Jahre 1913 schätzungsweise reichlich um 1800 Millionen gestiegen; sie erreichen zurzeit einen Betrag von annähernd 20 Milliarden Mark.

Bei den deutschen Lebensversicherungsgesellschaften (Aktiengesellschaften und Gegenseitigkeitsvereinen) werden jährlich mehr als 600 Millionen Mark an Prämien eingezahlt.

Die Beiträge für die soziale Versicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- sowie Angestellten-Versicherung) betragen jetzt jährlich mehr als eine Milliarde Mark.

Die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten sind gesunde und weisen Überschüsse auf; Anleihen werden nur noch zu wendenden Zwecken aufgenommen. Da beinahe die Gesamtheit aller deutschen Eisenbahnen Staatseigentum ist, müssen für die Ausdehnung und Verbesserung der Bahnen alljährlich Summen von mehr als einer halben Milliarde investiert und durch Anleihen aufgebracht werden.

In den Vereinigten Staaten von Amerika finden wir zahlreiche Vorbildungen für eine kräftige Erholung des seit mehreren Jahren daniederliegenden Wirtschaftslebens; aber die politischen und finanziellen Wirren in Mexiko tragen dazu bei, den Aufschwung zurückzuhalten. Auch bedürfen die amerikanischen Bahngesellschaften höherer Tarife; für bestehenden Frachtraten sind die niedrigsten der Welt, nur ein Bruchteil z. B. der englischen Frachtraten, obgleich die Löhne in den Vereinigten Staaten reichlich doppelt so hohe sind wie durchschnittlich in Europa.

erforderlichen Kapitalbeschaffung, sowie das Gedeihen wichtiger Industrien, wie auch die Mehrung der Arbeitsgelegenheit abhängt.

Auf die einzelnen Zweige unseres Geschäfts übergehend, berichten wir:

Unser Gesamtumsatz betrug 129 Milliarden Mark gegen 123 Milliarden im Vorjahre. Die Einnahme der Umsätze bei der Zentrale überwiegt die Zunahme bei den Filialen.

Der Reichsbankumsatz betrug im Durchschnitt 5,884 % gegen 4,865 % im Vorjahre, der Berliner Privatbankumsatz 4,33 % gegen 4,22 %.

Bilanz und Gewinn- und Verlust-Konto zeigen deutlich die Wirkungen der geschilderten allgemeinen Verhältnisse. Ein kleiner Rückgang des Wechselbestandes wird durch einen mehrfach größeren Vorrat Deutscher Schatzanweisungen überwochen. Die Gesamtheit unserer Debitoren war am Jahresabschluss um 22 Millionen niedriger als Ende 1912.

Unser Liquidität hat sich von 72,90 % auf 74,95 % Deckung durch leicht realisierbare Aktiva gegenüber allen, auch langfristigen Verpflichtungen erhöht; ohne Einrechnung der Verhältnisse auf Waren unter die leicht realisierbaren Mittel stellt sich das Verhältnis auf 69,44 % Deckung gegen 61,80 % im Vorjahre.

Für Steuern und Abgaben hatten wir M. 2.617.094,37 zu zahlen; für Stempel sind, ausserhalb des Unkosten-Kontos zu Lasten der betreffenden Rechnungen, ausserdem erlegt worden annähernd 6,1 Millionen Mark.

Für die im neuen Jahre fällig werdende Talonsteuer waren aus dem Reingewinn noch M. 260.000 zurückzustellen.

Unser Filialen haben sehr befriedigende Ergebnisse gebracht. Der durch uns vermittelte Warenaustausch mit dem europäischen Ausland und den überseeischen Ländern war dauernd ein lebhafter.

Die Deutsche Überseeische Bank hat ihren Wirkungskreis in Brasilien ausgedehnt und befindet sich trotz der schwierigen Geschäftslage in verschiedenen südamerikanischen Ländern in durchaus gesunder Verfassung; die Dividende wird, wie im Vorjahre, 8 % betragen, die Reserven haben sich vermehrt.

Die Zahl unserer Kontokorrentverbindungen bei der Zentrale, einschliesslich der bei unseren Depositenkassen in Berlin und seinen Vororten geführten Rechnungen, betrug am Schlusse des Berichtsjahrs 708.276 gegen 122.621 im Vorjahre.

Die Zahl der bei unserer Bank überhaupt geführten Konten belief sich beim Jahresabschluss auf 268.709 gegen 256.912 Ende 1912.

Während des Berichtsjahrs gingen bei der Zentrale ein Wechsel ein und aus 4.256.969 8/100 im Gesamtwert von M. 18.258.411.506,47. Ein Abschluß betrug im Durchschnitt M. 4.291,41 gegen M. 4.215,10 im Vorjahre.

Die Zahl unserer Beamten hat sich von 6225 auf 6555 gesteigert. Die bedeutende Zunahme der Gehälter und Gratifikationen ist durch Ersparnisse an allgemeinen Unkosten zum grösseren Teil ausgeglichen worden. Ausserdem sind die Gewinnbeträge von 15 höheren Beamten, die seit der Gratifikation besogen, in 21 Monaten verwandelt worden; daher eine Zunahme des Taschengeld-Kontos mit entsprechender Entlastung auf Gratifikations-Konto. Die Gesamtaufwendungen der Bank an ihre sämtlichen Beamten, mit Ausnahme der Mitglieder des Zentralvorstandes, für Gehalt, Taschengeld, Gratifikation, Führerverein und Wohlfahrts-Einrichtungen haben sich um M. 694.697,85 erhöht.

Die Abschreibungen auf Bankgebäude haben wir angesichts der grossen, im Zug befindlichen Bauten besonders reichlich getroffen, um eine weitere Erhöhung unseres Immobilien-Kontos zu vermeiden. Unser Neubau in Berlin soll im nächsten Herbst bezogen werden. In London wurde ein benachbartes Haus erworben.

Der Ertrag aus „Dauernden Beteiligungen“ und Kommanditen setzt sich zusammen aus den für 1913 vereinnahmten Dividenden auf unseren Besitz an Aktien

- der Deutschen Überseeischen Bank (5%), der Bergisch-Märkischen Bank (7 1/2%), der Deutsch-Ostafrikanischen Bank (6 1/2%), der Deutschen Vereinsbank (6%), der Essener Credit-Anstalt (5 1/2%), der Hannoverschen Bank (7 1/2%), der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank (10%), der Niederlausitzer Bank A.-G. (6 1/2%), der Oldenburgischen Spar- und Leih-Bank (8%), der Privatbank (7%), der Privatbank zu Gotha (6%), der Rheinischen Creditbank (7%), des Schlesischen Bankvereins (7 1/2%), der Württembergischen Vereinsbank (7%) und der Deutschen Treuhand-Gesellschaft (15%).

Unser Gesamtbesitz an Aktien dieser Institute hat sich namentlich durch Vollzahlung von Aktien der Deutschen Überseeischen Bank Serie VII und VIII vermehrt.

Wir haben im Berichtsjahre, um eine Erschütterung des deutschen Marktes zu verhindern, unter Aufwand grosser Kapitalien und Mühen die Abwicklung der übermässig angeschwollenen Geschäfte und Engagements der Handelsvereinigung A.-G. auf uns genommen und zum grossen Teile bereits durchgeführt.

Die türkischen Eisenbahn-Unternehmungen, an denen wir interessiert sind, haben auch im Berichtsjahre trotz der Fortdauer der schwierigen politischen Verhältnisse befriedigend gearbeitet. Die Anatolische Bahn hat auf der Stammstrecke Halder-Pascha-Angora zum dritten Male den von türkischen Staat garantierten Einnahmebetrag überschritten, während die Linie Eskisehir-Konya die Garantie mit einem geringen Betrage in Anspruch nimmt. Die Bagdad-Bahn hat im Berichtsjahre die wichtige Zweiglinie Topyrak-Kale-Alexandria in Betrieb gebracht und den Vasterbau ihrer Hauptlinie so weit gefördert, dass im laufenden Jahre aller Voraussicht nach etwa 200 km östlich des Euphrat und die etwa 125 km lange Strecke von Bagdad nach Samarra in Betrieb genommen werden können.

Die durch die kriegerischen Ereignisse der letzten Jahre herbeigeführten territorialen Verschiebungen auf der Balkanhalbinsel haben uns veranlasst, unsere türkischen Unternehmungen in noch stärkerem Maße als seither auf die asiatischen Gebiete zu konzentrieren. Wir haben deshalb in Gemeinschaft mit der uns nächstehenden Bank für Orientalische Eisenbahnen in Zürich unser Interesse an der makedonischen Eisenbahn zu günstigen Bedingungen an eine österreichisch-ungarische Finanzgruppe übertragen. Diese Transaktion hat es uns wesentlich erleichtert, den grossen Ansprüchen des Ausbaus unserer kleinasiatischen Unternehmungen in einer Zeit zu genügen, in der eine Geldbeschaffung auf dem offenen Markte ausgeschlossen war.

Die Verhandlungen mit der Türkei, England und Frankreich über die türkischen Eisenbahn- und Finanzfragen sind im Berichtsjahre erheblich gefördert worden; ihr nahe bevorstehender Abschluss wird, wie wir zuversichtlich hoffen, die Grundlagen unserer türkischen Unternehmungen befestigen und für die Zukunft ein friedliches Zusammenarbeiten mit den beiden grossen westeuropäischen Nationen an der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Türkei gewährleisten.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin hat im Berichtsjahre programmässig die neuen Linien Spittelmarkt-Alexanderplatz-Schönhanser Allee, Wittenbergplatz-Nürnbergischer Platz mit der Anschlußbahn auch Dahlem und Wittenbergplatz-Uhländstrasse in Betrieb genommen. Die auf die neuen Strecken gesetzten Erwartungen haben sich in vollem Masse erfüllt; die Einnahmeförderung ist eine so erhebliche, dass sie von Anfang an dem von der Gesellschaft neu investierten Kapital eine angemessene Verzinsung sichert.

Die Ostafrikanische Eisenbahn-Gesellschaft hat den Weiterbau ihrer Hauptlinie gefördert und zum Beginn des laufenden Jahres den Tanganjika-See erreicht.

Unsere Unternehmungen auf dem Gebiet der Petroleumindustrie hatten abermals ein gutes Jahr. Die Produktionsgesellschaft „Steuana Romana“ erhöhte ihre Dividende auf 10% und ihr Kapital auf 100 Millionen Lei, wovon die eine Hälfte voll eingezahlt ist, die andere Hälfte mit 25%; auch für das laufende Jahr sind die Aussichten gute. Die Deutsche Petroleum A.-G., in welcher die Kontrolle der Steuana Romana liegt, erhöhte ihre Dividende auf 8% und beabsichtigt, demnächst ihr Kapital durch Ausgabe von 15 Millionen Mark mit 25% einbezahlten neuen Aktien zu vermehren; auch diese Gesellschaft befindet sich in günstiger Verfassung und verfügt über starke Reserven. Wir beabsichtigen, im neuen Jahre einen Markt für die Aktien dieses ausgebreiteten Unternehmens zu schaffen. Die Europäische Petroleum-

Union erzielte ein erfreuliches Resultat, das auch bereits für ein weiteres Jahr gesichert ist. Die sich ausbreitende Verwendung der Explosionsmaschine, besonders des Diesel-Motors, hat, im Verein mit dem stark gestiegenen Verbrauch von Heißöl seitens der europäischen Kriegs- und Handelsmarine, zu einer gewaltigen Entwicklung des Geschäfts mit Petroleum-Produkten für Kraftzeugung und fast allenfalls zu Rekordpreisen für diese Produkte geführt. Auch die Preise für Leuchtöl folgten dieser Bewegung in den meisten Ländern, mit Ausnahme von Deutschland, wo das Privatmonopol mit allen Mitteln gegen die Einführung der von der Regierung geplanten staatlichen Leuchtöl-Vertriebsgesellschaft kämpft und eine künstliche Niederhaltung der Preise fortsetzt. Die Monopolstellung im Leuchtöl-Verkauf sichert dem Privatmonopol naturgemäss auch die Vorherrschaft auf anderen Gebieten des Petroleum-Geschäfts.

Von neuen Konsortialgeschäften, an welchen wir uns im Berichtsjahre als Hauptbeteiligte oder Emittenten interessiert haben, und die zum grössten Teile im Berichtsjahre abgewickelt worden sind, erwähnen wir die folgenden:

- Übernahme von: 4% Anleihen des Deutschen Reiches und Preussens, 4% Preussischen Schatzanweisungen, 4% Bayerischer Staats-Anleihen von 1912, 4% Württembergischer Staats-Anleihen, 4% Badischer Staats-Anleihen, 4% Hamburger Staats-Anleihen, 4% Anleihen der Provinz Pommern, 4% Anleihen der Provinz Westpreussen, 4% Anleihen des Kreises Teltow, 4% Anleihen der Städte Augsburg, Chemnitz (durch Zweigstelle Chemnitz), Dresden, Düsseldorf, Liegnitz, Spandau, Strassburg i. Els., 4% Anleihen der fürstlichen Standesherrschaft Fürstenberg, 4% Pfandbriefen und Rentenbriefen der Grundrenten- und Hypothek-Anstalt der Stadt Dresden und des Brandenburgischen Pfandbriefamtes für Hausgrundstücke, 4% K. K. Oesterreichischer steuerfreier Eisenbahn-Staatsanleihen von 1912, 2% Chinesischer Reorganisations-Anleihen von 1912, Anleihen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, 4% Anleihen der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen, der Mannesmannröhren-Werke, der Buderschen Eisenwerke, der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, 4% Anleihen der Weisseritz-Talsperren-Genossenschaft (Filiale Dresden), 5% Anleihen der Deutsch-Überseeischen Elektrizitäts-Gesellschaft und der Märkischen Elektrizitätswerk A.-G., 4% Convertible Bonds der Baltimore & Ohio R. R. Co., Kuxen der Gewerkschaft Glückauf, Sondershausen, Aktien der Steuana Romana, A.-G. für Petroleum-Industrie.

Gründung der: Kameruner Schiffahrtsgesellschaft, Santa Katharina Eisenbahn Bau-Gesellschaft.

- Einführung von: 4% Anleihen der Rheinprovinz, 4% Obligationen der Kur- und Neumärkischen Ritterchaftlichen Delehnskasse, 5% Anleihen der Russischen Gesellschaft für Röhrenfabrikation, Aktien der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft, Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft, Vereinigten Glasstoff-Fabriken, Deutschen Kalkwerke, J. Esbach & Co. A.-G., Sächsischen Gußstahlfabrik in Döhlen, Aktien und 4% Anleihen der Dresdener Chromo- & Kunstdruck-Papierfabrik Krause & Baumann A.-G. (Filiale Dresden), Gußstahlfabriken der Otavi Minen & Eisenbahngesellschaft.

Kapitalerhöhungen der Halder Pascha Hafen-Gesellschaft, Bohanung Eisenbahn, Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen, Hamburg-Amerikanische Packetfahrt A.-G., Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Deutsch-Überseeischen Elektrizitäts-Gesellschaft, Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke, Schlesischen Elektrizitäts- & Gas-A.-G., Adler & Oppenheimer Lederfabrik, des Baroper Walkwerkes, der Baumwollspinnerei Germania, Bayerischen Stickstoffwerke, Dürkoppwerke A.-G., Gebhard & Co. A.-G., Johs. Girmes & Co. A.-G., Königsberger Zellulosefabrik, Orenstein & Koppel-Arthur Koppel A.-G., Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brickfabrikation, Rheinisch-Nassauischen Bergwerk- und Hütten A.-G., Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke, Wittener Stahlröhrenwerke.

Von älteren Konsortialgeschäften sind im Berichtsjahre abgewickelt worden:

- 4% Anleihen der Stadt Berlin, 4 1/2% Obligationen Serie III der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft, 4 1/2% Anleihen der Siemens-Schuckert, G. m. b. H., 4 1/2% Anleihen der Niederlausitzer Kohlenwerke, Aktien der Russischen Verkehrs A.-G., Anteile des Schlesischen Bankvereins, Aktien der Warschauer Diskontobank, Akkumulatorenfabrik A.-G., der Bergwerke A.-G. Consolidation, Deutsch-Luxemburgischen Bergwerke- und Hütten A.-G., Mannesmannröhren-Werke, Düsseldorf Eisenbahn-Bedarfs-A.-G., vorm. Karl Weyer & Co., Hütgers Werke A.-G., u. a. m.

Unser Konsortial-Konto (Zentrale und Filialen) bestand am Jahresabschluss aus:

Table with 2 columns: Beschreibung, Wert in Millionen Mark. Includes Beteiligungen an deutschen Staats- und Kommunalanleihen, Obligationen inländischer Gesellschaften, Aktien inländischer Gesellschaften, an ausländischen Staats- und Kommunal-Anleihen, Eisenbahn-Geschäften, an Obligationen und Aktien ausländischer Gesellschaften, an Grundstücks-Geschäften.

Das Konto eigener Effekten (Zentrale und Filialen) setzt sich zusammen aus:

Table with 2 columns: Beschreibung, Wert in Millionen Mark. Includes Staats- und Kommunal-Papieren sowie Deutschen Pfandbriefen in 112 Gattungen, Eisenbahn- und industriellen Obligationen in 80 Gattungen, Eisenbahn-, Bank- und Industrie-Aktien in 178 Gattungen, Diversen.

Wir besaßen am Jahresabschluss deutsche Staatsanleihen, deutsche Schatzanweisungen und Schatzwechsel im Buchwert von M. 147.597.911,05.

Wir geben unsere Jahresbilanz wieder in der alten sowie in der neuen Form um unseren Aktionären und der Öffentlichkeit Vergleiche zu ermöglichen.

In den Aufsichtsrat wurde neu gewählt: Herr Carl Friedrich von Siemens in Berlin. Seit der Erläuterung unseres letzten Berichtes verloren wir durch den Tod drei geschätzte Mitglieder unseres Aufsichtsrats, die Herren Eisenbahndirektor A. D. Karl Schrader, Berlin, unseren langjährigen und bewährten Mitarbeiter in den orientalischen Geschäften: Geheimrat Dr. Carl Reiss, Mannheim, Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Rheinischen Creditbank, welcher seit 1903 unserem Kreise angehört hatte, und Geo. Fricke, Neu-Görsow, früheren Vorsitzenden des Norddeutschen Lloyd, und seit 1898 Mitglied unseres Aufsichtsrates. Den Verstorbenen bleibt in unserem Kreise ein ehrendes Andenken gesichert. Herr Geh. Reg.-Rat Dr. K. Zander, Charlottenburg, seit 1896 Mitglied unseres Aufsichtsrates, hat sein Amt niedergelegt.

Die Herren Wilhelm Parther und Alfred Leissner wurden zu Abteilungsdirektoren der Hauptniederlassung ernannt.

In Hamburg hat sich der stellvertretende Direktor unserer Filiale, Herr Eugen Bäriz, seit 1889 unser geschätzter Mitarbeiter, ins Privatleben zurückgezogen. Herr Victor von Koch, bisher dem Verband der Deutschen Überseeischen Bank angehörig, wurde zum stellvertretenden Direktor der Hamburger Filiale ernannt.

Wir haben in Darmstadt, unter Übernahme des Geschäfts der Firma Ferdinand Sander eine neue Zweigstelle errichtet; zu

(Fortsetzung nebenstehend.)

Der Direktor wurde Herr Hofrat Paul Sandes ernannt. Die Erziehung von Zweigstellen in Hanau und Offenbach am Main ist beschlossen worden.

Auf der Tagesordnung unserer nächsten Generalversammlung steht der Antrag auf Erhöhung unseres Aktienkapitals um 50 Millionen zum Zweck unserer Fusion mit der Bergisch Märkischen Bank. Alle näheren Einzelheiten zu diesem, zwischen den Vorständen und Aufsichtsräten der beiden Institute vereinbarten Antrage werden der Generalversammlung zu unterbreiten sein.

Wir bemerken an dieser Stelle nur, dass jeder Reingewinn aus unserem Besitz von Aktien der Bergisch Märkischen Bank und aus der Fusion in die offenen Reserven der Deutschen Bank fließen soll.

Einschliesslich des Vortrages aus 1913 von M. 3 013 749,50, nach Vornahme der Abschreibungen auf Bankgebäude und Mobilien im Betrage von M. 4 376 564,79 und Rückstellung von M. 360 000,— für Talonsteuer beläuft sich das Erträgnis des Jahres 1913 auf		M. 25 746 406,33
Hiervon erhalten zunächst die Aktionäre 6% Dividende auf M. 300 000 000,— (nach § 25b der Satzungen)		12 000 000,—
Von den verbleibenden		M. 23 746 406,33
beantragen wir,		
der Reserve B	M. 2 500 000,—	
für Abschluss-Garantifikationen an die Angestellten		3 000 000,—
zu überweisen.		
Von dem übrigen verbleibenden Betrage von		M. 18 246 406,33
abzüglich M. 4 256 912,31 Vortrag auf neue Rechnung erhalten (nach § 13d der Satzungen) der Aufsichtsrat und die Lokalausschüsse 1% Gewinnanteil mit		912 494,32
Wir schlagen vor, von den restlichen		M. 17 263 912,31
6 1/4% Superdividende auf M. 300 000 000,— mit		13 000 000,—
zu vertheilen und den Ueberschuss von		M. 4 263 912,31
auf neue Rechnung vorzutragen. Aus diesem Vortrag wird der auf das neue Jahr entfallende Teil des Wehrbeitrags zu zahlen sein.		
Es würde demnach erhalten:		
Jede Aktie von nom. M. 600,—	M. 12,—	} = 12 1/4% Dividende.
" " " " " " " " " " " "	1200,—	
" " " " " " " " " " " "	1200,—	
Wenn die Generalversammlung unsere Anträge genehmigt, so würden sich unsere bilanzmässigen Reserven erhöhen auf:		
1. Gesetzliche Reserve A	M. 66 263 031,30	
2. Reserve B	41 985 314,42	
3. Kontokorrent-Reserve	7 016 052,23	
zusammen M. 115 264 400,—		
= 37 1/2% des Aktienkapitals von M. 300 000 000,—		

Berlin, im März 1914.  
**Der Vorstand der Deutschen Bank.**  
 A. v. Gwinner, E. Heilmann, Dr. K. Holtferich,  
 Paul M. Herrmann, C. Klönne, P. Mankowitz, C. Michalowsky, O. Schlüter,  
 G. Schröder, G. Wassermann.

Unserem Parteigenossen  
**Hugo Pöck**  
 nebst seiner lieben Braut  
**Anna Lamprecht**  
 die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer heutigen Vermählung.  
 Die Genossen und Genossinnen  
 des 4. Kreises, Bez. 342 I.

Dem Genossen **Richard Howits** nebst seiner Braut **Berta Berk** die besten Glückwünsche zu ihrer Vermählung.  
 Die Gen. b. 881a. Bz. 6. Kr.

Unserem Parteigenossen  
**Alfred Broer nebst Braut**  
 die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
 Die Genossen u. Genossinnen  
 d. 8. Wahlkr. Bez. 780.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.  
 Petersburger Viertel, Bezirk 360.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, das unser Genosse, der Arbeiter  
**Georg Theuerkorn**,  
 Schreinerstr. 31, gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Andreas-Stirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 211/30 **Der Vorstand.**

**Zentralverband der Maschinisten u. Holzzer sowie Berufsg. Deutschl.**  
 Geschäftsstelle Groß-Berlin, Bezirk Köpenick.  
 Am Dienstag, den 3. März, verstarb unser Mitglied, Kollege  
**Georg Deiß.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. März, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Baumhuldenweg statt. 158/7  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet  
 Die Geschäftsstellenverwaltung

**Verband der Lithographen, Steindruckere u. verwandten Berufe (Photographen.)**  
 Am Mittwoch, den 4. März, starb unser treues Mitglied  
**Hermann Grefmann**  
 im Alter von 81 Jahren an Herzschwäche.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, auf dem neuen Volks-Stirchhof in Plötzensee, See-Strasse, statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 Die Verwaltung der Filiale  
 11686 Berlin VI.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin.  
 Den Kollegen zur Nachricht, das unser Mitglied, der Schlosser  
**Berko Wapnar**  
 am 5. März an Lungenerkrankung gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. März, vormittags 9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Kirchhofes in Weissenhof, Rothringstrasse (neue Halle), aus statt.  
 Rege rege Beteiligung erwartet  
 der Schlosser,  
**Alfred Ebel**  
 Schützenstr. bei Königs-Wasserbauern am 5. d. M. an Lungenerkrankung.  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. März, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerbause, Dorststraße 6, aus nach dem Gemeindefriedhof statt.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Rege Beteiligung erwartet  
 114/14 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
 Zahlreiche Groß-Berlin.  
 Am Donnerstag, den 5. März, verstarb unser Mitglied  
**Wilhelm Witzke.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Richtenberger Friedhofes in Marzahn aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet  
 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Asphaltreue.**  
 Ortsverwaltung Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, das unser Kollege  
**Albert Baburschke**  
 am 3. März gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Friedhof in Niederhagenhausen-Nordend statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet  
 283/9 Die Ortsverwaltung.

Am Donnerstag, den 6. März, verschied nach schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann, mein einziger Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Chauffeur  
**Max Barz**  
 Sprengelstraße 3.  
 Dies zeigt liebetrauert an  
**Frau Emilie Barz.**  
 Die Beerdigung findet statt am Montag, den 9. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Elisabeth-Gemeinde, Prinzenallee, aus.  
 11626

Am Dienstag, den 3. März, verschied nach schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann, mein einziger Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Chauffeur  
**Max Barz**  
 Sprengelstraße 3.  
 Dies zeigt liebetrauert an  
**Frau Emilie Barz.**  
 Die Beerdigung findet statt am Montag, den 9. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Elisabeth-Gemeinde, Prinzenallee, aus.  
 11626

**Photographin J. Fuß**  
 G. m. b. H.  
**Gumpert**  
 geben wir jedem  
**bis Sonntag, d. 29. März inkl.**  
 eine  
**Bromsilber-Vergrößerung**  
 Schwarzmalerei,  
 der sich in dieser Zeit eine Aufnahme bestellt.  
**12 Visits** in Glanz-Ausführung von **1.80** an  
**12 Kabinetts** in Glanz-Ausführung von **4.80** an  
**12 Visits für Kinder** v. **2.50** an  
**Günstige Gelegenheit für Konfirmanden!**  
 Man achte genau auf die Grösse und Ausführung unserer Gratis-Bilder  
 Geöffnet von 9-7 Uhr

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
 Zweigverein Berlin.  
 Am 4. März starb unser Mitglied, der Bauere  
**Karl Schenk**  
 (Beisl. Tegel).  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes in Tegel aus statt.  
 141/9 **Der Vorstand.**

Am Dienstag, den 3. März, abends 11 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden im 69. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter  
**Anna Schulz.**  
 Dies zeigt liebetrauert an  
**Wilhelm Schulz**  
 nebst Kindern.  
 Die Beerdigung findet heute Sonntagabend nachmittags 3 Uhr im Krematorium zu Baumhuldenweg statt.  
 107/4

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, unseres guten Vaters, des Bergarbeiters  
**Hermann Richter**  
 sagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders den Herren Gehls und den Kollegen der Firma Behold u. Klein, dem 19. Bezirk des Wahlvereins, dem Deutschen Holzarbeiterverband und dem Gelangvereine „Hoffnung“ unseren herzlichsten Dank.  
 Anna Richter nebst Kindern.

**Allgemeine Orts-Krankenkasse für Nowawes u. Umg.**  
 Die Wahlen der Vorstandsmitglieder finden nicht am 23. März, sondern erst am 30. März in den bekannt gemachten Lokalen statt. Die Wahlvorschlüge sind bis zum 14. März einzureichen.  
**Der Vorstand.**  
 ges. Kerken, Vorsitzender.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kräftenspenden beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers, des Transportarbeiters  
**Wilhelm Kuhlmann**  
 lagern wir allen Beteiligten unseren aufrichtigsten Dank.  
 102/4  
 Die Hinterbliebenen.

**Achtung!**  
 6-700 Anzüge sowie getragene Sommerpaletots u. Halber Monatsgarderobe in feinsten Werksstoffen Berlin gearbeitet, teils auf Seide für jede Figur passend, verkauft zu hainend billigen Preisen  
**Nathan Wand**  
 129 Stalder Str. 129.  
 Hochachtungsvoll Rottbuser Tor.  
 Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.  
 Abt. II: Neue Garderobe.

**Stoppdecken**  
 größte Auswahl, billigt auch Aufarbeiten alter Stoppdecken.  
**Bernhard Strohmandel.**  
 Fabrik Berlin, Wallstr. 72.

**Möbel-Cohn**  
 1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58  
 2. Geschäft: Grüner Weg 109  
 Bitte genau auf Hausnummern zu achten.  
**Möbel auf Kredit**  
 Riesen-Auswahl  
 :: Stube und Küche :: 2 Stuben und Küche  
 und zwar: von 15 M. 35 M.  
 2 Bettstellen, 1 Kleiderschrank, 1 Spiegel, 1 Spiegelschrank, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Küchenschrank, 1 Küchenschrank, 1 Küchenschrank, 1 Küchenschrank  
 2 Matratzen, 1 Waschtisch, 1 Kleiderschrank, 1 Wäschespind, 1 Trumeau, 1 Sofa, 1 Tisch, 4 Stühle und Anzählung, 1 farbige Küche an  
 Wochenrate 1.50 Mark an Wochenrate 2-3 Mark an  
**Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer**  
 jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.  
 Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an.  
 Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.  
 Liefere auch auswärts, Abzahl. wöch., monatl., resp. nach Uebereink.  
 Jetzt schon gekaufte Einrichtungen können bei mir bis zum April kostenlos lagern = Käufer einer Wohnungs-Einrichtung erhält 1 eleg. Teppich gratis.  
 Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.  
 Sonntags 12-2 Uhr geöffnet.

**Teilzahlung Woche 1 Mark**  
 Herren-Anzüge, Damen-Kostüme.  
**F. & H. Schmidt.** Petersburger Straße 23, erste Etage.  
 Inserat mitbringen! Wert 3 M.

**Westmann**  
 Modenschau  
 Gr. Frankfurter Str. 115  
 nahe Jerusal. Str.  
 Berlins schönste, schickste Konfektion zu billigsten Preisen!  
 Aparteste Kostüme aus Kammgarn, Phantasiestoffen, herrlichste Ausführungen, beste Zutaten 12, 15, 18, 24, 30 bis 175 M. — Nicht kopierte Modelle bis 50% unter Preis.  
 Reiz. Frühjahrs-Mantel u. Sport-Jackets in den neuesten Phantasiefarben 10, 12, 15, 18, 25 bis 75 M. — Nicht kopierte Modelle bis 50% unter Preis.  
 Seldene Konfektion. Mäntel, Kostüme, Kleider aus Eolienne, Bengaline, Moiré, das Feinste auf diesem Gebiete 33, 42, 55 bis 125 M. — Nicht kopierte Modelle bis 50% unter Preis.  
 Sport-Röcke von 6 M. an. — Blusen von 5 M. an. Einsegnungs-Kleider von 9.50 M. an.  
 Winter-Konfektion. Plüschmäntel, hochbeleg., jetzt 33 bis 120 M. (sonst 76 bis 250 M.). Pelzmäntel, echte Felle, jetzt 100 bis 500 M. (sonst 300 bis 1400 M.). Uster, bestes Fabrikat, jetzt 8 bis 45 M. (sonst 27 bis 135 M.).  
 Sonntag 12 bis 2 Uhr geöffnet.



**Vornehme Herren-Kleidung**  
 fertig und nach Mass  
 Garant.: Tadellos, Sitz, feinste Verarbeitung!  
 Teilzahlung gestattet.  
**J. Kurzberg & Co.**  
 Mass-Schneiderel  
 Gegründet 1898  
 Rosenthaler Str. 36  
 I. Etage  
 Frankfurter Allee 104  
 Ecke Friedenstraße  
 Reinickendorfer St. 4  
 Weddingplatz.

Vorortnachrichten.

Sichterfeld.

Die am Mittwoch, den 11. März, stattfindenden Wahlen zur Gemeindevorstellung werden, wie der Verlauf der Wahlbewegung zeigt, zu einem schweren Kampf zwischen den gesamten bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokratie andererseits führen.

Mit dem Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen ist die Partei dem Zeitpunkt, einen der übrigen ins Gemeindeparlament zu schicken, immer näher gerückt und bei den letzten Wahlen stand der Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten auf dem Messer's Schneide. Das war für die bürgerlichen Parteien der Anlaß, gemeinsam und unter einer Organisation die Sozialdemokratie zu bekämpfen und den sogenannten Kommunalverband zu gründen, dessen Aufgabe es sein sollte, möglichst geräuschlos und unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu den Gemeindevahlen Stellung zu nehmen und die ihm genehmen Kandidaten aufzustellen. Dieser bürgerliche Kommunalverband ist in der Hauptsache das Werk der Grundbesitzerpartei, die bekanntlich das Rathaus uneingeschränkt beherrscht; tatsächlich sind von 30 Mitgliedern der Gemeindevorstellung 27 Grundbesitzer! In diesen Umständen die herrschende Gesellschaft sich die größte Mühe gibt, das „Gemeinde“ zu erhalten, und nebenbei noch mehr herauszuschlagen, versteht sich von selbst. Es ist bezeichnend, daß dieser bürgerliche Kommunalverband zum größten Teil aus Wählern der ersten und zweiten Klasse besteht, daß diese beiden Wählerklassen ihre Kandidatur selbst aufstellen, während der Kommunalverband die Kandidaten für die dritte Klasse ansucht, auf ihre „Gesinnungen“ und ihre „Brauchbarkeit“ prüft und sie den Wählern aufzuzwingen sucht. Dadurch soll erreicht werden, die Arbeiterklasse für alle Zukunft von einer Vertretung im Gemeindeparlament auszuschließen. Inzwischen haben sich Wähler aus den Kreisen der Beamten und Angestellten gegen diese Diktatur des Kommunalverbandes empört, ebenfalls Kandidaten aufgestellt und zwar — Grundbesitzer und abhängige Beamte, obwohl von der Sorte mehr als genug sich auf dem Rathaus befinden. Dabei geben sie vor, die Interessen der Mieter zu vertreten, während sie in demselben Atemzuge hoch und heilig beteuern, sich nicht gegen die heiligen Interessen des Grundbesitzes wenden zu wollen.

Auch von den sogenannten „öffentlichen“ Versammlungen dieser Wählergruppen waren die Sozialdemokraten ausgeschlossen worden. Die Reden dieser Tiquen unter sich hindert sich nicht mindestens einig zu sein im Wah gegen die Sozialdemokratie; alle haben die Erklärung abgegeben, bei einer Wahl zu wählen sie zusammenzusetzen. Der angeblich „parteilose“ Richterfelder Lokal-Anzeiger, ein eifriger Abnehmer von Reichsverband-Artikeln, brachte am 2. März einen Leitartikel mit der Überschrift: Seid einig! im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindevahlen.

In diesem Artikel wird sogar der liebe Gott gegen die Richterfelder Sozialdemokratie mobil gemacht. Und all das weil die Arbeiterklasse, die einen erheblichen Teil zu den Gemeindevahlen beiträgt, das Recht für sich beansprucht auf dem Rathaus vertreten zu sein.

Wir geben daher der Erwartung Ausdruck, daß die Arbeiterklasse diesmal alles daran setzen wird, schon bei Hauptwahl den Sieg zu erringen, um den feindseligen Brüdern die für die Stichwahl gelobte Einigkeit zu ersparen.

Marientdorf.

Aus der Gemeindevorstellung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Amtsvorsteher bekannt, daß der Gemeindevorordnete Zahn (Süden) sein Mandat niedergelegt hat. — Bei der Kenntnisnahme der Bestimmungen über die Gewährung schuldfreier Unterweisung an den höheren Lehranstalten wurde von Bürgerlichen beantragt, ganze Freistellen zu gewähren, sobald in einer Familie mindestens 3 Kinder die hiesigen höheren Schulen besuchen. Unserer Genossen wandten sich gegen diesen Antrag, weil für die höheren Schulen schon jetzt bedeutend höhere Summen wie für Volksschulen aufgewendet werden. Der von unseren Genossen hierzu gestellte Antrag, daß religiöse und politische Anschauungen der Eltern keinen Grund für die Zurückweisung begabter Volksschüler von den höheren Lehranstalten sein dürften, fand keine Annahme. Ebenso wurde der von den Bürgerlichen gestellte Antrag abgelehnt. — Zur Unterstützung arbeitsloser Einwohner waren auf Antrag unserer Genossen 2000 M. bewilligt und die ganze Materie einer Kommission zur Vorberatung überwiesen. Die Kommission empfiehlt der Vertretung nunmehr folgenden Beschluß zur Annahme: „An arbeitslose Einwohner, die mindestens 1 Jahr am Orte wohnen und 4 Wochen ununterbrochen arbeitslos sind, sind zinsfreie Darlehen bis 40 M. zu gewähren. Die Darlehen werden nicht als Armenunterstützung angesehen.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. — Die Vergebung der Hausanwartschaften für das laufende Rechnungsjahr werden einer hiesigen Firma übertragen. Der übrige Teil wurde nichtöffentlich verhandelt.

Drit.

Auf zur Gemeindevahl!

Morgen Sonntag, den 8. März, finden am Ort die Gemeindevahlen für die 3. Abteilung statt. Gewählt wird in zwei Bezirken und zwar:

Für den 1. Bezirk (nördlich des Kanals) in der Turnhalle der 1. Gemeindevorschule, Chausseest. 157. Kandidat Genosse Franz Gutschmidt.

Für den 2. Bezirk (südlich des Kanals) in der Turnhalle der 2. Gemeindevorschule, Eingang Werberstr. 24. Kandidat Genosse Alfred Schröder.

Wahlzeit von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Wahlberechtigt ist jeder, der das 24. Lebensjahr vollendet, zurzeit der Aufstellung der Wählerliste ein Jahr am Orte ansässig war und in die Wählerliste eingetragen ist, auch wenn er am Tage der Wahl nicht mehr am Orte wohnt.

In der 1. Abteilung sind 18 Wähler, in der 2. Abteilung 297 und in der 3. Abteilung 2484 Wähler; das heißt jeder Wähler der 2. Abteilung hat über 8 mal, und jeder der 1. Abteilung 198 mal so viel Recht wie ein Wähler der 3. Abteilung. Dieser skandalöse Zustand sollte jeden einzelnen veranlassen, morgen, gleich bei Eröffnung der Wahl an Ort und Stelle zu sein und durch Abgabe seiner Stimme für die obengenannten Kandidaten Protest einzulegen gegen ein System, das solche Ungeheuerlichkeiten ermöglicht. Tröstet sich niemand damit, daß er meint, die Gegner arbeiten ja gar nicht und der Sieg ist doch unfer; so sie arbeiten im stillen desto intensiver. Aber diese Siegesgewißheit und der Ansturm der Gegner mit 150 Papierstimmen kostete uns vor sechs Jahren zwei Mandate der 3. Abteilung. — Arbeiter, Wähler der 3. Abteilung nützet wenigstens euer kümmerliches Wahlrecht. Jeder bringe als Legitimation die amtliche Wahlkarte oder wer eine solche nicht erhalten, die Steuerquittung mit. Auf zur Wahl!

Röpenitz.

Die Arbeitslosenfrage und deren Behandlung im Stadtparlament lautete die Tagesordnung einer gut besuchten öffentlichen Versammlung. Der Referent, Genosse Galle, legte in seinem Vortrage dar, daß stets nur die Vertreter der Arbeiterklasse in Reich, Staat und Kommune ernsthaft bestraft gewesen seien, die Not der Arbeitslosen zu lindern. Dem ablehnenden Verhalten der bürgerlichen Vertreter

in allen Parlamenten sei es zuzuschreiben, daß etwas Durchgreifendes auf diesem Gebiete bisher nicht geschaffen wurde. Einzelne bürgerliche Vertreter der Stadt Röpenitz hätten es sogar als Sünde bezeichnet, wenn man noch mehr für die Arbeitslosen tun würde. Dabei habe man bisher die horrenden Summe von 15 000 M. bewilligt, um Notstandarbeiten auszuführen. Zu erwähnen sei, daß diese Summe bei weitem nicht ausgedrückt wurde, da einesteils große Arbeiten ein Ende machte, andernteils die Arbeiten abgebrochen wurden. Der niedrige Lohn von 2,20 M. pro Tag trägt auch dazu bei, manchen Arbeitern diese Arbeit zu verleiden. Alle bürgerlichen Vertreter hätten des weiteren gegen den Antrag unserer Genossen gestimmt, 5000 M. zu zinslosen Darlehen an Arbeitslose zu bewilligen.

In der Versammlung wurden diese und andere Vorschläge auch von Diskussionsrednern gebührend gekennzeichnet. Nachstehende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

Die am 3. März im Stadttheater Versammlung nehmen Kenntnis von den von der Stadt ergriffenen Maßnahmen zur Beseitigung der Not der Arbeitslosen. Sie bedauern lebhaft, daß in dieser Richtung nicht mehr getan wurde. Die Versammlung sind der Ansicht, daß bei gutem Willen es der Stadtverordnetenversammlung möglich gewesen wäre, den unerschuldeten Rotleidenden zu helfen.

Die Versammlung protestieren ferner gegen Ausführungen einzelner bürgerlicher Vertreter bei den letzten Verhandlungen, die jede Kenntnis der wirklichen Verhältnisse vollständig vermissen lassen.

In Erkennung der ganzen Sachlage geloben die Anwesenden, mehr noch als bisher für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen einzutreten, denn nur durch diese wird es möglich sein, den Kampf für volle politische und wirtschaftliche Freiheit zum siegreichen Ende zu führen.

Lichtenrade.

Die am Donnerstag stattgefundenen Gemeindevorstellung der dritten Abteilung hatte folgendes Resultat: Der Kandidat des Ortsvereins erhielt 172, unser Kandidat, Genosse Emil Graf, 108 und der Kandidat der Bürgerlichen Vereinigung 82 Stimmen. Somit findet eine Stichwahl statt zwischen dem Kandidaten der Sozialdemokratie und dem Ortsvereins; dieselbe ist auf Sonntag, den 16. März, nachmittags 1—5 Uhr, im Wirtschaftshaus Lichtenrade, am Bahnhof, festgesetzt.

Lankwitz.

Die Sitzberathung am Donnerstag benutzte der Gemeindevorsteher zu einer reichlich zweifelhafte Wahlrede. Er glaubte wohl den bürgerlichen Vereinen durch diese Rede den Kampf gegen die verhasste Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen zu erleichtern. Es ist selbstverständlich, daß der Gemeindevorsteher alles aufs raffigste schätzte. Besonders meinte er sich gegen den Vorwurf der Schuldenwirtschaft wehren zu sollen. Alle seine Reden können aber die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Gemeinde Lankwitz in den 8 Jahren der Tätigkeit des jetzigen Gemeindevorstehers 7 Millionen Mark neuer Schulden gemacht hat, so daß jetzt die städtische Summe von 10 Millionen Mark Schulden erreicht ist, was bei etwa 11 000 Einwohnern sicherlich als „großartig“ angesprochen werden kann. Mit besonderer Energie wehrte sich der Gemeindevorsteher gegen die Behauptungen, die Gemeindevorsteher seien abhängig von ihm, und es sollte wohl ein besonders geistreicher Witz sein, als er die Frage stellte, ob wohl der sozialdemokratische Gemeindevorsteher, Genosse Kadete, von ihm abhängig ist. Nein, Herr Gemeindevorsteher, der Genosse Kadete ist nicht abhängig von Ihnen, und das ist es ja gerade, was ihm die Möglichkeit gibt, eine legendäre Kritik an Ihren Maßnahmen zu üben und Ihnen oft so unbehaglich zu werden, so daß Sie seinen schmerzlichen Wunsch kennen, als diesen Gemeindevorsteher bei den bevorstehenden Wahlen aus dem Rathause entfernt zu sehen. Die sozialdemokratische Arbeiterklasse von Lankwitz darf es nicht geben, daß die letzte Opposition aus dem Rathause verschwindet und daß dann nur noch die „Fraktion der Röpenitzer“, wie der Lankwitzer Volksmund die bürgerlichen Gemeindevorsteher nennt, die Sessel des Sitzungssaales drücken. Den Arbeitern sei auch besonders eingepreßt, daß der Gemeindevorsteher aufzählte, welche Stände und Berufe er im Rathause vertreten zu sehen wünscht, und er nannte sie alle: die Großindustriellen, Gelehrten, Kaufleute, Großgrundbesitzer, Handwerker, Beamten. Nur einen Stand wünschte er nicht vertreten: nämlich die Arbeiterklasse. Es ist ein anerkennendes Dokument für die Tätigkeit des Vertreters der Arbeiterklasse, daß der Gemeindevorsteher diese nicht mehr vertreten sehen will.

In einer etwa einstündigen Rede gewöhnliche Genosse Kadete die Rede des Gemeindevorstehers auf gründlichste. Schönungslos kritisierte er die Tatsache, daß der Herr Gemeindevorsteher sich persönlich an der Auswahl der bürgerlichen Kandidaten beteiligt, und daß das Amtsbüro gegen bürgerliche Kandidaten, von denen annehmbar ist, daß sie nicht nur bauern mit dem Kopf niden, aufs schärfste losziehen muß. Während sonst die Wahlen stets in den ersten Tagen des März stattfanden, sind sie diesmal noch gar nicht ausgeschrieben, nur weil der Gemeindevorsteher immer noch eine Einigung der bürgerlichen Vereine erhofft. Stillsitzend unbehaglich wartet der Gemeindevorsteher die Anfrage, wo er das Recht verleiht, neben seiner Stellung als Gemeindevorsteher, die mit 12 000 M. bezahlt wird, sich als Vorsitzenden des Ausschusses einer Grundbesitzergesellschaft 2000 M. Gehalt zahlen zu lassen, während den übrigen Gemeindevorsteher jede Nebenbeschäftigung verboten ist. Sehr energisch wandte sich der Redner gegen den Vorwurf, den die Gemeinde treibt. Ein Grundstück, das die Gemeinde vor wenigen Jahren für 55 M. pro Acre gekauft hat, wurde jetzt für 600 M. pro Acre verkauft. Dann braucht man sich nicht zu wundern, daß die Mieten unerschwinglich sind. Hand in Hand mit diesem Bodenwucher wird von der Gemeindevorwaltung der Kampf gegen die Kleinwohnungen geführt. Kadete konnte Fälle vorbringen, wo Bauherren die Zeichnung zurückgeschickt wurde, mit dem Vermerk, es müssen größere Wohnungen gebaut werden. Zweizimmer-Wohnungen werden einfach nicht mehr genehmigt. Eine sonderbare Art der Arbeitsvergebung existiert in Lankwitz. Wer von der Gemeinde einen größeren Auftrag erhalten will, muß entweder von der Grundbesitzergesellschaft — die die Ehre hat, den Gemeindevorsteher zum besoldeten Aufsichtsratsvorsitzenden zu haben — ein Grundstück kaufen oder mindestens eine große Wohnung mieten. Da die Unternehmer diese Lösung schon kennen, ist es klar, daß die Mieten für solche Grundstückspreise bei den Preisen mit einfallend sind. Auch das sozialpolitische Ständeregister, das Genosse Kadete Revue passieren. Der Herr Gemeindevorsteher begeistert sich sehr für gemeinsamen Einkauf von Kohlen und Holz für Hausbesitzer, hat aber nichts übrig für den gemeinsamen Bezug von Kartoffeln und anderen Lebensmitteln für arme Leute. Bei der Arbeitslosenfrage hat Lankwitz gleichfalls völlig versagt. Nicht einen Pfennig hat man bewilligt, keh aber trotzdem das amtliche Wurfpapier schreiben, daß in Lankwitz niemand arbeiten brauche, da in ausreichendem Maße für die Armen gesorgt sei. So hat man für die Armen neben der Minderzinsigkeit noch den Spott übrig. Auch Einrichtungen wie Schulgastpflege, Schülerleistungen sind in Lankwitz unbekannt. Aber für die Ausbildung des Rudersports der Schüler des Realgymnasiums ist Geld vorhanden. Wenn es sich ferner darum handelt, den Kersten der Armen, deren Einkommen noch nicht 900 M. erreicht, die Steuern zu erlassen, dann hat die stolze Gartenstadt Lankwitz kein Geld.

Zur Generaldebatte sprach außer dem Genossen Kadete nur noch Herr Strohn, der um Entschuldigung bat, daß er früher einmal Opposition gegen die Majestät des Gemeindevorstehers getrieben hat und im übrigen Besserung gelobt.

Der Gemeindevorsteher hatte auf die Anfragen des Genossen Kadete nichts zu erwidern, wohl weil es nichts zu erwidern gab. In der Spezialdebatte hatte auch nur unser Vertreter Anträge zu stellen; die bürgerlichen Herren hatten sich scheinbar den Etat noch gar nicht einmal angesehen. Ein Antrag, die Gemeinde möge den Kleinwohnungsbauförderung, wurde abgelehnt. Dagegen stimmte auch der Vertreter der dritten Klasse, Hildebrand, der Vorsitzende des Kriegerversins ist, trotzdem die meisten der Kriegerversinsmitglieder Proletarier sind. Der Herr Direktor des agrarischen Realgymnasiums, Forstmann, meinte, die Arbeiter sollten nur die östlichen und nördlichen Vororte beglücken, die westlichen und südwestlichen Orte seien für wohlhabendes Publikum bestimmt. Die Angst, die die Bürgerlichen vor den Gemeindevahlen haben, zeigt deutlich, daß dieses Mal als Einziger der Antrag des Genossen Kadete angenommen wurde, die Kersten unter 900 M. Einkommen von den Steuern zu befreien, während derselbe Antrag noch im vorigen Jahre glatt unter den Tisch fiel. Die Kersten der Armen, die nun keine Steuern mehr zu zahlen haben, werden wissen, daß sie diese Erleichterung nur dem unermüdbaren Drängen des sozialdemokratischen Vertreters verdanken.

Zu bemerken ist von der Sitzung sonst noch, daß die Gemeindesteuern weiter 115 Proz. betragen. Die Sanalisationsgebühren sind um ein 1/4 Proz. reduziert, dagegen die Gebühren für die Straßenreinigung von 65 auf 60 Pf. pro laufenden Meter erhöht worden. Die letzte Gemeindevorstellung hat so recht gezeigt, wie dringend notwendig es ist, daß die minderbemittelte Bevölkerung von Lankwitz mit aller Kraft dafür sorgt, daß der Wunsch des Gemeindevorstehers und seiner Knappen, ein sozialistisches Gemeindeparlament zu schaffen, nicht erfüllt wird, sondern daß die Genossen Lange und Kadete mit großer Mehrheit ins Rathaus gewählt werden.

Spandan.

Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag wurde wieder um 4 Uhr eröffnet, trotzdem die Stadtverordneten vor etwa 3 Monaten beschlossen hatten, mit den Sitzungen erst um 6 Uhr zu beginnen. Die Tribünen waren zum Teil mit Hausbesitzern überfüllt, fand doch die Beratung über den Kleinhausbau auf der Tagesordnung. Zu Beginn der Sitzung verlas der Vorsteher ein Schreiben der Arbeiter-Samariterkolonne, die mit Rücksicht auf ihre gemeinnützige Tätigkeit um eine städtische Beihilfe von 300 M. ersucht. Das Gesuch wurde zur Vorberatung dem ersten Ausschuss überwiesen. Hieran wurde in die Beratung über den Vertragsentwurf zur Lebensnahme der Garantie für die erste Hypothek der Aktiengesellschaft für Kleinhausbau eingetreten. Es sollen etwa 250 Kleinhäuser an der Hamburger Straße errichtet werden und die Stadt soll die städtische Bürgschaft für 750 000 M., die von der Landesversicherung hergegeben werden, übernehmen. Hierzu lag eine Beschwerde des Grundbesitzervereins vor, daß die Beschaffung von zweiten Hypotheken, die ein Antrag des Vereins gegen die Verzögerung der Aktiengesellschaft für Kleinhausbau. Der Berichterstatter Stadtm. Sander hat um Annahme derselben, da genügend Bewerber für die Wohnungen vorhanden seien. Spandan müsse verhindern, daß eine Anzahl Steuerzahler nach Staalen ziehen, da dort auch eine Kleinhausbebauung geplant sei. Oberbürgermeister Kocke betonte, daß Spandan vor einer Wohnungsnot stehe. Die Stadt habe großen Grundbesitz und durch die Ansiedlung werde auch der Wert des Grund und Bodens wachsen. Stadtm. Kocke wandte sich gegen die Garantievernahme durch die Stadt, weil dadurch die Unternehmer 300 000 M. verdienen würden. Die Stadt solle lieber von ihrem großen Landreichtum Voulant hergeben. Dann sagte Redner noch über die Not, die Sorgen und den Dolles der Hausbesitzer. Stadtm. Sander widerlegte die Ausführungen des Vorredners. Nach seiner Berechnung betrage der Verdienst der Unternehmer etwa 90 000 M., was bei dem großen Risiko nicht zu hoch sei. Gen. Pöhl wunderte sich, daß der Vorlage auf solchen Widerstand stöße. Als sich die Stadtverordneten vor drei Monaten mit der Angelegenheit beschäftigt hätten, sei große Begeisterung dafür vorhanden gewesen. Er habe damals den Antrag gestellt, die Stadt solle den Bau von Kleinwohnungen in eigene Regie übernehmen, aber er habe wenig Zustimmung gefunden. Nach einloser Debatte, die sich 3 1/2 Stunden hinzog, wurde die Magistratsvorlage mit 81 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Mit großer Mehrheit wurde hierauf der Antrag Grassfeldt angenommen, wonach die Stadt selbst den Bau von kleinen Wohnungen auf eigenem Grund und Boden in die Hand nehmen solle. Für den Bau des Oberluzums wurde die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 910 000 M. beschlossen, die mit 3 1/2 bis 4 1/2 Proz. zu verzinsen und mit 1 1/2 Proz. zu tilgen ist. Zur Errichtung einer Erfrischungsballe an der Endhaltestelle der Straßenbahn am Johannisstift wurden 11 800 M. aus dem nächstjährigen Etat bewilligt. Zum Schluß nahmen die Stadtverordneten noch Kenntnis von einem Schriftwechsel mit dem Magistrat betr. Errichtung einer Badeanstalt in der Wilhelmstadt. In den nächsten Wochen soll ein Plan der Badeverwaltung vorgelegt werden und in etwa 6 bis 8 Wochen soll die Vorlage der Stadtverordnetenversammlung zugehen.

Dabendorf bei Jossen.

Heute Sonnabend finden in unserem Ort die Gemeindevahlen statt. Die dritte Klasse wählt von 5—7 Uhr, die zweite von 7 1/2 bis 8 Uhr, die erste von 8 1/2—9 1/2 Uhr. Kandidaten sind: in der dritten Klasse Hermann Stolp, in der zweiten Klasse Gustav Dannowski und in der ersten Klasse Reichstein. Die Genossen Groß-Berlins werden ersucht, Dabendorfer Wähler auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Für die arbeitende Jugend finden in dieser Woche folgende Veranstaltungen statt: Sonntag, den 8. März: Vormittags Besuch des Naturkunde-Museums, Nachmittag 11 Uhr vom Jugendheim. Abends: Unterhaltungabend im Jugendheim. — Montag: Diskussionsabend. — Freitag: Pöhlabend. — Sonntag, den 15. März: Ausflug nach Hinderling. Abends 8 Uhr pünktlich zum Puffenplatz. — Anmerkungen für die dreitägige Pfingstpartie nach Ruppiner Schloß, Rheinsberg-Neudorf werden im Jugendheim, Köpenickerstr. 3, Seitenflügel, entgegengenommen. (Kostenpreis 5 M.)

Eingegangene Druckschriften.

Was fordern die Sozialdemokraten von der Gemeinde Wien? Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI, Campdenhofer Straße 18. Preis 10 Pf. — Das reiche Deutschland. Ein Scherztrag von K. Schumann-Bucher, 140 M. — 2. Simon, Berlin W 57. — Die verkehrungspflichtigen Berufsgruppen des Versicherungsgesetzes für Angehörige. Von Dr. Rechs, 80 M. — Sollen die Berliner Elektrizitätswerke verstaatlicht werden? Ein Gutachten von E. Schif, 820 M. — V. Springer, Berlin, Minstr. 28/29. — Was Natur und Gesellschaft: 454. Die dekorative Kunst des Mittelalters. Von H. Posner — 459. Erziehung zur Arbeit. Von E. Lehmann — 460. Vortil. Von H. Müller-Jacobs. — 465. Von Neua bis zum Wiener Kongress. Von G. Kofsig. — Jeder einzelne Band 1 M., gebd. 1,25 M. — H. G. Leubner, Leipzig. — Gessels Volksbücherei: 858. Der Steiger von Bergedöden. Erzählung von H. Stern. — 859. Vignacane. — Der Schuß. — Der Leichenbestatter. Von H. Gutsch. — 860. Der Schneesturm u. a. Novellen. Von H. Gutsch. 861—864. Spechtbrockel. Roman von Emma Klein. — 865. Der Rater in der Halle. — Der Besuch. Zwei Erzählungen von J. Gutsch. — 866/67. Theodor Fontane. Von H. v. Geyersbach. — 868—876. Der Roland von Berlin. Roman von B. Alex. — 877. Parfital. Von R. Wagner. — 878—880. Der Ring des Nibelungen. Von R. Wagner. — Einzelnummer geg. 20 Pf. — Doffe u. Deder, Leipzig.

**Sichtkränze.** Monatliches Bildungsbogen für denkende Arbeiter.  
Nr. 7. Herausgegeben von Julian Borchardt. 10 Pf. Groß-Händlerfeld,  
Helmholtzstr. 1.  
**Film und Sichtbild.** Zeitschrift für Kinematographie und Projektion.  
Stuttgart, Franzische Verlagsbuchhandlung. Jährlich 12 illustrierte Hefte.  
2 Pf.

**Landfahrer und Abenteurer.** Von F. Die. Prof. 3 B. G. Müller,  
München.  
**Zum Verständnis der elstischen Seele.** Von C. Scher. 40 Pf.  
Christliche Welt, Marburg a. L.  
**Der Mensch und die Erde.** Lieferung 192-197. Herausgegeben  
von F. Krämer. Einzelleistung 60 Pf. Bong u. Co., Berlin W. 57.

**Der Bauernphilosoph.** Ein Lebensbild in 4 Bänden von F. De-  
mich. 2 B. Kang u. Holte, Leipzig.  
**Die Memoiren des Herzogs von Saint Simon.** 2 Bb. Ueber-  
setzt von D. Floerke. 432 S.  
**Buchführungs- und Bilanztechnisches Lexikon.** Herausgegeben  
von G. Heilandt. 3 B., geb. 4 B. Selbstverlag Berlin, Aniprodukt. 1a.

# Für die Einsegnung

Kleiderstoffe in modernen schönen Stoffarten  
in schwarz, weiss und neuesten Farben,  
grosse Auswahl zu enorm billigen Preisen!

## Einsegnungs-Kleider Einsegnungs-Wäsche

<b>Einsegnungskleid</b> aus gutem Wollstoff, modern gearbeitet, reich garn. . . . .	17.50	<b>13.50</b>	<b>Hemden</b> aus gutem Hemdentuch, mit schönen Stickereien . . . . .	1.75, 1.35	<b>1.10</b>
<b>Einsegnungskleid</b> aus modernem Wollrepp, auf Futter, mit eleganten Spitzen u. Seidenband, modern gearbeitet . . . . .	22.00	<b>19.75</b>	<b>Phantasiehemden</b> prima Renforcé mit eleganten Stickereien und Banddurchzug . . . . .	1.95, 1.65	<b>1.45</b>
<b>Prüfungskleid</b> aus gutem Wollstoff, reich garniert, in mod. schönen Farben . . . . .	18.50	<b>14.50</b>	<b>Beinkleider</b> Knieform, Renforcé, mit schönen Stickereien . . . . .	1.45, 1.25	<b>1.10</b>
<b>Blusen</b> aus Wollrepp, mit Kragengarnitur u. Sammetbandschleife, schwarz u. farbig . . . . .	4.95, 4.25	<b>3.75</b>	<b>Beinkleider</b> geschlossene Form, mit schönen Stickereien . . . . .	1.95, 1.65	<b>1.50</b>
<b>Blusen</b> aus schwarzem Tüll u. Seide, ganz auf Futter, reich garniert . . . . .	7.50, 6.25	<b>4.95</b>	<b>Anstandsrocke</b> aus Barchend oder Hemdentuch, mit Stickerei od. Languetto . . . . .	1.95, 1.65	<b>1.25</b>
<b>Röcke</b> aus marine und schwarzem Cheviot u. Cotelé, mit Knöpfen schön garn. . . . .	9.75, 7.50, 5.40	<b>3.90</b>	<b>Stickereirocke</b> aus feinfädigen Stoffen, mit hohem Stickerei-Volant . . . . .	3.75, 2.90	<b>2.25</b>
<b>Kostüm-Röcke</b> in den neuesten Farben, aus glatten u. karierten Stoffen . . . . .	7.50, 6.75	<b>5.90</b>	<b>Prinzessrocke</b> mit hohem Stickerei-Volant, Taille reich garniert . . . . .	5.25, 4.75	<b>3.45</b>
<b>Unterröcke</b> Tuch und Alpaka, mit breitem Volant, schwarz und farbig . . . . .	3.50, 2.75	<b>2.25</b>	<b>Untertailen</b> mit Stickerei garniert und Banddurchzug . . . . .	1.65, 1.25	<b>95 Pf.</b>

Täglicher Eingang von Frühjahrs-Neuheiten in

**Damen- und Kinder-Konfektion, Kleiderstoffen, Seidenstoffen und Putz**

Modewarenhaus

# M. Grünberg Nachflg.

17 Hauptstrasse 17 **Schöneberg am Kaiser-Wilhelm-Platz**

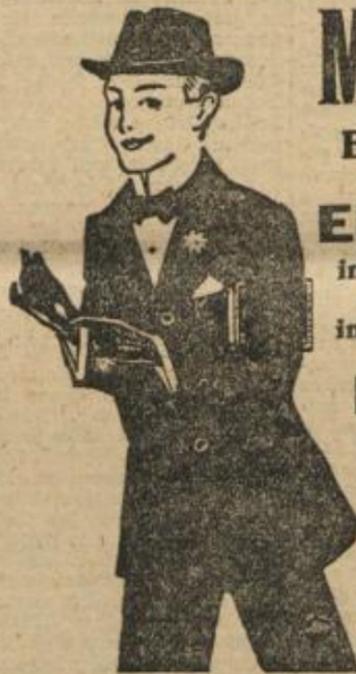
## Schnellsohlerei

Reifen, Stehenträger, Gär-  
fermannstr. F. Erichs.  
Gartensohlen u. Möbde . . . 2.80  
Damen . . . . . 1.80  
Stüber . . . . . 0.70-1.70  
Gummifelle von 25 Pf. an.  
Besorgung in circa 30 Minuten.  
Geöffnet von 7 Uhr morgens bis  
8 1/2 Uhr abends.

**Uhren-, Gold- und  
Silberwaren-Geschäft,  
Optik**

**Julius Leimgruber**  
Bergmannstraße 26  
vis-à-vis der Markthalle.  
Sämtliche Reparaturen werden  
gewissenhaft und zu billigsten  
Preisen ausgeführt.

**In Freien Stunden**  
Die  
Wochenheft für Arbeiterfamilien  
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.



## M. Schulmeister

Berlin SO, Dresdener Str. 4  
Hochbahn-Station Kottbuser Tor

### Einsegnungs-Anzüge

in schwarz M. 14.—, 16.—, 19.—, 21.—, 24.—,  
27.—, 29.—  
in Dunkelblau M. 14.—, 17.—, 20.—, 22.—,  
24.—, 26.—, 29.—, 34.—, 36.—, 38.—, 40.—

### Prüfungs-Anzüge

in größter Auswahl von M. 12.— bis 36.—



Es kommen nur eigene  
Fabrikate zum Verkauf

## Pa. Roß-Fleisch und -Wurst

Gehacktes Pfund 40 Pfg.,  
Schmorfleisch 45 Pfg.  
Schöneberg, Prinz-Georg-Str. 9  
Schlachtpferde zahlt höchste Preise.  
Julius Großmann.

## Arbeiter-Gesundheits- Bibliothek

37 verschiedene Hefte à 20 Pf.

## Harry Goldschmidt's Möbelhalle

Berlin S., Moritzplatz 59, Ecke Stallschreiberstr.

### Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit

bei geringer Anzahlung und auf Jahre  
verteilten Ratenzahlungen.

Extra-Abteilung: Verliehen gewesene  
Möbel spottbillig

Sonnabend, Sonntag, Montag **Die 3 grossen Schlusstage** Sonnabend, Sonntag, Montag

In allen  
Abteilungen  
**Verkauf von  
Riesenposten**  
zu nebenstehenden  
**Schleuder-  
Preisen!**

Unsere schenswerte  
**Putz-Ausstellung  
ist eröffnet!**

von

**Herzfeld's  
Rekord  
Woche.**

Sonnabend **Lebensmittel** kolossal billig

Im renovierten Erfrischungsraum: Großes Schrammel- u. Bockbierfest-Konzert

# Hermann Herzfeld

Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 55-56

In allen  
Abteilungen  
**Verkauf von  
Riesenposten**  
zu nebenstehenden  
**Schleuder-  
Preisen!**

Extra-Angebote  
zur **Konfirmation**  
in  
Stoffen u. fert. Kleidern  
Wäsche u. Unterzeuge

28

Pf.

95

Pf.

39

Pf.

135

Pf.

68

Pf.

185

Pf.

Damen-Mäntel-Fabrik

**Paul Ginck**

Neukölln, Reuterstr. 63  
an der Kaiser-Friedrich-Straße

**Frühjahr 1914**

Meine Fabrikate

**Moiré-Röcke**

zeigen in der Richtung der Mode das Modernste und durchaus den Charakter der Solidität. In Verarbeitung, Sitz, Stoffen und Zutaten bietet bekannte Reellität

**Moiré-Fracks**

Maß-Anfertigung

Durch die Ersparung der teuren Ladenmiete sind meine Preise außerordentlich billig

**Kostüme, Paletots, Alpaka-Mäntel, Fracks, Röcke, Jacketts**

Straßenbahn-Haltestellen

Reuterstraße: Nr. 7, 15, 20, 27, 30, 37, 48, 53, 55, 65, 89 und ferner Nr. I, II, V, R Kaiser-Friedrich-Straße: Nr. 22 und 46



„Durazzo“ blau u. schwarz prima Verarbeitung . . . Mark **34.-**

**Gerhard Schröder**  
Neukölln, Hermannstr. 59-60  
Ecke Steinmetzstr.  
Eisenwaren u. Werkzeuge  
Emailgeschirr - Porzellan  
Lampen - Glas  
Haus- u. Küchengerät

**ENDLICH!**  
kann ich Ihnen ein Kredithaus empfehlen, das bei Arbeitslosigkeit und Krankheit die größte Rücksicht walten lässt. Kommen Sie zu mir und besichtigen Sie ohne Kaufzwang meine vergrößerten Verkaufsräume. Sie finden ganz kolossale Auswahl!

**Herren-Anzüge, Ulster, Paletots**  
in allen Farben schon bei Anzahlung von 5 M.  
**Damen-Kostüme, Kleider, Röcke und Blusen**  
Anzahlung schon von 5 Mark an.  
**Knaben- und Mädchenkleider**  
schon von 3 Mark an  
Lefz- u. Bettwäsche, Teppiche, Portieren, Gardinen, Stoves ohne Anzahlung!

In Extra-Abteilung: **Möbel, Polsterwaren**  
Spezialität: 1- u. 2-Zimmer-Einrichtung m. farbiger Küche schon mit 10 Mark Anzahlung! Abzahlung bestimmt Käufer!

**Hugo Udo Cohn** Kottbuser Damm 13  
NB. Bitte genau auf meine Firma u. Hausnummer achten.  
**nur Kottbuser Damm 13**

Jeder Käufer erhält ein praktisches Geschenk!

Wir bitten um Besichtigung unserer Schaufenster

# Große Moden-Ausstellung

**Frühjahr 1914**

## Neue Frühjahrs-Kleiderstoffe

<b>Kleiderstoffe</b> in Popel. u. Serge, 90-110cmbr., l.ca 25 Farb, Mtr. 2.40, 2.00, 1.60	<b>1.45</b>	<b>Blusenstoffe</b> in Popeline mit Seiden-Effekten . . . . . Mtr. 1.90, 1.45	<b>98 Pf.</b>	<b>Kostümstoffe</b> nach engl. Art, schwere haltbare Qualit. Mtr. 4.50, 2.95, 1.95	<b>1.75</b>
<b>Kleiderstoffe</b> l. Crêpel u. Côtelé, ca. 110cmbr., v.d. Mode bevorz., Mtr. 3.50, 2.60	<b>1.95</b>	<b>Blusenstoffe</b> in reinwollenem Flanel, solide Streifenmuster. . Mtr. 2.50, 1.95	<b>1.35</b>	<b>Kostümstoffe</b> in Cheviot und Kammgarn, 110-130 cm br., Mtr. 4.20, 2.95	<b>2.25</b>
<b>Kleiderstoffe</b> in Volle und Volle - Jacquard, 110 cm breit. Mtr. 4.25, 2.95	<b>2.60</b>	<b>Blusenstoffe</b> in Cotelé u. Crêpeline rayé, die grosse Mode Mtr. 2.50, 1.95	<b>1.75</b>	<b>Kostümstoffe</b> in Cotelé, die grosse Mode, 110-130 cm br., Mtr. 6.00, 4.95	<b>3.75</b>
<b>Kleiderstoffe</b> in Eolienne u. Eolienne ramagé, die grosse Mode Mtr. 5.50, 4.25	<b>2.95</b>	<b>Blusenstoffe in Crêpeline</b> Jacquard, letzte Neuheit. Mtr.	<b>2.50</b>	<b>Kostümstoffe</b> karierte, schw.-weiss Karos, d. Frühjahrsmode, Mtr. 3.75, 2.95	<b>1.95</b>

## Neue Frühjahrs-Damen-Konfektion

<b>Damen-Kostüme</b> neue kurze Jacken- und Blusen-Fassons in marine Cheviot und Kammgarn-Stoffen. . 48.50, 36.75, 29.75	<b>19.75</b>	<b>Damen-Blusen</b> in neuen Mousseline- und Wollstoffen, ganz neue Mille-fleurs und Streifenmuster . . . . . 6.90, 4.95, 3.95	<b>2.95</b>
<b>Damen-Kostüme</b> in neuen Kimono-Formen in hell. Cotelé, Givrine Stoff, m. entzück. Seidenschotten-Garn. 69.50, 45.50, 34.50	<b>29.75</b>	<b>Damen-Blusen</b> in Paillette, Japon- u. Schottenselbe mit neuen Besätzen, sehr kleidsame Fassons in modernen Farben . 14.75, 9.75, 6.90	<b>4.95</b>

**Fesche neue Blusen-Röcke** in ganz neuen Tunique-Fassons in marine Kammgarn u. Cheviot, farbige Cotelé in Givrine- und Schottenstoffen . . . . . **14.75 9.75 7.90 5.90**

**Große Auswahl fertiger Kleider zur Einsegnung u. Prüfung**

Ein besonderer Gelegenheitskauf in Seidenstoffen einfarbige Messaline und Paillette, reine Seide, in allen modernen Farben, schwere, gediegene Qualitäten, früher Preis Mtr. bis 2.25, jetzt Einheitspreis durchweg **1.35**

# H. Joseph & Co Neukölln

